

AnwaltFormulare

Heidel/Pauly



AnwaltFormulare

Schriftsätze • Verträge • Erläuterungen

11. Auflage



Deutscher **Anwalt** Verlag

Heidel/Pauly

AnwaltFormulare

AnwaltFormulare

AnwaltFormulare

Schriftsätze · Verträge · Erläuterungen

11. Auflage 2026

Hrsg. von

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und
Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht

Dr. Thomas Heidel, Bonn

und

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht

Dr. Stephan Pauly, Bonn



Deutscher**Anwalt**Verlag

Vorwort zur 11. Auflage

28 Jahre AnwaltFormulare – 11 Auflagen – 58 Rechtsgebiete vom Aktienrecht bis zur Zwangsvollstreckung, aus der Praxis für die Praxis; nicht nur der perfekte Einstieg in „fremde“ Rechtsgebiete für Allgemeinanzwältinnen und -anwälte und Berufsanfängerinnen und -anfänger, sondern auch für Profis ein schneller Einstieg und Überblick in die praxisrelevanten Themen, sei es im gerichtlichen Verfahren, in der Beratung oder Gestaltung für die anwaltliche Praxis.

Unser Dank gilt wie immer in erster Linie unseren treuen Nutzerinnen und Nutzern zumal in der Anwaltschaft, aber auch denen von Ihnen, die Sie erstmals zu diesem Buch greifen. Ihre Zufriedenheit mit dem Buch ist unser Maßstab.

Unser großer Dank gebührt auch den alten und neuen Autorinnen und Autoren; ohne deren engagierten Einsatz gäbe es keine AnwaltFormulare. Umfasste 1997 die 1. Auflage unseres Formularbuchs 44 Kapitel auf 2.300 Seiten, sind es heute in der 11. Auflage 58 Kapitel auf 3.200 Seiten, in der ersten Auflage geschrieben von 44 Kolleginnen und Kollegen, inzwischen sind wir 58. Wir freuen uns über die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit unseren neuen Autorinnen und Autoren, die wie wir alle, die schon länger dabei sind, ihr praxiserprobtes fundiertes Wissen mit unseren Leserinnen und Lesern teilen und den Generationswechsel fortsetzen, den wir bereits in der 10. Auflage eingeleitet haben: *Dr. Moritz Beneke, Stefanie Brinkema, Maria Demirci, Dr. Michael Funke, Dr. Stefan Geiger, Dr. Julia Jankowski, Dr. Justin Friedrich Krahé, Carsten Küttner, Dr. Bastian Müller, Dr. Daniel Otte, Dr. Adam Polkowski, Jost Rudersdorf, Pierre Scavio, Dirk Schellhorn und Bettina Schmidt.*

Ausgeschieden sind unsere langjährigen Autorinnen und Autoren *Dr. Lina Böcker, Dr. Mirko Ehrlich, Dr. Andreas Geiger, Rüdiger Gockel, Dr. Jessica Hanke, Dr. Peter Heid, Dr. K.-Peter Horndasch, Prof. Dr. Hans-Christoph Ihrig, Dr. Dirk Pohl, Dr. Abbas Samhat, Martin Schafhausen, Dr. Jan-Hendrik Schmidt, Hubert Valder, Christel von der Decken, Dr. Wolfgang Walchner und Dr. Bernd Wust.* Sie haben alle dazu beigetragen „eine Brücke zum Know-how der Spezialisten zu bauen“, indem sie „aus der Praxis für die Praxis geschrieben“ haben, wie es der damalige Präsident des Deutschen Anwaltvereins, Rechtsanwalt *Felix Busse*, im Geleitwort zur 1. Auflage so treffend beschrieben hat. Das setzen unsere Neulinge gekonnt fort.

Die 11. Auflage der AnwaltFormulare ist selbstverständlich gründlich à jour gebracht. Sie enthält neue und viele an die aktuelle Rechtsprechung und Gesetzgebung angepasste Muster, damit sich die Nutzerinnen und Nutzer schnell und sicher das Wissen verschaffen können, das sie benötigen.

Wir präsentieren das Werk nach wie vor in Buchform und zeitgemäß digital mit einem Download-Link-Zugriff auf sämtliche Muster. Der Link ist auf der Impressum-Seite zu finden. Die Muster können problemlos direkt in den eigenen Schriftsatz übernommen und weiterbearbeitet werden.

Unser Dank gilt allen, die an der Fertigstellung dieser Auflage mitgewirkt haben. Wir sind selbstverständlich für Anregungen, Fragen und Kritik dankbar. Sie können Ihre Hinweise, Lob, Kritik und Verbesserungsvorschläge gerne wieder senden an uns Herausgeber, heidel@meilicke-hoffmann.de und pauly@paulypartner.de, oder an kontakt@anwaltverlag.de.

Bonn, im Oktober 2025

Die Herausgeber

Thomas Heidel

Stephan Pauly

Vorwort zur 1. Auflage

Unser Projekt „AnwaltFormulare“ – ein Arbeitsmittel für die tägliche Praxis unserer Kolleginnen und Kollegen soll es sein:

- Hinter ihm steht ein Konzept, das die ganze Breite anwaltlicher Tätigkeit in einem Band bringen soll. Wir stehen alle täglich vor neuen Herausforderungen in der Beratung und Vertretung unserer Mandantschaft. Die anwaltliche Tätigkeit wird immer vielfältiger, schneller und unübersichtlicher. Da will unser Buch eine solide Grundlage sein, den – auch ungewohnten – Fall zu bearbeiten. Vollständigkeit der wichtigen Themen streben wir an.
- Praxisgerecht zu sein, das ist das Maß unserer Beiträge: also mit dem Blick auf das Wesentliche, durch fundierte anwaltliche Erfahrung geprägt. Wir wollen der forensischen Praxis ebenso dienen wie der beratenden. Alle Beiträge haben beide Bereiche bedacht.
- Hinter ihm stehen 44 Autorinnen und Autoren, die die ganze inhaltliche Vielfalt anwaltlicher Praxis und die zahlreichen Organisationsformen unserer Berufstätigkeit widerspiegeln. Alle sind Spezialisten ihres Bereichs. Es schreiben Einzelkämpfer neben Anwälten aus Bürogemeinschaften, aus größeren, aus überört-

lichen und aus internationalen Sozietäten. Daneben wirken Wirtschaftsprüfer und Steuerberater mit, die den Blick dafür schärfen helfen, daß es ohne die interprofessionelle Zusammenarbeit oft nicht geht.

Wir präsentieren unser Projekt in Buchform und als CD-ROM, um einen leichten Zugriff auf die Muster zu ermöglichen. Dies darf über eines nicht hinwegtäuschen: Muster können zwar für einen typischen, stark vereinfachten Lebenssachverhalt Lösungen parat haben. Sie sind in der Praxis bewährt. Doch Aufgabe jeder anwaltlichen Beratung ist es, zunächst den maßgeblichen konkreten Lebenssachverhalt herauszuarbeiten und dann der Mandantschaft die maßgeschneiderte Antwort zu präsentieren – etwa einen Vertragsentwurf oder einen Schriftsatz. Diese Arbeit für den und an dem speziellen Fall können wir niemandem abnehmen, sondern mit den Mustern, den Checklisten und den Rechtlichen Grundlagen eine Hilfe beim Einstieg in die Lösung des Praxisfalls liefern.

Eine Erstauflage eines Formularbuches mit 44 Themen auf über 2.300 Seiten, das ist eine Mammutaufgabe. Selbst für Giraffen hinge der Korb zu hoch, beim ersten Versuch fehlerfrei zu sein oder wirklich alles Wesentliche zu bedenken. Bemerkungen, Anregungen, Kritik sind uns daher herzlich willkommen – um das Buch besser zu machen, vor allem aber, um den Kolleginnen und Kollegen ein noch besseres Hilfsmittel in der täglichen Praxis anzubieten, in dem sie für jede wichtige Frage der Beratung oder Prozeßvertretung Muster, Erläuterungen oder weiterführende Hinweise finden.

Viele helfende Hände haben uns bei der Realisierung dieses Projektes unterstützt. Namen, etwa von Autorinnen und Autoren, stehen daher stellvertretend für viele weitere Personen, die an der Fertigstellung des Werks und dem Gelingen des Projektes mitgewirkt haben. Unser unendlicher Dank gilt ihnen allen.

Bonn/Kronberg, im Oktober 1997

Die Herausgeber

Geleitwort zur 1. Auflage

Ich halte die „AnwaltFormulare“ für ein Buch, das seinesgleichen sucht und Zeichen setzt:

Unser Berufsstand steht vor großen Veränderungen: die Globalisierung und Spezialisierung der Tätigkeit, die zunehmenden Wirtschaftlichkeitserwägungen, die wachsende Dienstleistungsbereitschaft, der Zug zu den Großkanzleien der Spezialisten, der Wegfall der Lokalisation, der jährliche Anstieg der Zahl der zugelassenen Anwältinnen und Anwälte um etwa 6.000, der Wandel des Bildes des Anwalts vom Prozeßanwalt zum rechtlichen Berater in allen Lebensbereichen, der zunehmende Wettbewerb mit anderen Beratern – zumal Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern – und die Ausbreitung der selbsternannten Unternehmensberater.

Das Buch will helfen, sich diesen Herausforderungen zu stellen und sie auch als Chance zu begreifen, indem es den weiten Blick auf die große Vielfalt anwaltlicher Tätigkeit ermöglicht. Jede gute anwaltliche Arbeit, der Erfolg beim und für den Mandanten, alles lebt davon, daß man sich die Fähigkeit und die Technik erhält, über den Tellerrand der bisherigen eigenen Praxis hinauszublicken und bereit für das Neue zu sein. Diese Bereitschaft erfordert von jeder Anwältin und jedem Anwalt ein hohes Maß an Qualität und an Effizienz im täglichen Arbeiten und im Erschließen neuer Bereiche. Dabei leisten die „AnwaltFormulare“ einen herausragenden Beitrag. Sie bauen die Brücke zum Know-how der Spezialisten. Sie sind aus der Praxis für die Praxis geschrieben. Sie behandeln gut fundiert alle wesentlichen Bereiche anwaltlicher Tätigkeit. Sie können jedem von uns bei unserer täglichen Arbeit zugute kommen.

Daher begrüße ich die Herausgabe der „AnwaltFormulare“.

Rechtsanwalt Felix Busse

(Damaliger) Präsident des Deutschen Anwaltvereins

Inhaltsübersicht

Autorenverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Musterverzeichnis	XXV
§ 1 Aktienrecht	1
Dr. Moritz Beneke/Prof. Dr. Hans-Christoph Ihrig	
§ 2 Allgemeine Geschäftsbedingungen	67
Dr. Stephan Osnabrügge	
§ 3 Anwaltshaftungsrecht	105
Dr. Joachim Ramm, M.C.L.	
§ 4 Arbeitsrecht	123
Dr. Stephan Pauly	
§ 5 Arzthaftungsrecht	403
Dr. Alexandra Jorzig/Dirk Benson	
§ 6 Asylrecht	453
Dr. Matthias Lehnert	
§ 7 Aufenthaltsrecht	471
Dr. Matthias Lehnert	
§ 8 Bankrecht	495
Bernd Klassen/Dr. Abbas Samhat	
§ 9 Öffentliches Baurecht	551
Dr. Wolfgang Würfel	
§ 10 Privates Baurecht	581
Dr. Robert Kessler	
§ 11 Bauträgerrecht	633
Dr. Adam Polkowski/Dr. Bernd Wust, LL.M. (Columbia)	
§ 12 Datenschutzrecht	665
Dr. Stefan Drewes/Sebastian Wilfling	
§ 13 Erbrecht	703
Stefanie Brinkema/Rüdiger Gockel	
§ 14 Europarecht	763
Prof. Dr. Karsten Metzlaß/Dr. Bastian Müller	
§ 15 Familienrecht	779
Maria Demirci/Dr. K.-Peter Horndasch	
§ 16 Franchiserecht	991
Dr. Guido Plassmeier	
§ 17 GmbH-Recht	1009
Dr. Thomas Heidel	
§ 18 Grundstücksrecht	1177
Dr. Guido Schulz	
§ 19 Handelsrecht	1211
Dirk Schellhorn/Dr. Wolfgang Walchner	
§ 20 Handelsvertreterrecht	1239
Dr. Irini Ahouzaridi	
§ 21 Insolvenzrecht	1273
Michael Merten	
§ 22 Internationales Privatrecht	1349
Dr. Sven Schilf	

§ 23 Internationales Zivilprozessrecht	1399
Prof. Dr. Ben Steinbrück, MJur (Oxford)/Dr. Justin Friedrich Krahé, LL.B. (UCL)	
§ 24 IT-Recht	1425
Julian Höppner, LL.M./Dr. Michael Funke/Dr. Lina Böcker	
§ 25 Kapitalanlagerecht	1475
Herbert Krumscheid/Sascha Borowski	
§ 26 Kartellrecht	1509
Dr. Simon Kohm/Dr. F. Thilo Klingbeil	
§ 27 Kaufrecht	1561
Dr. Julia Jankowski/Dr. Jessica Hanke/Dr. Katja Schmitz, LL.M.	
§ 28 Leasing	1633
Bernd Klassen	
§ 29 Maklerrecht	1661
Dr. Wolfgang Werber	
§ 30 Menschenrechtsbeschwerde nach der EMRK	1679
Kristina Schönfeldt	
§ 31 Miete und Pacht	1699
Herbert Krumscheid	
§ 32 Personengesellschaften	1759
Dr. Daniel Otte/Dr. Peter Heid	
§ 33 Planfeststellungsrecht	1811
Dr. Stefan Geiger/Dr. Andreas Geiger	
§ 34 Presserecht	1849
Dr. Verena Hoene	
§ 35 Reiserecht	1869
Prof. Dr. Hans Josef Vogel	
§ 36 Schiedsgerichtsbarkeit	1923
Dr. Michael Bühler, LL.M. (Columbia)/Dr. Nicholas Kessler, LL.M. (Cambridge), EMBA (Münster)	
§ 37 Sozialrecht	1957
Bettina Schmidt/Martin Schafhausen/Christel von der Decken	
§ 38 Sponsoring	1995
Dr. Uwe Scholz	
§ 39 Steuerrecht	2009
Dr. Uwe Scholz	
§ 40 Stiftungsrecht	2077
Matthias Pruns/K. Jan Schiffer	
§ 41 Strafrecht	2111
Marvin Schroth	
§ 42 Transportrecht	2221
Pierre Scavio/Hubert Valder	
§ 43 Umwandlungsrecht	2257
Wolfgang Arens/Ulrich Spieker	
§ 44 Unternehmenskauf	2305
Dr. Michael Oltmanns/Jost Rudersdorf	
§ 45 Unternehmenskooperation	2351
Dr. Joachim Ramm	
§ 46 Unternehmensverträge	2363
Wolfgang Arens/Ulrich Spieker	
§ 47 Urheberrecht	2385
Dr. Verena Hoene	

§ 48 Vereine	2403
Dr. Stephan Osnabrügge	
§ 49 Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht	2421
Dr. Hansjörg Melchinger	
§ 50 Vergaberecht	2445
Dr. Simon Kohm	
§ 51 Verkehrsrecht	2459
Dr. Michael Nügel/André Schah Sedi	
§ 52 Versicherungsrecht	2587
Dr. Hubert W. van Bühren	
§ 53 Vertragshändlerrecht	2609
Dr. Irini Ahouzaridi	
§ 54 Verwaltungsverfahren- und Verwaltungsprozessrecht	2633
Dr. Wolfgang Würfel/Dr. Andreas Geiger	
§ 55 Wettbewerbsrecht	2671
Dr. Verena Hoene	
§ 56 Wohnungseigentumsrecht	2719
Dr. Olaf Riecke/Carsten Küttner	
§ 57 Zivilprozessrecht	2767
Herbert Krumscheid	
§ 58 Zwangsvollstreckung	2851
Frank-Michael Goebel	
Stichwortverzeichnis	2971
Benutzerhinweise für den Download	3059

Autorenverzeichnis

Dr. Irini Abouzaridi

Rechtsanwältin und Fachanwältin für
Arbeitsrecht, Mediatorin, Bonn

Wolfgang Arens

Rechtsanwalt, Notar und Fachanwalt für
Arbeitsrecht, für Handels- und Gesellschaftsrecht und für Steuerrecht, Bielefeld

Dr. Moritz Beneke

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Handels-
und Gesellschaftsrecht, Bonn

Dirk Benson

Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Medizinrecht, Berlin

Sascha Borowski

Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Bank- und Kapitalmarktrecht, Düsseldorf

Stefanie Brinkema

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Erbrecht
und Familienrecht, Reinbek

Dr. Michael W. Bühler, LL.M. (Columbia)

Rechtsanwalt, Paris

Maria Demirci

Rechtsanwältin und Fachanwältin für
Erbrecht und Familienrecht, München

Dr. Stefan Drewes

Rechtsanwalt und Fachanwalt für
gewerblichen Rechtsschutz, Bonn

Dr. Michael Funke

Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Informationstechnologierecht, Berlin

Dr. Stefan Geiger

Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Verwaltungsrecht, Hamburg

Frank-Michael Goebel

Vorsitzender Richter am Oberlandes-
gericht, Koblenz

Dr. Thomas Heidel

Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Steuerrecht und für Handels- und
Gesellschaftsrecht, Bonn

Dr. Verena Hoene, LL.M.

Rechtsanwältin und Fachanwältin für
gewerblichen Rechtsschutz, Köln

Julian Höppner, LL.M.

Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Informationstechnologierecht, Berlin

Dr. Julia Jankowski, LL.M.

Rechtsanwältin und Fachanwältin für
gewerblichen Rechtsschutz, Bonn

Prof. Dr. Alexandra Jorzig

Rechtsanwältin und Fachanwältin für
Medizinrecht, Mediatorin, Professorin für
Gesundheitsrecht (IB Hochschule Berlin),
Düsseldorf

*Dr. Nicholas Kessler, LL.M. (Cambridge),
EMBA (Münster)*

Rechtsanwalt, Solicitor (England & Wales),
Düsseldorf

Dr. Robert Kessler

Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Bau- und Architektenrecht, Köln

Bernd Klassen

Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Bank- und Kapitalmarktrecht, Bonn

Dr. Simon Kohm

Rechtsanwalt, Köln

Dr. Justin Friedrich Krahé, LL.B. (UCL)

Rechtsanwalt, Solicitor (England & Wales),
Frankfurt

Herbert Krumscheid

Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Versicherungsrecht, Bonn

Carsten Küttner

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Miet-
und Wohnungseigentumsrecht, Hamburg

Dr. Matthias Lehnert

Rechtsanwalt, Leipzig/Berlin

Dr. Hansjörg Melchinger

Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Verwaltungsrecht, Karlsruhe

Michael Merten

Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Insolvenz- und Sanierungsrecht, Hennef

Prof. Dr. Karsten Metzloff

Rechtsanwalt, Hamburg

Dr. Bastian Müller
Rechtsanwalt, Brüssel und Hamburg

Dr. Michael Nugel
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Verkehrsrecht und für Versicherungsrecht,
Essen

Dr. Michael Oltmanns, LL.M.
Rechtsanwalt und Steuerberater, Stuttgart

Dr. Stephan Osnabrügge
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Arbeitsrecht und für Sportrecht, Bonn

Dr. Daniel Otte, LL.M. (Boston Univ.)
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Handels-
und Gesellschaftsrecht, Köln; Attorney-at-
Law (New York)

Dr. Stephan Pauly
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Arbeitsrecht, Bonn

Dr. Guido Plassmeier
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Handels- und Gesellschaftsrecht und für
Internationales Wirtschaftsrecht, Bonn

Dr. Adam Polkowski
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Bau- und Architektenrecht, München

Matthias Pruns
Rechtsanwalt, Bonn

Dr. Joachim Ramm, M.C.L. (Univ of Ill.)
Rechtsanwalt und Syndikusrechtsanwalt,
Wiesbaden

Dr. Olaf Riecke
Richter am Amtsgericht i.R., Hamburg

Jost Rudersdorf
Rechtsanwalt, Stuttgart

Pierre Scavio
Rechtsanwalt, Syndikusrechtsanwalt und
Fachanwalt für Transport- & Speditions-
recht, Koblenz

André Schab Sedi
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Verkehrsrecht und für Versicherungsrecht,
Rostock

Dirk Schellhorn
Rechtsanwalt, Bonn

Dr. K. Jan Schiffer
Rechtsanwalt, Bonn

Dr. Sven Schilf
Rechtsanwalt, Lehrbeauftragter
(Universität Potsdam),
Berlin

Bettina Schmidt
Rechtsanwältin und Fachanwältin für
Arbeitsrecht und für Sozialrecht, Bonn

Dr. Katja Schmitz, LL.M.
Richterin am Oberlandesgericht, Köln

Kristina Schönfeldt
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am
Bundesverwaltungsgericht, Leipzig

Dr. Uwe Scholz
Rechtsanwalt und Steuerberater,
Bonn

Marvin Schroth
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Strafrecht, Wirtschaftsjurist
(Univ. Bayreuth), Karlsruhe

Dr. Guido Schulz
Rechtsanwalt, Notar und Fachanwalt für
Bau- und Architektenrecht, Berlin

Ulrich Spieker
Rechtsanwalt, Notar und Fachanwalt für
Arbeitsrecht und für Steuerrecht, Bielefeld

Dr. Ben Steinbrück, MJur (Oxford)
Rechtsanwalt, Honorarprofessor
(Universität Trier), Mannheim

Dr. Hubert W. van Bühren
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Versicherungsrecht, Köln

Prof. Dr. Hans-Josef Vogel
Rechtsanwalt, Düsseldorf

Dr. Wolfgang Werber
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Bau- und Architektenrecht und für
Miet- und Wohnungseigentumsrecht,
Bonn

Sebastian Wilfling
Rechtsanwalt, Bonn

Dr. Wolfgang Würfel
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Verwaltungsrecht, München

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	ALB	Allgemeine Lagerbedingungen des Deutschen Möbeltransports, Allgemeine Leistungsbedingungen
AAA	American Arbitration Association		Arbeitslosengeld
AAK	Atemalkoholkonzentration	Alg, ALG	Allgemeine Lebensversicherungs-Bedingungen
Abk.	Abkommen	ALVB	Arzneimittelgesetz
ABK	Allgemeine Bedingungen für Kühlhäuser, Allgemeine Bedingungen der Kreditkarten-Versicherung	AMG	Amtlicher Anzeiger
ABI	Amtsblatt	Amtl. Anz.	Arbeitnehmer; Auftragnehmer
AbzG	Gesetz betr. Abzahlungsgeschäfte	AN	Anfechtungsgesetz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis	AnfG	Anlegerschutzverbesserungsgesetz
ADSp	Allgemeine Deutsche Spediteur-Bedingungen	AnSVG	Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz
AEAO	Anwendungserlass zur Abgabenordnung	AnVNG	Anwaltsblatt
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz	AnwBl.	Anwaltsgerichtshof
AEntG	Arbeitnehmerrentendegesetz	AnwGH	Abgabenordnung
AERB	Allgemeine Bedingungen für die Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung	AO	AO-Steuerberater (Zeitschrift)
		AO-StB	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union	AöR	Arbeitsrechtliche Praxis (Zeitschrift)
AfA	Absetzung bzw. Abschreibung für Abnutzung	AP	Gesetz über das Apothekenwesen
AFB	Allgemeine Feuerversicherungs-Bedingungen	ApoG	Aufsichtsrat
AFG	Arbeitsförderungsgesetz	AR	Allgemeine Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung; Allgemeine Reisebedingungen
AfP	Archiv für Presserecht	ARB	Arbeitsgerichtsgesetz
AFRG	Arbeitsförderungsreformgesetz		Gesetz über Arbeitnehmererfindungen
AG	Aktiengesellschaft, Amtsgericht, Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift), Arbeitgeber, Auftraggeber, Ausführungsgesetz	ArbGG	Arbeitsplatzschutzgesetz
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen	ArbNerfG	Arbeitsschutzgesetz
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	ArbPlSchG	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	ArbSchG	Arbeitszeitgesetz
AGGVG	Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes	ArbuR, AuR	Archiv für Presserecht
AGH	Anwaltsgerichtshof	ArbZG	Arbeitsgemeinschaft
AGNB	Allgemeine Beförderungsbedingungen für den gewerblichen Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen	ArchPR	Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrichtlinie
AGS	Anwaltsgebühren spezial (Zeitschrift)	ARGE	Arztrecht (Zeitschrift)
AGVO	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung	ARUG	Aufbauseminar
AHB	Allgemeine Bedingungen für die Haftpflicht-Versicherung	ArztR	Allgemeiner Teil
AHP	Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachterfähigkeit im sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertengesetz	AS	Arbeit und Arbeitsrecht (Zeitschrift)
AIZ	Allgemeine Immobilien-Zeitung	AT	Schnelldienst Ausländer- und Asylrecht (Zeitschrift)
AKB	Allgemeine Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung	AuA	Allgemeine Unfallversicherungsbedingungen
AktG	Aktiengesetz	AuAS	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
		AUB	Aufenthaltsgesetz
		AÜG	Aufenthaltsverordnung
		AufenthG	Auslandsunterhaltsgesetz
		AufenthV	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
		AUG	Gesetz über die Ausführung des Haager Übereinkommens vom 15.11.1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen und des Haager Übereinkommens vom 18.3.1970
		AuR	
		AusfG HZÜ/ HBÜ	

Abkürzungsverzeichnis

	über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	BEEG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
AuslG	Ausländergesetz	BekBB	Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe
AV, AVO	Ausführungsverordnung	bEM	betriebliches Eingliederungsmanagement
AVAG	Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge in Zivil- und Handelssachen	BerHÄndG	Beratungshilfeänderungsgesetz
		BerHG	Beratungshilfegesetz
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen, Allgemeine Versorgungsbedingungen, Allgemeine Vertragsbedingungen	BerlVerfGH	Berliner Verfassungsgerichtshof
		BeschFG	Beschäftigungsförderungsgesetz
		BeschV	Beschäftigungsverordnung
AVBl.	Amts- und Verordnungsblatt	BeschVerfV	Beschäftigungsverfahrensverordnung
AVBR	Allgemeine Bedingungen für die Versicherung von Reisegepäck	BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz	BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
AWG	Außenwirtschaftsgesetz	BeurkG	Beurkundungsgesetz
AWMF	Arbeitsgemeinschaft der wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften	BewG	Bewertungsgesetz
		BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
AW-Prax	Außenwirtschaftliche Praxis (Zeitschrift)	BFH	Bundesfinanzhof
AZO	Arbeitszeitverordnung	BFH/NV	Amtlich nicht veröffentlichte Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BAA	Bundesausgleichsamt	BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BAFöG	Bundesausbildungsförderungsgesetz	BG	Berufsgenossenschaft
BAG	Bundesarbeitsgericht	BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts	BGB-InfoV	BGB-Informationspflichtenverordnung
BAK	Blutalkoholkonzentration	BGBI	Bundesgesetzblatt
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	BGF	Baugrundfläche
BAnz.	Bundesanzeiger	BGH	Bundesgerichtshof
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	BGHR	BGH-Rechtsprechung
		BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BauGB	Baugesetzbuch	BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BauO	Bauordnung	BilMoG	Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts
BauR	Baurecht	BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BausparkassenG	Gesetz über Bausparkassen	BImSchV	Bundes-Immissionsschutzverordnung
BAV	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Betriebliche Altersversorgung	BIP	Bruttoinlandsprodukt
BayBO	Bayerische Bauordnung	BiRiLiG	Bilanzrichtliniengesetz
BayGO	Bayerische Gemeindeordnung	BJagdG	Bundesjagdgesetz
BayGVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt	BKartA	Bundeskartellamt
		BKatV	Bußgeldkatalog-Verordnung
BayJMBL	Justizministerialblatt für Bayern	BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht	BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen	BIGBW	Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungsrecht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter	BlnDSG	Berliner Datenschutzgesetz
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof	BMF, BdF	Bundesministerium der Finanzen
b.b.	bereits benannt	BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)	BMV-Ä	Bundesmantelvertrag Ärzte
BBG	Bundesbeamtengesetz	BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BBiG	Berufsbildungsgesetz	BNotO	Bundesnotarordnung
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz	BörsenG	Börsengesetz
BdF, BMF	Bundesministerium der Finanzen	BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz		

BOStrab	Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung	DAO	DeutschesAnwaltOffice (Datenbank)
BR-Drucks	Bundesrats-Drucksache	DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschrift)
BRAGO	Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung	DAV	Deutscher Anwaltverein
BRAK-Mitt.	Bundesrechtsanwaltskammer-Mitteilungen	DAVorm	Der Amtsvormund (Zeitschrift)
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung	DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
BSchwAusbG	Bundesschienenwegeausbaugesetz	DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
BSG	Bundessozialgericht	DENIC	Deutsches Network Information Center
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts	DepotG	Depotgesetz
BSHG	Bundessozialhilfegesetz	DIN	Deutsches Institut für Normung
BSL	Bundesverband Spedition und Logistik	DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V.
BStBl	Bundessteuerblatt	DIS-SchO	DIS-Schiedsgerichtsordnung
BT	Besonderer Teil	DiszH	Disziplinarhof
BT-Drucks	Bundestags-Drucksache	DJ	Deutsche Justiz (Zeitschrift)
BtMG	Betäubungsmittelgesetz	DJT	Deutscher Juristentag
BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis (Zeitschrift)	DJZ	Deutsche Juristenzeitung
BTR	Zeitschrift für das Recht der Bauinvestoren, Bauträger und Projektentwickler	DMBilG	D-Markbilanzgesetz
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz	DNotI-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts
BV	Berechnungsverordnung, Betriebsvereinbarung	DNotV	Zeitschrift des Deutschen Notarvereins (1.1901–33.1933,5; dann Deutsche Notar-Zeitschrift)
BVB	Bundesvereinigung Bauwirtschaft	DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
BVerfG	Bundesverfassungsgericht	DONot	Dienstordnung für Notare
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	DR	Deutsches Recht (Zeitschrift)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht	DRiG	Deutsches Richtergesetz
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts	DrittellbG	Dritteltbeteiligungsgesetz
BVR	Bundesverfassungsrichter	DRiZ	Deutsche Richterzeitung
BWNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg	DRS	Deutscher Rechnungslegungsstandard
BZRG	Bundeszentralregistergesetz	DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V.
BzSt	Bundeszentralamt für Steuern	DSchG Bln	Denkmalschutzgesetz Berlin
CEMT	Conférence européenne des ministres des transports	DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
CIETAC	China International Economic and Trade Arbitration Commission	DSR	Deutscher Standardisierungsrat
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods	DSRI	Deutsche Stiftung für Recht und Informatik
CMLRev	Common Market Law Review	DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
CMR	Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr	DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung (Zeitschrift)
COTIF	Convention relative aux transports internationaux ferroviaires	DT	Düsseldorfer Tabelle
COVInsAG	Gesetz zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und zur Begrenzung der Organhaftung bei einer durch die COVID-19-Pandemie bedingten Insolvenz (COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz)	DtZ	Deutsch-deutsche Rechts-Zeitschrift
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)	DÜG	Diskontsatzüberleitungsgesetz
DA	Dienstanweisung	DV, DVO	Durchführungsverordnung
DÄBl.	Deutsches Ärzteblatt (Zeitschrift)	DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
		DWE	Der Wohnungseigentümer (Zeitschrift)
		DWW	Deutsche Wohnungswirtschaft (Zeitschrift)
		DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
		EAG	Europäische Atom-Gemeinschaft
		EAGBau	Gesetz zur Anpassung des Bau-gesetzbuchs an EU-Richtlinien
		EBO	Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung
		EBV	Eigenbetriebsverordnung
		EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
		EFTA	European Free Trade Association

Abkürzungsverzeichnis

EG	Einführungsgesetz, Europäische Gemeinschaft	EstR	Einkommensteuer-Richtlinien
eG	eingetragene Genossenschaft	ESUG	Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen
EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktien-gesetz	EuBvKpfVO	Verordnung (EU) zur Einführung eines Verfahrens für einen Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung
EGAO	Einführungsgesetz zur Abgaben-ordnung	EuBVO	Verordnung (EG) über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürger-lichen Gesetzbuch	EuEheVO	Verordnung (EG) über die Zustän-digkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren be-treffend die elterliche Verantwor-tung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten
EGG	Elektronischer Geschäftsverkehr-Gesetz	EuErbVO	Verordnung (EU) über die Zustän-digkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstre-ckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentli-cher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichts-verfassungsgesetz	EuG	Europäisches Gericht Erster Instanz
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenz-ordnung	EuGFVO	Verordnung (EG) zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	EuGH	Europäischer Gerichtshof
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetz-buch	EuGH VfO	Verfahrensordnung des Europäi-schen Gerichtshofs
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozess-ordnung	EuGHMR, EuGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	EG-Vertrag	EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozess-ordnung	EuGüVO	Verordnung (EU) zur Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der An-erkennung und Vollstreckung von Ent-scheidungen in Fragen des ehe-lichen Güterstands
EheG	Ehegesetz	EuGVÜ	Europäisches Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Ent-scheidungen in Zivil- und Handels-sachen
EHUG	Gesetz über elektronische Handelsre-gister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister	EuGVVO	Verordnung (EG) über die gericht-liche Zuständigkeit und die Anerken-nung und Vollstreckung von Ent-scheidungen in Zivil- und Handels-sachen
EinigungsV	Einigungsvertrag, Einigungsstellen-verordnung	EuInsVO	Verordnung (EG) über Insolvenz-verfahren
Einl. ALR	Einleitung zum Preußischen Allge-meinen Landrecht	EuMahnVO	Verordnung (EG) zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens
EKG	Einheitliches Gesetz über den inter-nationalen Kauf beweglicher Sachen	EuPartVO	Verordnung (EU) zur Durchführung der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzu-
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten		
ENA	Europäisches Niederlassungs-abkommen		
ENeuOG	Eisenbahnneuordnungsgesetz		
EnSG	Energiesicherungsgesetz		
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz		
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen		
ErbbauV, ErbbauVO	Verordnung über das Erbbaurecht		
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrecht-liche Praxis		
ErbSt	Erbschaftsteuer		
ErbStDV	Erbschaftsteuer-Durchführungs-verordnung		
ErbStG	Erbschaft- und Schenkungsteuer-gesetz		
ErfK	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht		
Erl.	Erläss, Erläuterung		
ESBO	Eisenbahn-Bau- und Betriebs-ordnung für Schmalspurbahnen		
ESt	Einkommensteuer		
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungs-verordnung		
EStG	Einkommensteuergesetz		

	wendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften	FGO	Finanzgerichtsordnung
	Europarecht (Zeitschrift)	FGPrax	Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Zeitschrift)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)	FiMaNoG	Finanzmarktnovellierungsgesetz
EuRAG	Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland	FK	Familienrecht kompakt (Zeitschrift)
EURATOM	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atom-Gemeinschaft	FKVO	Europäische Fusionskontrollverordnung
EuroEG	Euro-Einführungsgesetz	FLF	Finanzierung, Leasing, Factoring (Zeitschrift)
EUROSTAT	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft	FPR	Familie Partnerschaft Recht (Zeitschrift)
EUST	Einfuhrumsatzsteuer	FR	Finanzrundschau (Zeitschrift)
EuUnthVO	Verordnung (EG) über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen	FS	Festschrift
		FStrAbG	Fernstraßenausbaugesetz
EuVTVO	Verordnung (EG) zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen	FStrG	Bundesfernstraßengesetz
EuZVO	Verordnung (EG) über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen	FTP	File Transfer Protokoll
		FuR	Familie und Recht (Zeitschrift)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	FVE	Sammlung fremdenverkehrsrechtlicher Entscheidungen
EV	Eigentumsvorbehalt	FZV	Verordnung über die Zulassung von Fahrzeugen zum Straßenverkehr (Fahrzeug-Zulassungsverordnung)
EVO	Eisenbahn-Verkehrsordnung	GA	Archiv für Strafrecht und Strafprozess, begr. von Goldammer
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	GAAP	Generally Accepted Accounting Principles
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	GAD	Gesetz über den auswärtigen Dienst
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)	GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
EWZ	Europäischer Wirtschaftsraum	GBI	Gesetzblatt
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht	GBD	Grundbuchordnung
EZAR	Entscheidungssammlung zum Ausländer- und Asylrecht	GBP	Great Britain Pound
FaER	Fahreignungsregister	GbR, GdbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	GdB	Grad der Behinderung
		GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
FamRÄndG	Familienrechtsänderungsgesetz	GebrMG	Gebrauchsmustergesetz
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht	GEG	Gebäudeenergiegesetz
FAO	Fachanwaltsordnung	GenBeschlG	Genehmigungsverfahren-beschleunigungsgesetz
FernAbsG	Fernabsatzgesetz	GenG	Genossenschaftsgesetz
FeV	Fahrerlaubnis-Verordnung	GenRegVO	Verordnung über das Genossenschaftsregister
FF	Forum Familienrecht (Zeitschrift; früher: Forum Familien- und Erbrecht)	GeschGehG	Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen
FFH-RL	Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie	GeschmMG	Geschmacksmustergesetz
FGG	Gesetz betr. die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	GesO	Gesamtvollstreckungsordnung
FGG-RG	Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	GesR	GesundheitsRecht (Zeitschrift)
		GewA	Gewerbearchiv
		GewO	Gewerbeordnung
		GewSt	Gewerbsteuer
		GewStDV	Gewerbsteuer-Durchführungsverordnung
		GewStG	Gewerbsteuergesetz
		GewStR	Gewerbsteuerrichtlinien
		GF	Grundfläche
		GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
		GFZ	Geschossflächenzahl
		GG	Grundgesetz
		GKG	Gerichtskostengesetz

Abkürzungsverzeichnis

GKI	Gemeinsame Konsularische Instruktionen	HBÜ	Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung	HeizkostenV	Heizkostenverordnung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	HessStGH	Hessischer Staatsgerichtshof
GmbHStB	GmbH-Steuerberater (Zeitschrift)	HFA	Handelsrecht-Fachausschuss
GmbHHG	GmbH-Gesetz	HFR	Höchststrichterliche Finanzrechtsprechung (Zeitschrift)
GmbHHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)	HGB	Handelsgesetzbuch
GMBI	Gemeinsames Ministerialblatt	HinterlO	Hinterlegungsordnung
GmS	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes	HKÜ	Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung
GNotKG	Gerichts- und Notarkostengesetz	HMdI	Hessisches Ministerium des Innern
GO	Gemeinschaftsordnung, Gemeindeordnung	HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag	HöfeO	Höfeordnung
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte	HR	Handelsregister
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung	HRefG	Handelsrechts-Reformgesetz
GoldtArch	Archiv für Strafrecht und Strafprozess, begr. von Goldtammer	HRegGeb-NeuOG	Gesetz zur Neuordnung der Gebühren in Handels-, Partnerschafts- und Genossenschaftsregistersachen
GPÜ	Gemeinschaftspatentübereinkommen	HRegGebV	Handelsregistergebührenverordnung
GR	Güterrecht	HRG	Hochschulrahmengesetz
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union	HRV	Handelsregisterv Verfügung
GrEst.	Grunderwerbsteuer	HTML	Hypertext markup language
GrEstG	Grunderwerbsteuergesetz	HUK-Verband	Verband der Haftpflicht-, Unfall-, Auto- und Rechtsschutzversicherer
GrSt	Grundsteuer	HUnterhProt	Haager Unterhaltsprotokoll
GrStG	Grundsteuergesetz	HUSTA	Haager Unterhaltsstatusabkommen
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)	HUSTAK	Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltungspflichten gegenüber Kindern anzuwendende Recht
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht. Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht (Zeitschrift)	HV	Hauptversammlung
GRZ	Grundflächenzahl	HWiG	Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften
GS	Großer Senat	HZPÜ	Haager Übereinkommen vom 1.3.1954 über den Zivilprozess
GSiG	Grundsicherungsgesetz	HZÜ	Haager Übereinkommen vom 15.11.1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen
GU	Generalunternehmer	IAS	International Accounting Standards
GÜ	Generalübernehmer	IBR	Immobilien & Baurecht (Zeitschrift)
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz	ICC	International Chamber of Commerce
GV	Gebührenverzeichnis	IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland
GV NW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen	IFRS	International Financial Reporting Standards
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt	i.G.	in Gründung
GVFV	Gerichtsvollzieherformular-Verordnung	IHK	Industrie- und Handelskammer
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz	IHR	Internationales Handelsrecht (Zeitschrift)
GVGA	Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher	i.I.	in Insolvenz
GvKostG	Gerichtsvollzieherkostengesetz	IIC	International Review of Industrial Property and Copyright Law
GVO	Grundstücksverkehrsordnung; Gruppenfreistellungsverordnung	i.K.	im Konkurs
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	i.L.	in Liquidation
GwG	Geldwäschegesetz	INF	Die Information über Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
HaftpflG	Haftpflichtgesetz		
HAG	Heimarbeitsgesetz		
HausratV	Hausratverordnung		
HB, Hdb.	Handbuch		

InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht (Zeitschrift)	KfzPflVV	Verordnung über den Versicherungsschutz in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
info also	Informationen zum Arbeitslosen- und Sozialhilferecht (Zeitschrift)	KG	Kommanditgesellschaft, Kammergericht
InfoV	Informationspflichtenverordnung	KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
InfVO	Verordnung über die Informationspflichten bei Reiseveranstaltern	KGJ	Jahrbuch der Entscheidungen des Kammergerichts
Insbüro	Zeitschrift für das Insolvenzbüro	KG-Rp	Rechtsprechungsreport des Kammergerichts Berlin
INSG	Insolvenzgeld	Kind-Prax	Kindschaftsrechtliche Praxis (Zeitschrift)
InsO	Insolvenzordnung	KMU	kleine und mittlere Unternehmen
InsVV	Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung	KO	Konkursordnung
IntKfzV	Internationale Kfz-Verordnung	KÖSDI	Kölner Steuerdialog (Zeitschrift)
InVo	Insolvenz und Vollstreckung (Zeitschrift)	KOM	Kommissionsdokumente
IP	Internetprotokoll	KonsularG	Konsulargesetz
IPR	Internationales Privatrecht	KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)	KostO	Kostenordnung
IPRG	Gesetz zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts	KostRÄG 2021	Kostenrechtsänderungsgesetz 2021
IRPA	Internationale Strahlenschutzassoziation	KostRMOG	Kostenrechtsmodernisierungsgesetz
IStR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)	KR	Becker/Etzel, Gemeinschaftskommentar zum Kündigungsschutzgesetz und zu sonstigen kündigungsschutzrechtlichen Vorschriften
ITRB	IT-Rechts-Berater (Zeitschrift)	K&R	Kommunikation & Recht (Zeitschrift)
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)	KSchG	Kündigungsschutzgesetz
JArbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz	KSt	Körperschaftsteuer
JbFAStr	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht	KStDV	Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung
JBl.	Juristische Blätter (Österreich)	KStG	Körperschaftsteuergesetz
JFG	Jahrbuch der Freiwilligen Gerichtsbarkeit	KStR	Körperschaftsteuer-Richtlinien
JGG	Jugendgerichtsgesetz	KSVG	Künstlersozialversicherungsgesetz
jM	juris Monatszeitschrift	KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen (ab 50. 1998 Zeitschrift für Insolvenzrecht; vorher Konkurs- und Treuhandwesen)
JMBI NRW	Justizministerialblatt für Nordrhein-Westfalen	KV	Kostenverzeichnis
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)	KVdR	Krankenversicherung der Rentner
JuMiG	Justizmitteilungsgesetz	KWG	Kreditwesengesetz
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)	LAG	Landesarbeitsgericht, Lastenausgleichsgesetz
JurBüro	Juristisches Büro (Zeitschrift)	LandPVerkG	Landpachtverkehrsgesetz
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)	LBO	Landesbauordnung
JVA	Justizvollzugsanstalt	LCIA	London Court of International Arbitration
JVEG	Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz	LFGG	Landesgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit
JVKostO	Justizverwaltungskostenordnung	LG	Landgericht
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)	LHO	Landeshaushaltsordnung; Leistungs- und Honorarordnung
JWT	Journal of World Trade Law	LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung	LLP	Limited Liability Partnership
KAG	Kommunalabgabengesetz	LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch	LMBG	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetz
KapAEG	Kapitalaufnahmeerleichterungsgesetz	LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
KapCoRiLiG	Kapitalgesellschaften- und Co.-Richtliniengesetz		
KapErhG	Kapitalerhöhungsgesetz		
KapMuG	Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz		
KfH	Kammer für Handelssachen		

Abkürzungsverzeichnis

LPG	Landespressegesetz	NachwG	Nachweisgesetz
LPK	Lehr- und Praxiskommentar	NaStraG	Gesetz zur Namensaktie und zur Erleichterung der Stimmrechtsausübung
LRA	Landratsamt	Nds	Niedersachsen
LRG	Landesrundfunkgesetz	NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge
LSA	Land Sachsen-Anhalt	NEG, NEheLG	Gesetz über die Stellung der nicht-ehelichen Kinder
LSG	Landessozialgericht	NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
LStR	Lohnsteuer-Richtlinien	NJW-COR	NJW-Computerreport (Zeitschrift)
LuftfzRG	Gesetz über Rechte an Luftfahrzeugen	NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport (Zeitschrift)
LuganoÜ	Lugano-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen	NJWE	NJW-Entscheidungsdienst (Zeitschrift)
LZ	Leipziger Zeitschrift	NJWE-FER	NJW-Entscheidungsdienst-Familien- und Erbrecht (Zeitschrift)
MaBV	Makler- und Bauträgerverordnung	NJWE-MietR	NJW-Entscheidungsdienst-Miet- und Wohnungsrecht (Zeitschrift)
MAR	Marktmissbrauchsverordnung (Market Abuse Regulation)	NJWE-VHR	NJW-Entscheidungsdienst-Versicherungs- und Haftungsrecht (Zeitschrift)
MarkenG	Markengesetz	NJWE-WettbR	NJW-Entscheidungsdienst-Wettbewerbsrecht (Zeitschrift)
MBO-Ä	(Muster-)Berufsordnung für die deutschen Ärztinnen und Ärzte	NMR	Nuclear Magnetic Resonance (Kernspinresonanz)
MBPiG	Magnetschwebebahnplanungsgesetz	NMV	Neubaumietenverordnung
MD	Magazin Dienst (Zeitschrift)	NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
MdE	Minderung der Erwerbsfähigkeit	npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung	n.r.	nicht rechtskräftig
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)	NRW	Nordrhein-Westfalen
MDStV	Staatsvertrag über Mediendienste	NSÄ	Nettosubventionsäquivalent
MEA	Miteigentumsanteil	NStE	Neue Entscheidungssammlung für Strafrecht
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)	NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
MedSach	Der Medizinische Sachverständige (Zeitschrift)	NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht – Rechtsprechungsreport (Zeitschrift)
Meso	Medizin im Sozialrecht	NU	Nachunternehmer
MessEG	Mess- und Eichgesetz	NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
MHbeG	Minderjährigenhaftungsbeschränkungsgesetz	n.v.	nicht veröffentlicht
MHRG	Gesetz zur Regelung der Miethöhe	NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
MietRÄndG	Mietrechtsänderungsgesetz	NW	Nordrhein-Westfalen
MietRB	Der Miet-Rechts-Berater (Zeitschrift)	NWB	Neue Wirtschaftsbriefe
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz	NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkasse Bayern	NZB	Nichtzulassungsbeschwerde
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer	NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)	NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
MPU	medizinisch-psychologische Untersuchung	NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
MRRG	Mietrechtsreformgesetz, Melde-rechtsrahmengesetz	NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
MRVerbG	Mietrechtsverbesserungsgesetz	ODR-VO	Verordnung (EU) Nr. 524/2013 über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten
MSA	Minderjährigenschutzabkommen		
MsbG	Gesetz zur Feststellung des Bedarfs von Magnetschwebebahnen		
MSchG	Mieterschutzgesetz		
MÜ	Montrealer Übereinkommen		
MuSchG	Mutterschutzgesetz		
MuW	Markenschutz und Wettbewerb (Zeitschrift)		
MwSt	Mehrwertsteuer		

ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr	RFH	Reichsfinanzhof
ÖstOHG	Österreichischer Oberster Gerichtshof	RG	Reichsgericht
OFD	Oberfinanzdirektion	RGBI	Reichsgesetzblatt
OHG	Offene Handelsgesellschaft	RGRK	Kommentar zum BGB, hrsg. von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern
OLG	Oberlandesgericht	RGSt	Entscheidungen des RG in Strafsachen
OLGE	Entscheidungssammlung der Oberlandesgerichte	RGZ	Entscheidungen des RG in Zivilsachen
OLGR	OLG-Report	RichtlRA	Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts
OLGSt	Entscheidungen der Oberlandesgerichte zum Straf- und Strafvollzugsrecht	RiLi	Richtlinie
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen	RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
OrgKG	Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität	RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
OVG	Oberverwaltungsgericht	RL	Richtlinie
OWi	Ordnungswidrigkeit	RmBereinVpG	Gesetz zur Bereinigung des Rechtsmittelsrechts im Verwaltungsprozess
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz	RöV	Röntgenverordnung
PAngG	Preisangaben- und Preisklauselgesetz	ROW	Recht in Ost und West (Zeitschrift)
PAngV	Preisangabenverordnung	Rp	Report
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz	Rpfl.	Rechtspfleger
PartG mbB	Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung	Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger (Zeitschrift)
PatG	Patentgesetz	RpflegerG,	Rechtspflegergesetz
PersBefG,	Personenbeförderungsgesetz	RPfG	
PBefG		RR	Rechtsprechungsreport
PersGes	Personengesellschaft	RRa	Reiserecht aktuell
PflVG	Pflichtversicherungsgesetz	Rs.	Rechtsstreit, Rechtssache
phG	persönlich haftende Gesellschaft	RStBl	Rechtssteuerblatt
PKH	Prozesskostenhilfe	RStruktG	Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten
PKoFoG	Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz	RÜ	RechtsprechungsÜbersicht (Zeitschrift)
PolG	Polizeigesetz	RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
PostG	Postgesetz	RVO	Reichsversicherungsordnung
PrKV	Preisklauselverordnung	RVS	Rollführungsversicherungsschein
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz	SaaS	Software as a Service
PRV	Partnerschaftsregisterverordnung	Sächs VerfGH	Sächsischer Verfassungsgerichtshof
PStG	Personenstandsgesetz	SächsGO	Sächsische Gemeindeordnung
PublG	Publizitätsgesetz	SchiedsVfG	Schiedsverfahrens-Neuregelungsgesetz
r + s	Recht und Schaden (Zeitschrift)	SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
RabattG	Rabattgesetz	SchiffsRegO	Schiffsregisterordnung
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht	SchiffsRG	Schiffsrechtsgesetz
RBBau	Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes im Zuständigkeitsbereich der Finanzbauverwaltungen	SchSt	Schenkungssteuer
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)	SchuldRAnpG	Schuldrechtsanpassungsgesetz
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz	SchwBG	Schwerbehindertengesetz
RdLh	Rechtsdienst der Lebenshilfe (Zeitschrift)	SDÜ	Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen
RDM-Rspr.	RDM-Sammlung von Rechtsprechung zum Makler- und Immobilienrecht	SG	Sozialgericht
Rdschr.	Rundschreiben	SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
RE, RegE	Regierungsentwurf	SGB	Sozialgesetzbuch
Recht	Das Recht (Zeitschrift)	SGG	Sozialgerichtsgesetz
		SGOBau	Schiedsgerichtsordnung für das Bauwesen
		SIAC	Singapore International Arbitration Centre

Abkürzungsverzeichnis

SigG	Signaturgesetz	TMG	Telemediengesetz
SolZG	Solidaritätszuschlaggesetz	TO/TOP	Tagesordnung/Tagesordnungspunkt
SorgRÜbkAG	Ausführungsgesetz zum Europäischen Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechtsverhältnisses	TranspR	Transportrecht (Zeitschrift)
		TransPuG	Transparenz- und Publizitätsgesetz
		TVG	Tarifvertragsgesetz
		TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
		UA	Urteilsabdruck
SorSchG	Sortenschutzgesetz	UÄndG	Unterhaltsänderungsgesetz
SP	Schaden-Praxis (Zeitschrift)	UhVorschG	Unterhaltsvorschussgesetz
SprAuG	Sprecherausschussgesetz	UIG	Umweltinformationsgesetz
SpuRt	Zeitschrift für Sport und Recht	UKlaG	Unterlassungsklagengesetz
SpV	Spektrum für Versicherungsrecht (Zeitschrift)	UMAG	Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts
SRV	Schutzschriftenregisterverordnung	UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz
StA	Staatsanwaltschaft; Staatsangehörigkeit	UmwG	Umwandlungsgesetz
		UmwRG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz
StAG, StAngG	Staatsangehörigkeitsgesetz	UmwStE	Umwandlungssteuererlass
StAZ	Standesamts-Zeitschrift	UmwStG	Umwandlungssteuergesetz
StB	Der Steuerberater (Zeitschrift)	UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
StBerG	Steuerberatungsgesetz		
Stbg.	Die Steuerberatung (Zeitschrift)	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
StBGebV, StBGebVO	Steuerberatergebührenverordnung	UntStRefG	Unternehmenssteuerreformgesetz
StbJb	Steuerberater-Jahrbuch	UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)
StBp	Die steuerliche Betriebsprüfung (Zeitschrift)	UR	Umsatzsteuer-Rundschau
StBVV	Steuerberatervergütungsverordnung	UR.	Urkundenrolle
StGB	Strafgesetzbuch	UrhG	Urheberrechtsgesetz
StiftungsG	Stiftungsgesetz	URL	Uniform Resource Locators
Stpfl.	Steuerpflichtiger	Ust	Umsatzsteuer
StPO	Strafprozessordnung	UstDV	Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
StR	Strafrecht		
StraFo	Strafverteidiger Forum (Zeitschrift)	UStG	Umsatzsteuergesetz
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen	UStR	Umsatzsteuerrichtlinien
		UEVG	Gesetz zur Einordnung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung in das Sozialgesetzbuch
StuB	Steuern und Bilanzen (Zeitschrift)		
StückAG	Stückaktiengesetz	UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)	UVollzO	Untersuchungshaftvollzugsordnung
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)	UVPg	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
StVG	Straßenverkehrsgesetz		
StVO	Straßenverkehrsordnung	UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
StVollzG	Strafvollzugsgesetz		
StVZO	Straßenverkehrszulassungsordnung	VA	Versorgungsausgleich, Verwaltungsakt
SÜ	Sicherheitsübereignung		
SVR	Straßenverkehrsrecht (Zeitschrift)	VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
SVS	Speditionsversicherungsschein	VAH AufenthG	Vorläufige Anwendungshinweise zum Aufenthaltsgesetz
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für Internationales und Europäisches Recht		
		VAH FreizügG/ EU	Vorläufige Anwendungshinweise zum Freizügigkeitsgesetz
SZR	Sonderziehungsrechte	VAHRG	Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich
TARIC	Gebrauchszolltarif (Integrated tariff of the European Communities)		
TB	Tarifbestimmungen	VBGL	Vertragsbedingungen für Güterkraftverkehrs- und Logistikunternehmer
TDDSG	Teledienstdatenschutzgesetz		
TDG	Teledienstegesetz	VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
TDSV	Telekommunikationsdienstunternehmen-Datenschutzverordnung		
TE	Teilungserklärung	VBl. BW	Verwaltungsblätter Baden-Württemberg
TKG	Telekommunikationsgesetz		
TKV	Telekommunikations-Kundenschutzverordnung	VDE	Verband deutscher Elektrotechniker
		VDI	Verband deutscher Ingenieure

VEK	Vereinigung Europäischer Kunststoffverarbeiter	VuR	Verbraucher und Recht (Zeitschrift)
VerBAV	Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen	VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz	VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VerbrRRL	Verbraucherrechterichtlinie	VVO	Verfahrensverordnung
Vereinigungs-VO	Vereinigungsverordnung (DDR)	VW	Versicherungswirtschaft (Zeitschrift)
VerfGHSaarl	Verfassungsgerichtshof Saarland	VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VerfO	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs	VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VerglO	Vergleichsordnung	WA	Warschauer Abkommen
VergStatVO	Vergabestatistikverordnung	WährG	Währungsgesetz
VerkwPl-BeschlG	Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz	WahrnG	Gesetz über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten
VerlG	Verlagsgesetz	WDRG	WDR-Gesetz
VermAnlG	Vermögensanlagegesetz	WE	Wohnungseigentum (Zeitschrift)
VermG	Vermögensgesetz	WEG	Wohnungseigentumsgesetz;
VersAusglG	Versorgungsausgleichsgesetz	WEMoG	Wohnungseigentümergeinschaft
VerschÄndG	Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Verschollenheitsrechts	WG	Wohnungseigentumsmodernisierungsgesetz
VerschG	Verschollenheitsgesetz	WGG	Wechselgesetz
VerschmRLG	Verschmelzungsrichtlinie-Gesetz	WHG	Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz,
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)	WiB	Wegfall der Geschäftsgrundlage
VfO,	Verfahrensordnung des Gerichtshofs	WiStG	Wasserhaushaltsgesetz
EuGH VfO	der Europäischen Gemeinschaften	wistra	Wirtschaftsrechtliche Beratung (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht	WKSchG	Wirtschaftsstrafgesetz
VGA	Video Graphics Adapter	WM	Zeitschrift für Wirtschaft, Steuer, Strafrecht
VGG	Gesetz über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten durch Verwertungsgesellschaften	WoBauG	Wohnraumkündigungsschutzgesetz
VGH	Verwaltungsgerichtshof, Verfassungsgerichtshof	WoBindG	Wertpapier-Mitteilungen
VGT	Verkehrsgerichtstag	WoPG	Wohnungsbaugesetz
VgV	Vergabeverordnung	WoVermG	Wohnungsbindungsgesetz
VHB	Allgemeine Hausratsversicherungsbedingungen, Vergabehandbuch für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes im Zuständigkeitsbereich der Finanzbauverwaltungen	WpG	Wohnungsbauprämiengesetz
VKH	Verfahrenskostenhilfe	WpHG	Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung
VN	Versicherungsnehmer	WPO	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
VO	Verordnung	WpÜG	Wertpapierhandelsgesetz
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen	WRP	Wirtschaftsprüferordnung
VOBl	Verordnungsblatt	WRV	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
VorstOG	Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetz	WTO	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
VPöA	Verordnung über Preise bei öffentlichen Aufträgen	WuB	Weimarer Reichsverfassung
VR	Versicherer	WÜG	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
VRG	Vorruhestandsgesetz	WuM	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (Loseblatt)
VRR	VerkehrsRechtsReport (Zeitschrift)	WuW	Wertpapiererwerb- und Übernahmegesetz
VRS	Verkehrsrechtssammlung (Zeitschrift)	WuW/E	Wohnungswirtschaft und Mietrecht (Zeitschrift)
VSBG	Verbraucherstreitbeilegungsgesetz	WZG	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
VSt	Vermögensteuer	ZAG	Wirtschaft und Wettbewerb/Entscheidungssammlung zum Kartellrecht (Zusatz DE-V: Deutschland – Verwaltung, DE-R: Deutschland – Rechtsprechung, EU-R: Europäische Union – Rechtsprechung)
VStG	Vermögenssteuergesetz		Warenzeichengesetz
VStR	Vermögenssteuer-Richtlinien		Zusatzabkommen von Guadalajara

Abkürzungsverzeichnis

ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht	ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Asylpolitik	ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZDG	Zivildienstgesetz	ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZDK	Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes	ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht	ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge	ZNotP	Zeitschrift für die Notarpraxis
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Baurecht	ZPO	Zivilprozessordnung
ZfG, ZfgG	Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen	ZRHO	Rechtshilfeordnung für Zivilsachen
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht	ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZfJ	Zentralblatt für Jugendrecht (Zeitschrift)	ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft	ZTV	Zusätzliche technische Vertragsbedingungen
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung (Österreich)	ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
zfs	Zeitschrift für Schadensrecht	ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht Rechtsprechungsdiens
ZfSH	Zeitschrift für Sozialhilfe	ZustRG	Zustellungsreformgesetz
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch	ZustVBau	Zuständigkeitsverordnung im Bauwesen
ZGB	Zivilgesetzbuch (DDR)	ZVFV	Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht	ZVG	Zwangsversteigerungsgesetz
		ZVK	Zusatzversorgungskassen
		ZWE	Zeitschrift für Wohnungseigentum

Musterverzeichnis

§ 1 Aktienrecht

1.1	Gründungsprotokoll.	13
1.2	Satzung der Vorrats-AG (einfache Fassung)	13
1.3	Bestellung des ersten Vorstands	15
1.4	Bestätigung des Kreditinstituts über die Einlageleistung	15
1.5	Gründungsbericht gem. § 32 AktG	15
1.6	Gründungsprüfungsbericht von Vorstand und Aufsichtsrat gem. §§ 33, 34 AktG.	16
1.7	Antrag auf Bestellung eines Gründungsprüfers	16
1.8	Bericht des Gründungsprüfers nach §§ 33, 34 AktG.	16
1.9	Liste der Aufsichtsratsmitglieder gemäß § 37 Abs. 4 Nr. 3a AktG	17
1.10	Anmeldung der Gesellschaft zum Handelsregister.	18
1.11	Zeichnung der neuen Aktien	23
1.12	Einladung zur Hauptversammlung (Tagesordnung)	24
1.13	Nachgründungs- und Einbringungsvertrag	25
1.14	Nachgründungsbericht des Aufsichtsrats gem. §§ 52 Abs. 3, 32 Abs. 2 und 3 AktG	26
1.15	Anmeldung des Nachgründungs- und Einbringungsvertrags, des Beschlusses über die Umstellung auf Stückaktien und die Kapitalerhöhung, der Durchführung der Kapitalerhöhung und der Satzungsänderung zum Handelsregister	27
1.16	Tagesordnung der weiteren Hauptversammlung mit Kapitalerhöhungsbeschluss und Neufassung der Satzung (ausführliche Fassung für Publikums-AG)	28
1.17	Widerruf der Bestellung eines Vorstandsmitglieds	37
1.18	Anmeldung des Widerrufs der Bestellung eines Vorstandsmitglieds zum Handelsregister.	38
1.19	Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gem. § 161 AktG	38
1.20	Bekanntmachung nach § 97 Abs. 2 AktG.	41
1.21	Antrag nach § 98 AktG auf gerichtliche Entscheidung	42
1.22	Bekanntmachung gem. § 19 MitbestG	42
1.23	Einberufung der ordentlichen Hauptversammlung	46
1.24	Gegenantrag eines Aktionärs nach § 126 AktG	51
1.25	Zugänglichmachen eines Gegenantrags nach § 126 AktG mit Stellungnahme des Vorstands.	52
1.26	Antrag auf gerichtliche Entscheidung über das Auskunftsrecht nach § 132 AktG	52
1.27	Anfechtungsklage	53
1.28	Bekanntmachung nach § 246 Abs. 4 AktG	54
1.29	Mitteilung über den Erwerb einer Beteiligung nach § 20 AktG	57
1.30	Mitteilung über die Abgabe einer Beteiligung nach § 20 Abs. 5 AktG.	57
1.31	Bekanntmachung der AG nach § 20 Abs. 6 AktG	57
1.32	Mitteilung der späteren Entwicklung zur Ein-Mann-Aktiengesellschaft	57
1.33	Satzung einer GmbH & Co. KGaA	62

§ 2 Allgemeine Geschäftsbedingungen

2.1	Anwendungshinweis bei Verbrauchsgüterkauf-AGB	85
2.2	Ausschluss der Aufrechnung (Verkauf-AGB)	85
2.3	Teillieferungen (Verkauf-AGB)	86
2.4	Gerichtsstand bei Verbrauchervertrag (Verkauf-AGB).	86
2.5	Rechtswahl (Verkauf-/Einkauf-AGB)	87
2.6	Zahlungsbedingungen (am Beispiel Verbrauchsgüterkauf)	88
2.7	Zahlungsbedingungen und Nacherfüllungsvorbehalt (Werkvertrags-AGB)	88
2.8	Verjährungsverkürzung (am Beispiel Verbrauchsgüterkauf).	91
2.9	Verjährungsverkürzung (Verkauf-AGB).	92
2.10	(doppelte) Schriftformklausel mit Vorbehalt	93

2.11	Geltungserhaltung	93
2.12	Anwendungshinweis für Lieferungen/Leistungen an Unternehmer (Einkauf-/Verkauf-AGB)	94
2.13	Freistellung von Werbeaussagen-Haftung (Einkauf-AGB)	95
2.14	Haftungsausschluss in Verkauf-AGB (ohne Lieferverzögerung/Unmöglichkeit)	95
2.15	Begrenzung der Haftung wegen Lieferverzögerung (Verkauf-AGB)	96
2.16	Begrenzte Haftung bei Unmöglichkeit (Verkauf-AGB)	96
2.17	Verjährungsverkürzungen bei Werkleistungen/Kaufverträgen über neue Sachen (Verkauf-AGB)	98
2.18	(Weitgehender) Ausschluss von Mängelansprüchen bei Kaufverträgen über gebrauchte Sachen (Verkauf-AGB)	99
2.19	Verjährungsverkürzung bei Kaufverträgen über gebrauchte Sachen (Verkauf-AGB)	100
2.20	Verlängerung der Verjährung, Neubeginn (Einkauf-AGB)	101
2.21	Gerichtsstand (Einkauf-/Verkauf-AGB)	102
2.22	Rechtswahl (Verkauf-/Einkauf-AGB)	102
2.23	Abtretungsverbot	102
2.24	(doppelte) Schriftformklausel mit Vorbehalt	103
2.25	Geltungserhaltung	103
2.26	Geltungserhaltung	104

§ 3 Anwaltschaftsrecht

3.1	Schadensanzeige	121
3.2	Anspruchsschreiben	121
3.3	Schadensersatzklage	122

§ 4 Arbeitsrecht

4.1	Betriebsvereinbarung bzgl. Personalplanung	137
4.2	Betriebsvereinbarung bzgl. Stellenausschreibung	138
4.3	Betriebsvereinbarung bzgl. Einstellungsfragebogen	139
4.4	Unterrichtung des Betriebsrats über eine geplante Einstellung (§ 99 BetrVG)	140
4.5	Unterrichtung des Betriebsrats über vorläufige personelle Maßnahmen (§ 100 BetrVG)	141
4.6	Rubrum für alle Verträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern	169
4.7	Unbefristeter Mindeststandard-Vertrag nach den Anforderungen des Nachweisgesetzes	170
4.8	Ausführlicher Arbeitsvertrag für einen Angestellten	172
4.9	Arbeitsvertrag für eine geringfügige Teilzeitbeschäftigung (Mini-Job-Vertrag)	175
4.10	Erklärung des/der Beschäftigten zur Versicherungsfreiheit	177
4.11	Erklärung des/der Beschäftigten zur Zusammenrechnung mehrerer geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse	178
4.12	Vertrag für einen freien Mitarbeiter	178
4.13	Homeofficevereinbarung	179
4.14	Anschreiben Urlaubsansprüche und deren drohender Verfall	180
4.15	Anschreiben Aufforderung zur Urlaubsnahme	180
4.16	Anordnung der Attestpflicht	181
4.17	Probearbeitsverhältnis	214
4.18	Befristete Arbeitsverhältnisse	214
4.19	Arbeitsvertrag mit kurzfristig Beschäftigten	215
4.20	Teilzeitarbeitsvertrag	215
4.21	Job-Sharing-Vertrag	215
4.22	Abrufarbeit	216
4.23	Anzeige eines Reduzierungswunsches nach § 8 Abs. 1 TzBfG	216
4.24	Antrag auf Brückenteilzeit nach § 9a TzBfG	217
4.25	Ergänzungsvereinbarung bei weiter bestehendem Inlandsarbeitsvertrag (Zweivertragsmodell)	217

4.26	Auslandsarbeitsvertrag (Übertrittsmodell)	218
4.27	Nachvertragliches Wettbewerbsverbot	232
4.28	Einseitiger Verzicht des Arbeitgebers auf die Einhaltung des Wettbewerbsverbots.	233
4.29	Kfz-Überlassungsvereinbarung	233
4.30	Arbeitgeberdarlehen	235
4.31	Fortbildungsvertrag	236
4.32	Gewinnbeteiligung	236
4.33	Abmahn schreiben (Fehlbearbeitung)	242
4.34	Abmahn schreiben (Verstoß gegen § 5 EFZG)	243
4.35	Anhörung des Betriebsrats	285
4.36	Unterrichtung und Anhörung der Schwerbehindertenvertretung	285
4.37	Mitteilung des Arbeitgebers an die Schwerbehindertenvertretung über die Entscheidung, den Antrag auf Zustimmung zu der beabsichtigten Kündigung beim Integrationsamt zu stellen	286
4.38	Unterrichtung und Anhörung der Schwerbehindertenvertretung über die Entscheidung des Integrationsamts, bezogen auf die Zustimmung zur ordentlichen Kündigung.	286
4.39	Unterrichtung der Schwerbehindertenvertretung über die Entscheidung zur ordentlichen Kündigung.	287
4.40	Einholung der Zustimmung des Integrationsamts	287
4.41	Antrag auf Zustimmung der Kündigung einer unter das MuSchG fallenden Beschäftigten . .	287
4.42	Ordentliche Kündigung.	288
4.43	Außerordentliche Kündigung mit vorsorglicher hilfsweiser ordentlicher Kündigung.	288
4.44	Änderungskündigung mit hilfsweiser ordentlicher Kündigung des Arbeitsverhältnisses	288
4.45	Kündigung, verbunden mit einem Angebot nach § 1a KSchG	289
4.46	Rubrum für Beendigungsvereinbarungen	301
4.47	Aufhebungsvertrag	301
4.48	Abwicklungsvertrag.	301
4.49	Kündigungsfolgenvereinbarung	301
4.50	Standard-Aufhebungsvertrag (Kurzfassung)	301
4.51	Einfaches Zeugnis für einen Facharbeiter der Metallindustrie	311
4.52	Qualifiziertes Zeugnis für einen Facharbeiter der Metallindustrie	311
4.53	Qualifiziertes Zeugnis für einen leitenden Angestellten (durchschnittliche Leistungen, Gesamtnote befriedigend)	312
4.54	Zeugnis für einen leitenden Angestellten (weit überdurchschnittliche Leistungen, Gesamtnote sehr gut)	312
4.55	Urlaubsbescheinigung	313
4.56	Zwischenbescheinigung	314
4.57	Ausgleichsquittung	314
4.58	Unterrichtung nach § 613a Abs. 5 BGB.	324
4.59	Erklärung zum Betriebsübergang	328
4.60	Vereinbarung zum Betriebsübergang gem. § 613a BGB.	328
4.61	Kündigungsschutzklage	336
4.62	Klageerwiderung bei ordentlicher Kündigung aus personenbedingten Gründen	337
4.63	Klageerwiderung bei ordentlicher Kündigung aus verhaltensbedingten Gründen.	338
4.64	Klageerwiderung bei ordentlicher Kündigung aus betriebsbedingten Gründen	339
4.65	Klage auf Entfernung einer Abmahnung aus der Personalakte	342
4.66	Klage auf Berichtigung eines Arbeitszeugnisses	346
4.67	Zahlungsklage.	347
4.68	Klageantrag: Verringerung der bisherigen vertraglichen Arbeitszeit	350
4.69	Klageantrag: Verringerung und geänderte Verteilung der Arbeitszeit	350
4.70	Klageantrag: Geltendmachung eines Beschäftigungsanspruchs.	350
4.71	Klageantrag: Feststellungsklage bei Bestreiten der Fiktion	350
4.72	Klageantrag: Feststellungsklage bei Unwirksamkeit der Neuverteilung	350

4.73	Klageantrag: Feststellungsklage bei Unwirksamkeit einer Versetzung	351
4.74	Ausführlicher Beendigungsvergleich	351
4.75	Kurzer Beendigungsvergleich	354
4.76	Vergleich nach personenbedingter Kündigung wegen Alkoholismus.	355
4.77	„Vorspann“ bei Zustandekommen des Vergleichs nach § 278 Abs. 6 ZPO	356
4.78	„Vorspann“ bei Zustandekommen des Vergleichs nach § 278 Abs. 6 S. 1 Alt. 2 S. 2 ZPO	356
4.79	Einlegung der Berufung	364
4.80	Berufungsbegründung	364
4.81	Tatbestandsberichtigungsantrag	365
4.82	Nichtzulassungsbeschwerde wegen grundsätzlicher Bedeutung	365
4.83	Nichtzulassungsbeschwerde wegen Divergenz.	366
4.84	Nichtzulassungsbeschwerde wegen Verfahrensrechtsverletzung	367
4.85	Nichtzulassungsbeschwerde wegen Gehörsrechtsverletzung	368
4.86	Einlegung der Revision.	368
4.87	Revisionsbegründung.	369
4.88	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen Weiterbeschäftigung	372
4.89	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen Zahlung	373
4.90	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Herausgabe der Arbeitspapiere	375
4.91	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Unterlassung von Wettbewerb während des bestehenden Arbeitsverhältnisses.	376
4.92	Interessenausgleich (bei Betriebsstilllegung).	388
4.93	Sozialplan	389
4.94	Betriebsvereinbarung über die Verteilung der Arbeitszeit auf Wochentage, Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit sowie der Pausen	391
4.95	Betriebsvereinbarung über die Einführung der elektronischen Zeiterfassung	391
4.96	Antrag auf Einleitung des Beschlussverfahrens	394
4.97	Erwiderung	395
4.98	Einlegung der Beschwerde beim Landesarbeitsgericht	397
4.99	Antrag auf Zulassung der Sprungrechtsbeschwerde	397
4.100	Sprungrechtsbeschwerde	398
4.101	Einleitung des Verfahrens	401
4.102	Antrag nach § 76 Abs. 2 S. 2 BetrVG	401
4.103	Antrag an die Einigungsstelle	402

§ 5 Arzthaftungsrecht

5.1	Anspruchsschreiben.	423
5.2	Anforderung der Krankenblattdokumentation	429
5.3	Unterstützungsantrag nach § 66 SGB V.	429
5.4	Antrag auf Durchführung des selbstständigen Beweisverfahrens.	431
5.5	Herausgabeklage	437
5.6	Auskunfts-klage	437
5.7	Schadensersatzklage	438
5.8	Klageerwiderungsschrift	442
5.9	Prozessvergleich.	450
5.10	Berufungsschrift.	452

§ 6 Asylrecht

6.1	Klage auf Fortführung des Asylverfahrens und Entscheidung	457
6.2	Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung	459
6.3	Klage auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gem. § 3 AsylG.	462
6.4	Klage auf Feststellung eines Abschiebungsverbots	465
6.5	Klage gegen die Ablehnung von Familienasyl.	467
6.6	Klage gegen den Widerruf einer Flüchtlingsanerkennung.	469

§ 7 Aufenthaltsrecht

7.1	Klage gegen die Ablehnung eines Antrags auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis.	474
7.2	Klage und Eilantrag gegen die Ablehnung einer Aufenthaltserlaubnis.	475
7.3	Klage und Eilrechtsschutz gegen die Ablehnung eines Antrags auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gem. § 25a AufenthG.	479
7.4	Klage gegen die Ablehnung der Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis gem. § 25 Abs. 2 S. 1 Var. 2 AufenthG	480
7.5	Klage gegen die Ablehnung eines Visums zum Ehegattennachzug wegen fehlender Sprachkenntnisse	483
7.6	Klage gegen die Ablehnung eines Visums zum Kindernachzug	485
7.7	Klage gegen die Feststellung des Verlusts des Freizügigkeitsrechts	487
7.8	Klage gegen die Versagung der Verlängerung des Aufenthaltsrechts	489
7.9	Klage gegen Ausweisungsverfügung	491
7.10	Klageverfahren gegen Ablehnung eines Visumsantrags	493

§ 8 Bankrecht

8.1	Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag mit gebundenem Sollzins (ohne verbundene Verträge gem. §§ 358, 359 BGB)	501
8.2	Kredit zu gewerblichen/beruflichen Zwecken	507
8.3	Bestellung einer Buchgrundschuld mit Übernahme der persönlichen Haftung	516
8.4	Sicherungsabrede zur Grundschuldbestellung	519
8.5	Abtretung einer Grundschuld durch die Bank	522
8.6	Löschungsbewilligung	523
8.7	Abtretung einzelner Forderungen	523
8.8	Mantelzessionsvertrag	526
8.9	Globalzessionsvertrag.	529
8.10	Sicherungsübereignung mit Übergabeersatz	531
8.11	Sicherungsübereignung – Warenlager mit wechselndem Bestand und Forderungsabtretung.	535
8.12	Bestandsmeldung der sicherungsübereigneten Waren	539
8.13	Höchstbetragsbürgschaft	539
8.14	Verpfändung von Kontoguthaben	542
8.15	Verpfändungsanzeige	544

§ 9 Öffentliches Baurecht

9.1	Antrag auf Vorbescheid.	554
9.2	Verpflichtungsklage auf Baugenehmigung (Innenbereich – Außenbereich)	556
9.3	Untätigkeits-/Verpflichtungsklage auf Erteilung der Baugenehmigung (großflächiger Einzelhandel im unbeplanten Innenbereich)	557
9.4	Stellungnahme nach § 3 Abs. 2 BauGB zu Bebauungsplanentwurf	562
9.5	Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 BauGB	563
9.6	Normenkontrollantrag nach § 47 VwGO gegen Bebauungsplan	563
9.7	Städtebaulicher Vertrag nach § 11 BauGB	570
9.8	Durchführungsvertrag nach § 12 BauGB	574
9.9	Erschließungsvertrag	576
9.10	Stellplatzablösungsvertrag	579

§ 10 Privates Baurecht

10.1	Allgemeine Vertragsbedingungen für Bauverträge.	587
10.2	Verhandlungsprotokoll und Vertragsangebot	593
10.3	Abnahmeprotokoll	596
10.4	GU-Vertrag – Klausel Bauzeitänderung.	597
10.5	GU-Vertrag – Klausel Schiedsgutachten	597

10.6	GU-Vertrag – Schiedsgerichtsklausel	598
10.7	Nachtragsvereinbarung zum GU-Vertrag	598
10.8	Gewährleistungsbürgschaft.	602
10.9	Sicherheitsverlangen nach § 650f BGB	603
10.10	Schiedsgutachtervertrag	606
10.11	Musterbogen Architektenvertrag.	610
10.12	Ergänzende Vereinbarung zum Architektenvertrag – Leistungseinschränkung	617
10.13	Vereinbarung über eine unentgeltliche Akquisitionsleistung	619
10.14	Einseitiges Schreiben über eine unentgeltliche Akquisitionsleistung.	620
10.15	Klage wegen Mängelansprüchen	625
10.16	Honorarklage	630

§ 11 Bauträgerrecht

11.1	Bauträgervertrag (Kaufvertrag über Doppelhaushälften und Reihenhäuser).	655
------	---	-----

§ 12 Datenschutzrecht

12.1	Richtlinie zum Datenschutz	670
12.2	Verpflichtung zur Vertraulichkeit für Mitarbeiter	677
12.3	Beantwortung eines Auskunftersuchens	678
12.4	Benennung eines Datenschutzbeauftragten	682
12.5	Datenschutzhinweise für Bewerber	695
12.6	Datenschutzhinweise für Kunden	696
12.7	Datenschutzhinweise für eine Webseite.	700

§ 13 Erbrecht

13.1	Klage auf Eintragung einer Vormerkung zu Lebzeiten des Erblassers	708
13.2	Feststellungsklage.	708
13.3	Stufenklage des Alleinerben gegen den Erbschaftsbesitzer/sonstigen Besitzer	713
13.4	Auskunftsklage nach § 666 BGB gegen den Bevollmächtigten.	714
13.5	Bestandsverzeichnis zur Erfüllung des Auskunftsanspruchs aus § 2027 BGB.	714
13.6	Antrag auf Herausgabe gegen den Erbschaftsbesitzer	715
13.7	Herausgabeklage gegen den Dritten.	716
13.8	Klage eines Mitglieds der Erbengemeinschaft gegen einen Dritten auf Zahlung an die Erbengemeinschaft	721
13.9	Gesamthandklage	722
13.10	Herausgabeklage	722
13.11	Gesamtschuldklage	723
13.12	Antrag auf Beschränkung der Haftung gem. § 780 ZPO	723
13.13	Auskunftsklage gegen Miterben wegen ausgleichungspflichtiger Vorempfänge	724
13.14	Auskunftsklage gegen Miterben, der Verwaltungsmaßnahmen getroffen hat	724
13.15	Antrag einer Feststellungsklage zur Vorbereitung der Teilung	729
13.16	Teilungsklage	730
13.17	Antrag auf Teilungsversteigerung	730
13.18	Antrag auf einstweilige Einstellung des Verfahrens nach § 180 Abs. 2 ZVG	731
13.19	Klage des Vorerben auf Feststellung des Vollerbrechts	737
13.20	Klage des Vorerben auf Zustimmung gem. § 2120 BGB	738
13.21	Klage des Vorerben auf Ersatz außergewöhnlicher Erhaltungsaufwendungen.	738
13.22	Klage des Nacherben auf Feststellung der Nacherbschaft.	739
13.23	Klage des Vorerben auf Feststellung des Vollerbrechts bei Wegfall des Nacherben	739
13.24	Klage des Vorerben auf Feststellung des Bestehens einer Vollerbschaft.	740
13.25	Klage des Vorerben auf Freistellung von einer Verbindlichkeit.	740
13.26	Klage des Nacherben gegen Vorerben auf Auskunft durch Vorlage eines Nachlassverzeichnisses	740

13.27	Klage des Nacherben auf Feststellung der Unwirksamkeit einer Grundstücksübertragung wegen Verstoßes gegen § 2113 Abs. 2 BGB	741
13.28	Stufenklage des Nacherben gegen den Vorerben auf Rechnungslegung, Vorlage eines Bestandsverzeichnisses, eidesstattliche Versicherung, Herausgabe und Zustimmung zur Grundbuchberichtigung.	741
13.29	Klage gegen den Beschenkten auf Herausgabe zum Zweck der Zwangsvollstreckung gem. § 2329 BGB	745
13.30	Klage auf Auskunft über den Vermächtnisgegenstand.	746
13.31	Klage auf Eintragung einer Vormerkung	747
13.32	Aufforderungsschreiben zur Erteilung einer Auskunft.	757
13.33	Pflichtteilsstufenklage	758
13.34	Feststellungsantrag bei Pflichtteilsstufenklage, die Prozesskosten betreffend	759
13.35	Stundungsantrag des Erben auf Stundung des Pflichtteils nach 2331a BGB	759
13.36	Stufenklage auf Ergänzung des Pflichtteils gegen den Erben wegen Schenkung eines Grundstücks an einen Dritten gem. §§ 2325 ff. BGB	761
13.37	Klage auf Ergänzung des Pflichtteils gegen den Beschenkten	761

§ 14 Europarecht

14.1	Vorlage an den EuGH	771
------	-------------------------------	-----

§ 15 Familienrecht

15.1	Ehescheidungsantrag, einvernehmliche Scheidung.	788
15.2	Ehescheidungsantrag, drei Jahre Getrenntleben	790
15.3	Antrag auf Aufhebung der Ehe	790
15.4	Antrag auf Übertragung der alleinigen elterlichen Sorge mit Zustimmung des anderen Elternteils, § 1671 Abs. 1 Nr. 1 BGB	797
15.5	Streitiger Sorgerechtsantrag nach § 1671 Abs. 1 Nr. 2 BGB mit Hilfsanträgen	797
15.6	Vereinbarung alleiniger elterlicher Sorge	799
15.7	Vereinbarung alleiniger elterlicher Sorge mit Beteiligung des anderen Elternteils	799
15.8	Vollmacht betr. ein Kind	799
15.9	Zugewinnausgleich: Aufforderung zur Auskunftserteilung	812
15.10	Zugewinnausgleich: Aufforderung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung	814
15.11	Zugewinnausgleich: Anspruchsschreiben	818
15.12	Zugewinnausgleich: Auskunftsantrag/Stufenantrag	819
15.13	Zugewinnausgleich: Zahlungsantrag	820
15.14	Vereinbarung Gütertrennung	822
15.15	Vereinbarung Gütertrennung mit Zugewinnausgleich	823
15.16	Aufhebung der Gütertrennung mit Vereinbarung der Zugewinnngemeinschaft ab Ehebeginn	823
15.17	Aufhebung der Gütertrennung und Berechnung des Zugewinns	823
15.18	Aufhebung der Gütertrennung ab Vertragsschluss	824
15.19	Aufhebung der Gütertrennung und Ausschluss von Ansprüchen.	824
15.20	Ausschluss des Zugewinns bei Rechtskraft der Scheidung	825
15.21	Ausschluss der Verfügungsbeschränkung nach §§ 1365, 1369 BGB	826
15.22	Ausschluss des Zugewinns bei Scheitern der Ehe	828
15.23	Auflösend bedingter Ausschluss des Zugewinns.	829
15.24	Auflösend bedingter Ausschluss des Zugewinns mit Vermeidung von Nachteilen aus Eheführung	829
15.25	Zugewinnausgleich ab Geburt eines Kindes	829
15.26	Zugewinnausgleich bei Erkrankung	830
15.27	Ausschluss jeglichen Betriebsvermögens vom Zugewinn.	830
15.28	Ausschluss von Wertsteigerungen des Anfangsvermögens	831
15.29	Antrag statischer Kindesunterhalt	837

15.30	Vereinbarung statischer Kindesunterhalt	837
15.31	Antrag dynamisierter Kindesunterhalt.	838
15.32	Antrag dynamisierter Kindesunterhalt mit Altersstufen	838
15.33	Kindesunterhalt Minderjährige, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist bekannt). . .	843
15.34	Kindesunterhalt Minderjährige, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt)	844
15.35	Kindesunterhalt Minderjährige, Auskunftsantrag/Stufenantrag	845
15.36	Kindesunterhalt Minderjährige, Zahlungsantrag	847
15.37	Kindesunterhalt Volljährige, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist bekannt). . .	855
15.38	Kindesunterhalt Volljährige, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt)	856
15.39	Kindesunterhalt Volljährige, Zahlungsantrag	856
15.40	Aufforderung zur Auskunft und zur Zahlung von Trennungsunterhalt.	861
15.41	Trennungsunterhalt wg. Kindesbetreuung, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist bekannt)	870
15.42	Trennungsunterhalt wg. Kindesbetreuung, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt)	871
15.43	Trennungsunterhalt wg. Kindesbetreuung, Auskunftsantrag/Stufenantrag	872
15.44	Trennungsunterhalt wg. Kindesbetreuung, Zahlungsantrag	874
15.45	Trennungsunterhalt wg. fehlenden/geringen Einkommens, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist bekannt).	876
15.46	Trennungsunterhalt wg. fehlenden/geringen Einkommens, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt)	877
15.47	Trennungsunterhalt wg. fehlenden/geringen Einkommens, Zahlungsantrag	878
15.48	Trennungsunterhalt wg. Krankheit/Alters, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist bekannt)	879
15.49	Trennungsunterhalt wg. Krankheit/Alters, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt)	880
15.50	Trennungsunterhalt wg. Krankheit/Alters, Zahlungsantrag	881
15.51	Nachehelicher Unterhalt wg. Arbeitslosigkeit, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist bekannt)	906
15.52	Nachehelicher Unterhalt wg. Arbeitslosigkeit, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt)	906
15.53	Nachehelicher Unterhalt wg. Arbeitslosigkeit, Auskunftsantrag/Stufenantrag.	908
15.54	Nachehelicher Unterhalt wg. Arbeitslosigkeit, Zahlungsantrag.	909
15.55	Nachehelicher Aufstockungsunterhalt, außergerichtlich	913
15.56	Nachehelicher Aufstockungsunterhalt, Auskunftsantrag/Stufenantrag	913
15.57	Nachehelicher Aufstockungsunterhalt, Zahlungsantrag	913
15.58	Nachehelicher Unterhalt wg. Krankheit, Auskunftsantrag/Stufenantrag	917
15.59	Nachehelicher Unterhalt wg. Krankheit, Zahlungsantrag	917
15.60	Unterhalt, Antrag im Scheidungsverbund.	933
15.61	Unterhalt, Abänderungsantrag	938
15.62	Unterhalt, Negativer Feststellungsantrag	941
15.63	Vereinbarung über Unterhalt für minderjähriges Kind.	946
15.64	Vereinbarung von volljährigem Kind und Eltern über direkte Zahlung	947
15.65	Vereinbarung anderweitiger Leistungen statt Barunterhalt	947
15.66	Nichtgeltendmachung von Trennungsunterhalt.	949
15.67	Vereinbarung über Ehegattenunterhalt	952
15.68	Totalverzicht auf nachehelichen Unterhalt	954
15.69	Unterhaltsverzicht mit Ausnahme der Not	955
15.70	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung auf Kostenvorschusszahlung nach §§ 49 ff., 246 Abs. 1 FamFG für einen Unterhaltsantrag	965
15.71	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung für Kostenvorschuss in einer Ehesache . .	967

15.72	Einstweilige Unterhaltsanordnung nach §§ 49 ff., 249 FamFG	969
15.73	Einstweilige Anordnung zur Unterhaltszahlung nach Einleitung des Ehescheidungs- verfahrens	970
15.74	Antrag auf Arrestanordnung	972
15.75	Einstweilige Anordnung Vermögenssorge	975
15.76	Einstweilige Anordnung zum Umgangsrecht	976
15.77	Einstweilige Anordnung auf Kindesherausgabe	977
15.78	Einstweilige Anordnung bei Kindesentführung ins Ausland	979
15.79	Einstweilige Anordnung auf Regelung hinsichtlich der Ehewohnung	980
15.80	Verbot auf Entfernung/Gebot, entfernte Haushaltssachen zurückzuschaffen.	982
15.81	Einstweilige Anordnung in Gewaltschutzsachen.	983
15.82	Dinglicher Arrest zur Sicherung eines künftigen Zugewinnausgleichs.	985
15.83	Antrag auf Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft.	989

§ 16 Franchiserecht

16.1	Franchise-Vertrag (schlank)	1006
------	---------------------------------------	------

§ 17 GmbH-Recht

17.1	Gründungsprotokoll.	1033
17.2	Gesellschaftsvertrag.	1034
17.3	IHK-Anfrage bezüglich der Firma der GmbH	1035
17.4	Anmeldung Neugründung	1036
17.5	Anmeldung Erwerb Vorrats-GmbH	1037
17.6	Gesellschafterliste.	1038
17.7	MoMiGMusterprotokoll – Gründung mit einem Gesellschafter	1038
17.8	Musterprotokoll – Gründung einer Mehrpersonengesellschaft mit bis zu drei Gesell- schaftern	1039
17.9	Eröffnungsbilanz	1040
17.10	Vollmacht	1041
17.11	Klauseln zur Sacheinlage im Gesellschaftsvertrag	1044
17.12	Sachgründungsberichte	1044
17.13	Gesellschaftsvertrag.	1047
17.14	Gründung mit Musterprotokoll zu § 2 Abs. 1a GmbHG mit zwei Gesellschaftern	1058
17.15	Gesellschafterbeschluss Bestellung Geschäftsführer und Prokurist.	1085
17.16	Handelsregisteranmeldung	1085
17.17	Gesellschafterbeschluss Geschäftsordnung	1086
17.18	Geschäftsordnung und zustimmungsbedürftige Geschäfte	1087
17.19	Anstellungsvertrag Geschäftsführer	1088
17.20	Einladung zur ordentlichen Gesellschafterversammlung	1101
17.21	Einberufungsverlangen	1101
17.22	Einberufung der Versammlung durch Minderheit	1102
17.23	Geschäftsanteilsübertragung	1114
17.24	Vollmacht zur Veräußerung	1115
17.25	Mitteilung über Zustimmung zur Teilung.	1115
17.26	Zustimmung zur Abtretung (für den Fall, dass Gesellschaftsvertrag Zustimmung vorsieht).	1116
17.27	Verpfändung eines Geschäftsanteils	1116
17.28	Nießbrauch an einem Geschäftsanteil	1116
17.29	Nachfolgeklauseln	1120
17.30	Gesellschafterbeschluss Satzungsänderung	1124
17.31	Anmeldung zum Handelsregister	1125
17.32	Beschluss effektive Kapitalerhöhung mit Übernahmeerklärung	1140
17.33	Handelsregisteranmeldung effektive Kapitalerhöhung.	1141
17.34	Liste der Übernehmer der neuen Stammeinlagen	1142

17.35	Beschluss Kapitalerhöhung an Gesellschaftsmitteln	1142
17.36	Handelsregisteranmeldung Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	1143
17.37	Genehmigtes Kapital	1143
17.38	Beschluss über vereinfachte Kapitalherabsetzung	1144
17.39	Klage Rückzahlung eigenkapitalersetzendes Darlehen	1160
17.40	Klage Konzernhaftung – Existenzvernichtender Eingriff	1167
17.41	Auflösungsbeschluss	1172
17.42	Anmeldung zum Handelsregister	1172
17.43	Bekanntmachung	1173
17.44	Anmeldung der Beendigung der Liquidation.	1174

§ 18 Grundstücksrecht

18.1	Kaufvertrag über ein Grundstück mit Miethaus	1196
18.2	Notarbestätigung	1205
18.3	Schenkungsvertrag/Grundstückübertragungsvertrag mit Auflassung.	1206

§ 19 Handelsrecht

19.1	Registeranmeldung eines Istkaufmanns.	1224
19.2	Registeranmeldung eines Kannkaufmanns	1224
19.3	Anmeldung einer Zweigniederlassung eines Einzelkaufmanns	1227
19.4	Zweigniederlassung einer Aktiengesellschaft.	1232
19.5	Anmeldung der Prokura	1237
19.6	Erteilung einer Handlungsvollmacht	1237

§ 20 Handelsvertreterrecht

20.1	Handelsvertretervertrag.	1262
20.2	Internationaler Handelsvertretervertrag	1268
20.3	Übernahme der Delkrederehaftung	1270
20.4	Übernahme des Inkasso	1271

§ 21 Insolvenzrecht

21.1	Insolvenzantrag einer GmbH.	1281
21.2	Eigenantrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens.	1282
21.3	Gläubiger- und Schuldnerverzeichnis	1282
21.4	Antrag auf Verfahrenskostenstundung.	1283
21.5	Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung (§ 287 InsO)	1284
21.6	Antrag auf Zurückweisung eines Fremdantrags	1284
21.7	Rücknahme des Insolvenzantrags	1285
21.8	Erledigungserklärung des Antragstellers	1285
21.9	Stellungnahme zum Erledigungsantrag und Kostenantrag des Schuldners.	1286
21.10	Vermögensverzeichnis/Fragebogen zum Regelinsolvenzantrag/Vermögensübersicht	1293
21.11	Gläubigerantrag auf Insolvenzeröffnung	1297
21.12	Aufhebung des Mietverhältnisses	1299
21.13	Vertrag über den Ankauf von Ansprüchen auf Arbeitsentgelt	1302
21.14	Forderungskaufvertrag mit Schuldbeitritt.	1303
21.15	Anregung des Sachverständigen zur Anordnung von Zwangsmaßnahmen gegen den Schuldner	1304
21.16	Anregung des Sachverständigen zur Anordnung von Sicherungsmaßnahmen.	1305
21.17	Ankündigung der Auskunftserteilung	1307
21.18	Sofortige Beschwerde gegen die Anordnung von Sicherungsmaßnahmen im Eröffnungsverfahren.	1308
21.19	Sofortige Beschwerde gegen den Eröffnungsbeschluss	1308
21.20	Vermögensübersicht zum Insolvenzplan	1314

21.21	Planbilanz	1315
21.22	Planliquiditätsrechnung.	1316
21.23	Mitteilung gem. § 168 InsO	1319
21.24	Masseunzulänglichkeitserklärung	1321
21.25	Mitteilung über den Betriebsübergang, § 613a BGB.	1322
21.26	Interessenausgleich	1323
21.27	Sozialplan	1324
21.28	Anzeige der Massenentlassung	1325
21.29	Erklärung gem. § 103 InsO.	1326
21.30	Massekreditvertrag	1327
21.31	Sicherheitenpoolvertrag	1328
21.32	Anfechtungsklage	1333
21.33	Schlussrechnung	1335
21.34	Antrag des Schuldners auf vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung: Antrag in Verfahren ohne Forderungsanmeldung gem. § 300 Abs. 2 S. 1 Alt. 1 InsO	1339
21.35	Antrag des Schuldners auf vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung: Antrag bei vollständiger Gläubigerbefriedigung, § 300 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 InsO	1340
21.36	Erklärung zum Mietverhältnis, § 109 Abs. 1 InsO	1344
21.37	Antrag auf Zusammenlegung von Einkünften, § 36 InsO i.V.m. §§ 850, 850e Nr. 2, 2a ZPO	1345

§ 22 Internationales Privatrecht

22.1	Vortrag zum ausländischen Recht	1356
22.2	Mandatsbeschränkung	1357
22.3	Individualvertragliche Vereinbarung mit Beschränkung der Haftung auf einzelne Sozietätsmitglieder	1358
22.4	Rechtswahlklausel – Grundform.	1365
22.5	Rechtswahlklausel – mit Inkorporation anderer Regelwerke	1365
22.6	Rechtswahlklausel – Kaufrecht	1366
22.7	Rechtswahlklausel – ergänzende Wirkungsbeschränkung selbstständiger Anknüpfung von Rechten des geistigen Eigentums	1366
22.8	Rechtswahlklausel in Verbraucherverträgen (AGB)	1369
22.9	Rechtswahlklausel – Stellvertretung (Grundform)	1373
22.10	Rechtswahlklausel – Stellvertretung (i.V.m. Schiedsvereinbarung).	1373
22.11	Rechtswahlklausel – Vorsorgevollmacht	1373
22.12	Rechtswahl im Deliktsrecht – Grundform	1374
22.13	Rechtswahl im Deliktsrecht – Mit Einbeziehung der Haftpflichtversicherung	1374
22.14	Rechtswahl im Ehegüterrecht – Grundform	1376
22.15	Rechtswahl im Ehegüterrecht – Rückwirkung	1376
22.16	Unterstellungsbestätigung	1377
22.17	Rechtswahl im Erbrecht – Grundform	1378
22.18	Sachenrechtliche Rechtswahl – Token	1379
22.19	Rechtswahl nichtstaatlichen Rechts vor Schiedsgerichten.	1381
22.20	Muster des lateinischen Notariats (U.I.N.L.) für eine notarielle Generalvollmacht.	1394
22.21	Muster des lateinischen Notariats (U.I.N.L.) für eine notarielle Allgemeine Gerichts- vollmacht	1395
22.22	Sprachenvereinbarung (Vertragssprache)	1397

§ 23 Internationales Zivilprozessrecht

23.1	Gerichtsstandsvereinbarung (Grundform).	1406
23.2	Gerichtsstandsvereinbarung (erweiterte Fassung)	1406
23.3	Rüge der fehlenden internationalen Zuständigkeit.	1407
23.4	Einwand ausländischer Rechtshängigkeit.	1409

23.5	Anregung einer Auslandszustellung nach der EuZVO.	1411
23.6	Antrag auf Sicherheitsleistung für Prozesskosten	1414
23.7	Antrag auf Versagung der Vollstreckung nach Art. 46 EuGVO.	1416
23.8	Klage auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils nach §§ 722, 723 ZPO	1418
23.9	Antrag auf Bestätigung eines Titels als europäischer Vollstreckungstitel nach Art. 6 EuVTVO i.V.m. §§ 1079 ff. ZPO	1419
23.10	Antrag auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs nach § 1061 ZPO	1422

§ 24 IT-Recht

24.1	Softwareentwicklungsvertrag	1431
24.2	Rahmenvertrag über eine freie Mitarbeit	1441
24.3	Vertrag über die Hinterlegung von Software	1447
24.4	Einfache Vertriebslizenzvereinbarung.	1452
24.5	Verbraucher-AGB für den Kauf von Standardsoftware	1457
24.6	Softwarelizenzvertrag für Unternehmen	1462
24.7	SaaS-Vertrag.	1466
24.8	Softwarepflegevertrag	1472

§ 25 Kapitalanlagerecht

25.1	Aufforderungsschreiben an die Bank wegen Verletzung von Aufklärungs- und Beratungspflichten	1488
25.2	Aufforderungsschreiben an die Bank wegen unterbliebener Aufklärung über die Vereinnahmung von Provisionen/Rückvergütungen sog. „kick-backs“.	1489
25.3	Ombudsmannbeschwerde	1492

§ 26 Kartellrecht

26.1	Antrag auf Akteneinsicht nach § 56 Abs. 3 GWB	1527
26.2	Antrag nach § 32c Abs. 4 GWB	1528
26.3	Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens (§ 39 GWB)	1533
26.4	Anregung zur Verfahrenseinleitung durch die Kartellbehörde (§ 54 Abs. 1 GWB)	1539
26.5	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung durch die Kartellbehörde im Rahmen eines Hauptsacheverfahrens (§ 60 GWB).	1539
26.6	Antrag auf Kronzeugenbehandlung	1541
26.7	Ersuchen um ein Beratungsschreiben	1546
26.8	Beschwerde gem. Art. 7 VO 1/2003.	1547
26.9	Antrag auf Akteneinsicht nach Art. 27 Abs. 2 VO 1/2003, Art. 15 Abs. 1 VO 773/2004.	1549
26.10	Antrag auf Erlass einer etwaigen Geldbuße wegen einer Kartellabsprache (Kronzeugenregelung)	1550
26.11	Klage auf Schadensersatz wegen überhöhten Kartellpreises (§ 33a GWB)	1556
26.12	Klage auf Belieferung (§ 33 Abs. 1 GWB)	1558

§ 27 Kaufrecht

27.1	Individual-Kaufvertrag über ein gebrauchtes Fahrzeug	1570
27.2	Individualvertraglicher Haftungsausschluss.	1573
27.3	Haltbarkeitsgarantie.	1573
27.4	Beschaffenheitsgarantie.	1573
27.5	Individual-Kaufvertrag mit ratenweiser Kaufpreiszahlung und Eigentumsvorbehalt	1574
27.6	Individualvertrag über einen Kauf auf Probe.	1576
27.7	Veräußerungsanzeige und Empfangsbestätigung gem. § 15 Abs. 5 FZV.	1577
27.8	Kaufpreisklage	1577
27.9	Klage auf Übergabe und Übereignung der Kaufsache.	1579
27.10	Klage auf Herausgabe und Schadensersatz	1580
27.11	Individual-Kaufvertrag über eine Forderung	1581

27.12	Minderung	1594
27.13	Rücktritt/Aufwendungsersatz	1595
27.14	Ablehnung eines Ausgleichsanspruchs wegen vorzeitiger Selbstvornahme	1596
27.15	Ersatz von Mangelfolgeschäden	1596
27.16	Ausschluss der Schadensersatzhaftung im Individual-Verbrauchsgüterkaufvertrag	1606
27.17	Aufforderung zur Nachbesserung beim Verbrauchsgüterkauf	1606
27.18	Aufwendungsersatz des Unternehmers	1606
27.19	Klage auf Nacherfüllung (Neulieferung) und Ein- und Ausbau	1607
27.20	Klage wegen Minderung	1608
27.21	Klage wegen Rückabwicklung	1609
27.22	Klage auf Schadensersatz	1623
27.23	Klage auf Übereignung und Übergabe	1624
27.24	Kaufvertrag nach UN-Kaufrecht	1631

§ 28 Leasing

28.1	Mitteilung des Leasingnehmers an den Leasinggeber über die Erhebung einer auf Rückabwicklung des Kaufvertrages gerichteten Klage gegen den Lieferanten	1659
------	--	------

§ 29 Maklerrecht

29.1	Makleralleinauftrag	1663
29.2	Provisionsklage	1675

§ 30 Menschenrechtsbeschwerde nach der EMRK

§ 31 Miete und Pacht

31.1	Wohnraummietvertrag	1712
31.2	Gewerberaummietvertrag (Mietvertrag über ein Ladenlokal)	1718
31.3	Pachtvertrag über ein Gewerbeobjekt (Gaststätte)	1723
31.4	Landwirtschaftlicher Pachtvertrag	1726
31.5	Schreiben des Vermieters (Nebenkostenabrechnung)	1729
31.6	Aufforderungsschreiben des Vermieters (Duldung von Modernisierungsmaßnahmen)	1731
31.7	Klage auf Duldung von Modernisierungsmaßnahmen	1731
31.8	Abmahnschreiben des Vermieters	1732
31.9	Klage auf Unterlassung vertragswidrigen Gebrauchs	1733
31.10	Mängelanzeige des Mieters	1736
31.11	Aufforderungsschreiben des Mieters zur Mängelbeseitigung mit Fristsetzung	1736
31.12	Zustimmungsverlangen des Vermieters zur Mieterhöhung (Begründung durch Bezugnahme auf Mietspiegel)	1738
31.13	Zustimmungsverlangen des Vermieters zur Mieterhöhung (Begründung mit Vergleichswohnungen)	1739
31.14	Zustimmungsverlangen des Vermieters zur Mieterhöhung (Begründung durch Sachverständigengutachten)	1739
31.15	Zustimmungsverlangen des Vermieters zur Mieterhöhung (Zusatz in Gemeinden mit qualifiziertem Mietspiegel)	1740
31.16	Zustimmungsverlangen des Vermieters zur Mieterhöhung (Begründung durch Auskunft einer Mietdatenbank)	1740
31.17	Klage auf Zustimmung des Mieters zur Mieterhöhung (Begründung durch Bezugnahme auf Mietspiegel)	1740
31.18	Klage auf Zustimmung des Mieters zur Mieterhöhung (Begründung mit Vergleichswohnungen)	1741
31.19	Klage auf Zustimmung des Mieters zur Mieterhöhung (Begründung durch Sachverständigengutachten)	1741

31.20	Klage auf Zustimmung des Mieters zur Mieterhöhung (Begründung mit Erhöhung durch Auskunft einer Mietdatenbank)	1742
31.21	Schreiben des Vermieters (Mieterhöhung durch Vereinbarung).	1742
31.22	Mieterhöhungserklärung des Vermieters	1743
31.23	Erhöhungserklärung des Vermieters (Betriebskosten)	1744
31.24	Erhöhungsverlangen des Vermieters (Mietanpassung).	1745
31.25	Kündigungsschreiben des Vermieters	1747
31.26	Kündigungswiderspruch des Mieters gem. § 574 BGB	1748
31.27	Räumungsklage nach ordentlicher Kündigung	1749
31.28	Kündigungsschreiben des Vermieters (Kündigung einer Einliegerwohnung)	1750
31.29	Kündigungsschreiben des Vermieters (Kündigung einer Werksmietwohnung)	1751
31.30	Anfrage des Mieters nach Fortbestand des Befristungsgrundes.	1752
31.31	Fortsetzungsverlangen des Mieters	1752
31.32	Kündigungsschreiben des Vermieters bei Zahlungsverzug	1753
31.33	Räumungsklage nach fristloser Kündigung bei Zahlungsverzug	1753
31.34	Fristlose Kündigung wegen vertragswidrigen Gebrauchs	1754
31.35	Mietaufhebungsvertrag	1755
31.36	Antrag auf Gewährung einer Räumungsfrist	1756
31.37	Antrag auf Verlängerung einer eingeräumten Räumungsfrist	1756
31.38	Antrag auf Vollstreckungsschutz gem. § 765a ZPO	1757

§ 32 Personengesellschaften

32.1	Gesellschaftsvertrag einer GbR	1766
32.2	Partnerschaftsgesellschaftsvertrag	1776
32.3	Gesellschaftsvertrag einer OHG	1786
32.4	Gesellschaftsvertrag einer Kommanditgesellschaft	1791
32.5	Gesellschaftsvertrag einer GmbH & Co. KG.	1800
32.6	Gesellschaftsvertrag einer stillen Gesellschaft	1808

§ 33 Planfeststellungsrecht

33.1	Einwendung	1847
33.2	Antrag auf Akteneinsicht.	1847
33.3	Klage gegen Planfeststellungsbeschluss.	1848
33.4	Eilantrag gegen Planfeststellungsbeschluss.	1848

§ 34 Presserecht

34.1	Gegendarstellung	1855
34.2	Abmahnung	1857
34.3	Verfügungsantrag	1860
34.4	Klage auf Unterlassung und Widerruf.	1863
34.5	Unterlassungsklage wegen unberechtigter Bildberichterstattung	1866

§ 35 Reiserecht

35.1	Ablehnung der Vertragsänderung	1882
35.2	Außergerichtliche Korrespondenz wegen Aufforderung zur Zahlung nach Rücktritt.	1884
35.3	Rücktritt wegen unvermeidbarer, außergewöhnlicher Umstände	1886
35.4	Klage gegen den Reiseveranstalter	1903
35.5	Klage gegen den Reisevermittler (Vermittlung einer Einzelleistung).	1912
35.6	Klage gegen den Reisevermittler (Pauschalreise)	1913
35.7	Klage gegen Luftfahrtunternehmen	1920

§ 36 Schiedsgerichtsbarkeit

36.1	Künftige Streitigkeiten	1931
36.2	Gegenwärtige Streitigkeiten	1932
36.3	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS).	1934
36.4	Hamburger Handelskammer Arbitrage	1934
36.5	Streitlösungsordnung für das Bauwesen (SL Bau).	1934
36.6	Ad hoc-Schiedsgericht	1936
36.7	Institutionelles Schiedsgericht	1937
36.8	Ergänzung für internationale Schiedsklauseln	1937
36.9	Internationale Handelskammer Paris (ICC).	1937
36.10	UN-Kommission für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL)	1938
36.11	London Court of International Arbitration (LCIA)	1938
36.12	International Centre for Dispute Resolution der American Arbitration Association (ICDR/AAA)	1939
36.13	Swiss Arbitration Centre (Swiss Rules).	1939
36.14	Wirtschaftskammer Österreich (Wiener Regeln)	1940
36.15	Stockholmer Handelskammer	1940
36.16	China International Economic and Trade Arbitration Commission (CIETAC)	1941
36.17	Singapore International Arbitration Centre (SIAC)	1941
36.18	Schiedsrichtervertrag	1943
36.19	Anfrage beim Schiedsrichter.	1946
36.20	Antrag des Schiedsklägers, die Streitigkeit einem Schiedsgericht vorzulegen (ohne Klageschrift)	1946
36.21	Benennung des Schiedsrichters und Aufforderung an Beklagte (mit Klageschrift)	1947
36.22	Klageschrift	1947
36.23	Benennung des Schiedsrichters	1948
36.24	Klageerwiderung	1949
36.25	Vertraglich vereinbarte ernennende Stelle	1949
36.26	Gerichtliches Ernennungsverfahren	1950
36.27	Ablehnung eines Schiedsrichters	1951
36.28	Antrag auf gerichtliche Unterstützung (§ 1050 ZPO)	1952
36.29	Antrag auf Aufhebung eines Schiedsspruchs.	1953
36.30	Vollstreckbarerklärung eines inländischen Schiedsspruchs	1955
36.31	Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs	1956

§ 37 Sozialrecht

37.1	Widerspruchseinlegung.	1959
37.2	Widerspruchsbegründung.	1959
37.3	Muster 37.3.: Antrag auf Einholung eines Gutachtens nach § 109 SGG.	1963
37.4	Muster 37.4.: Antrag auf Übernahme der Kosten eines Gutachtens nach § 109 SGG auf die Staatskasse.	1964
37.5	Klagebegründung	1964
37.6	Nichtzulassungsbeschwerde	1966
37.7	Einstweilige Anordnung	1970
37.8	Widerspruch – Höherer Pflegegrad	1976
37.9	Berufungsbegründung	1978
37.10	Beschwerde	1981
37.11	Revisionsschrift	1983
37.12	Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung	1986
37.13	Kostenantrag nach § 63 SGB X	1989
37.14	Kostenfestsetzungsantrag.	1991

§ 38 Sponsoring

38.1	Basisvereinbarung mit einem Tennisspieler	2004
38.2	Besonderheiten bei einer Vertragsgestaltung mit Auslandsberührung	2006
38.3	Vertragsgestaltung beim Vereins- und Veranstaltungssponsoring	2007
38.4	Abwandlung: Vertragsgestaltung beim Vereinssponsoring	2008

§ 39 Steuerrecht

39.1	Einspruch und Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	2016
39.2	Antrag auf Änderung des Einkommensteuerbescheides	2021
39.3	Einspruch mit Antrag auf ersatzlose Aufhebung des Gewerbesteuermessbescheides	2023
39.4	Antrag auf Fristverlängerung für die Abgabe einer Steuererklärung	2027
39.5	Einspruch und Antrag auf Wiedereinsetzung	2027
39.6	Antrag auf Stundung	2030
39.7	Antrag auf Erlass von Säumniszuschlägen	2032
39.8	Antrag auf Aufteilung einer Einkommensteuerschuld	2033
39.9	Antrag auf eine verbindliche Zusage	2036
39.10	Tatsächliche Verständigung	2038
39.11	Selbstanzeige	2040
39.12	Klageerhebung zur Fristwahrung	2047
39.13	Klagebegründung und Antrag	2047
39.14	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	2056
39.15	Antrag auf Änderung eines bestandskräftigen Bescheides	2059
39.16	Erledigung der Hauptsache und Kostenantrag	2062
39.17	Klagerücknahme	2063
39.18	Nichtzulassungsbeschwerde (Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung) mit Begründung	2067
39.19	Revisionseinlegung	2072
39.20	Revisionsbegründung	2073

§ 40 Stiftungsrecht

40.1	Stiftungsgeschäft unter Lebenden	2103
40.2	Testament zur Errichtung einer rechtsfähigen Stiftung	2103
40.3	Satzung einer gemeinnützigen Stiftung	2104
40.4	Verfassung einer unternehmensverbundenen Familienstiftung (Stiftung & Co. KG)	2107

§ 41 Strafrecht

41.1	Vollmacht	2118
41.2	Besondere Zustellungsvollmacht gem. § 145a Abs. 2 StPO	2120
41.3	Besondere Zustellungsvollmacht gem. § 116a Abs. 3 StPO	2120
41.4	Untervollmacht	2121
41.5	Antrag auf Zulassung anderer Personen als Verteidiger gem. § 138 Abs. 2 StPO	2121
41.6	Mandatsbedingungen	2122
41.7	Berechnung der gesetzlichen Vergütung	2124
41.8	Ablehnung der Beiordnung	2126
41.9	Antrag auf Beiordnung zum Pflichtverteidiger	2126
41.10	Antrag auf Festsetzung der Pflichtverteidigervergütung und Auslagen	2127
41.11	Antrag auf Pauschvergütung gem. § 51 RVG	2128
41.12	Feststellungsantrag gem. § 52 RVG	2129
41.13	Antrag auf Vergütungs- und Auslagenvorschuss gem. § 47 RVG	2130
41.14	Anzeige der Mandatsannahme gegenüber der Staatsanwaltschaft	2131
41.15	Anzeige der Mandatsannahme gegenüber der Polizei	2131
41.16	Antrag gem. § 170 Abs. 2 StPO	2134
41.17	Einstellung wegen geringer Schuld (§ 153 Abs. 1 StPO)	2138

41.18	Einstellung bei Erfüllung von Auflagen (§ 153a Abs. 1 StPO)	2138
41.19	Anregung auf Erlass eines Strafbefehls	2139
41.20	Anregung auf Sachverständigengutachten im Ermittlungsverfahren	2143
41.21	Ladung von Zeugen zum Vorverfahren	2144
41.22	Antrag auf Erteilung eines Einzelsprechscheins	2151
41.23	Verteidigungsanzeige	2152
41.24	Mandatsannahme/Verteidigerpost	2153
41.25	Antrag auf mündliche Haftprüfung	2153
41.26	Haftbeschwerde	2155
41.27	Beschwerde gegen die Entscheidung im Haftprüfungsverfahren wegen Verstoßes gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	2156
41.28	Weitere Beschwerde gem. § 310 StPO	2158
41.29	Stellungnahme mit Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls zum Haftfortdauerverfahren (§§ 121, 122 StPO)	2159
41.30	Antrag zur Ausgestaltung der Untersuchungshaft	2161
41.31	Antrag auf Besuchserlaubnis mit ausführlicher Begründung	2162
41.32	Beschwerde gegen die Versagung einer Besuchserlaubnis	2162
41.33	Antrag auf Unterbringung in einer Einzelzelle	2163
41.34	Antrag auf Unterbringung mit anderen Gefangenen	2163
41.35	Antrag auf Herausgabe aus der Habe	2164
41.36	Antrag auf Nichteröffnung der Hauptverhandlung wegen mangelhafter Anklageschrift	2167
41.37	Antrag auf Nichteröffnung des Hauptverfahrens wegen Rücknahme des Strafantrags	2169
41.38	Antrag auf Ablehnung eines Sachverständigen wegen der Besorgnis der Befangenheit	2173
41.39	Antrag auf Beiordnung eines Dolmetschers	2174
41.40	Antrag auf Ablehnung eines Richters wegen der Besorgnis der Befangenheit	2175
41.41	Antrag auf Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung gem. § 238 Abs. 2 StPO	2178
41.42	Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit während der Vernehmung eines Zeugen	2179
41.43	Antrag auf Entscheidung des Gerichts über die Zulässigkeit einer Frage	2183
41.44	Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung wegen verspäteter Akteneinsicht	2184
41.45	Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung wegen Bestellung eines neuen Pflicht- verteidigers (§ 145 Abs. 3 StPO)	2184
41.46	Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung wegen veränderter Sach- und Rechtslage (§ 265 Abs. 3 StPO)	2185
41.47	Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung gem. § 265 Abs. 4 StPO	2186
41.48	Beweisantrag auf Vernehmung eines Zeugen in der Hauptverhandlung	2187
41.49	Beweisermittlungsantrag	2188
41.50	Beweisantrag auf Vernehmung eines präsenten Zeugen in der Hauptverhandlung	2191
41.51	Hilfsbeweisantrag auf Vernehmung eines Zeugen	2192
41.52	Beschwerde gegen Durchsuchung und Beschlagnahme	2193
41.53	Sofortige Beschwerde gegen Entscheidung über Gesamtstrafenbeschluss	2195
41.54	Sofortige Beschwerde gegen Bewährungswiderruf	2196
41.55	Einlegung des unbestimmten Rechtsmittels	2196
41.56	Einlegung der Berufung (§ 312 StPO)	2198
41.57	Berufungsbegründung bei Berufung in vollem Umfang	2198
41.58	Berufungsbeschränkung und -begründung innerhalb des Rechtsfolgenausspruchs (§§ 312, 318, 317 StPO)	2199
41.59	Begründung einer auf das Strafmaß beschränkten Berufung	2200
41.60	Einlegung der Revision	2201
41.61	Revisionsbegründung (Absolute Revisionsgründe)	2203
41.62	Revisionsbegründung (Relative Revisionsgründe)	2205
41.63	Sachrüge	2206
41.64	Antrag im Nebenklageverfahren	2207
41.65	Adhäsionsantrag	2209

41.66	Isolierte Anfechtung der Adhäsionsentscheidung durch den Angeklagten.	2209
41.67	Antrag auf Wiedereinsetzung wegen Versäumung der Frist zur Berufungseinlegung und gleichzeitige Berufungseinlegung	2211
41.68	Vertretungsanzeige gegenüber der Polizei	2213
41.69	Vertretungsanzeige gegenüber der Verwaltungsbehörde.	2213
41.70	Schreiben an das Kraftfahrt-Bundesamt	2214
41.71	Einspruch gegen den Bußgeldbescheid und Akteneinsicht	2215
41.72	Begründung des Einspruchs gegen den Bußgeldbescheid.	2215
41.73	Ergänzungsbaustein zum Einspruch gegen den Bußgeldbescheid	2216
41.74	Einlegung der Rechtsbeschwerde	2217
41.75	Begründung der Rechtsbeschwerde gegen ein Urteil	2218
41.76	Antrag auf Zulassung der Rechtsbeschwerde gegen ein Urteil	2218

§ 42 Transportrecht

42.1	Rahmenvertrag Spediteur/Straßenfrachtführer	2234
42.2	Lagervertrag zwischen Einlagerer und Lagerhalter	2254

§ 43 Umwandlungsrecht

43.1	Verschmelzungsvertrag	2262
43.2	Verschmelzungsbeschluss der aufnehmenden Gesellschaft	2265
43.3	Verschmelzungsbeschluss der übertragenden Gesellschaft	2267
43.4	Verzichtserklärung der Gesellschafter auf Erstellung eines Verschmelzungsberichts, auf Verschmelzungsprüfung und auf Erstellung eines Verschmelzungsprüfungsberichts	2267
43.5	Anmeldung der Verschmelzung zum Register des übernehmenden Rechtsträgers	2268
43.6	Anmeldung der Verschmelzung zum Register des erlöschenden Rechtsträgers	2270
43.7	Ausgliederungsbeschluss.	2273
43.8	Anmeldung zum Handelsregister der neu entstehenden GmbH.	2276
43.9	Anmeldung zum Handelsregister des erlöschenden einzelkaufmännischen Unternehmens	2278
43.10	Spaltungsplan	2281
43.11	Spaltungsbeschluss mit Verzichtserklärungen	2285
43.12	Anmeldung zum Register der neu entstehenden GmbH.	2286
43.13	Anmeldung zum Register der übertragenden GmbH	2287
43.14	Treuhandvertrag nach Aufnahme der künftigen Komplementär-GmbH in die formwechselnde GmbH mit auflösend bedingter treuhänderischer Geschäftsanteilsübertragung und aufschiebend bedingter Rückabtretung des damit verbundenen Kapitalanteils.	2291
43.15	Formwechselbeschluss mit Verzicht auf die Erstellung eines Umwandlungsberichts.	2292
43.16	Anmeldung des Formwechsels zum Register der formwechselnden GmbH.	2294
43.17	Anmeldung des Formwechsels zum Handelsregister der KG.	2295
43.18	Formwechselbeschluss mit aufschiebend bedingtem Beitritt der künftigen Komplementär-GmbH und Verzicht auf die Erstellung eines Umwandlungsberichts.	2296
43.19	Anmeldung des Formwechsels (ohne Sitzverlegung) nur zum Register der formwechselnden GmbH nach der Beitrittstheorie	2297
43.20	Formwechselbeschluss	2299
43.21	Handelsregisteranmeldung zum Handelsregister B der GmbH	2301
43.22	Anmeldung zum Partnerschaftsregister der Partnerschaftsgesellschaft.	2302

§ 44 Unternehmenskauf

44.1	Geheimhaltungsvereinbarung	2307
44.2	Kauf sämtlicher Geschäftsanteile einer GmbH.	2312
44.3	Kauf sämtlicher Gesellschaftsanteile/Geschäftsanteile einer GmbH & Co. KG.	2325
44.4	Unternehmenskaufvertrag	2339

§ 45 Unternehmenskooperation

45.1	Kooperationsvertrag	2352
45.2	Vertraulichkeitsvereinbarung	2356
45.3	Absichtserklärung	2358
45.4	Entwicklungsvertrag	2359

§ 46 Unternehmensverträge

46.1	Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag (Organschaftsvertrag)	2371
46.2	Zustimmungsbeschluss der Gesellschafterversammlung der beherrschten GmbH	2373
46.3	Zustimmungsbeschluss der Gesellschafterversammlung der herrschenden GmbH	2374
46.4	Anmeldung des Organschaftsvertrags zum Handelsregister	2374
46.5	Betriebsführungsvertrag	2376
46.6	Betriebspachtvertrag	2379
46.7	Zustimmungsbeschluss der Hauptversammlung der Verpächterin	2382
46.8	Zustimmungsbeschluss der Gesellschafterversammlung der Pächterin	2383
46.9	Anmeldung des Betriebspachtvertrages zum Handelsregister	2383

§ 47 Urheberrecht

47.1	Klage wegen Urheberrechtsverletzung	2392
47.2	Lizenzvertrag	2398

§ 48 Vereine

48.1	Satzung eines eingetragenen, gemeinnützigen Vereins	2411
48.2	Protokoll der Gründungsversammlung	2415
48.3	Anmeldung des Vereins für die Eintragung in das Vereinsregister	2415
48.4	Einladungsschreiben zur ordentlichen Mitgliederversammlung	2417
48.5	Beschlussantrag zur Satzungsänderung	2417
48.6	Beschlussantrag zur Satzungsänderung durch den Vorstand	2418
48.7	Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung	2418
48.8	Anmeldung einer Satzungsänderung und Vorstandswahl	2419

§ 49 Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht

49.1	Verfassungsbeschwerde (betr. zivilgerichtliche Entscheidung)	2441
------	--	------

§ 50 Vergaberecht

50.1	Nachprüfungsantrag nach §§ 160 ff. GWB	2448
50.2	Eilantrag nach § 169 Abs. 2 S. 1 GWB	2451
50.3	Antrag nach § 169 Abs. 2 S. 6 GWB	2453
50.4	Sofortige Beschwerde nach §§ 171 ff. GWB	2456

§ 51 Verkehrsrecht

51.1	Bestellung allgemein	2505
51.2	Bestellung speziell in Trunkenheitssache	2506
51.3	Anfrage beim Kraftfahrtbundesamt	2506
51.4	Antrag auf Zeugenvernehmung	2506
51.5	Beschwerde gegen die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	2506
51.6	Antrag auf Verfahrenseinstellung mangels hinreichenden Tatverdachts	2507
51.7	Stellungnahme bei Vorwurf der Unfallflucht mit Einstellungsanregung nach den §§ 153, 153a, 170 Abs. 2 StPO	2507
51.8	Antrag auf Ablehnung eines Berufsrichters wegen Besorgnis der Befangenheit	2508
51.9	Einstellung im OWi-Verfahren wegen Verjährung	2508
51.10	Antrag auf Absehen vom Regelfahrverbot	2508

51.11	Antrag auf Entbindung des Betroffenen von seiner Verpflichtung zum persönlichen Erscheinen in der Hauptverhandlung im OWi-Verfahren	2509
51.12	Einverständniserklärung mit einer Entscheidung im schriftlichen Verfahren unter einer Bedingung bei einer OWi	2509
51.13	Antrag auf Verkürzung der Sperrfrist	2509
51.14	Schreiben an Mandanten nach Verurteilung (allgemein)	2510
51.15	Schreiben an Mandanten nach Verurteilung (Trunkenheitsfahrt/Führerscheinentzug)	2510
51.16	Gesuch um Ratenzahlung	2510
51.17	Meldung Rechtsschutz Straf- und OWi-Sache allgemein	2511
51.18	Vorschussanforderung	2511
51.19	Einstellung ohne Hauptverhandlung.	2511
51.20	Einstellung ohne Buße in Hauptverhandlung.	2511
51.21	Verurteilung allgemein in Hauptverhandlung.	2512
51.22	Verurteilung wegen Trunkenheitsfahrt mit Führerscheinmaßnahme	2512
51.23	Schreiben an die Verwaltungsbehörde wegen Begutachtung der Fahreignung	2535
51.24	Antrag beim VG auf Aussetzung der sofortigen Vollziehung bei Entziehung der Fahrerlaubnis	2536
51.25	Anfechtungsklage vor dem VG bei Anforderung einer theoretischen Befähigungsprüfung nach Entziehung der Fahrerlaubnis	2537
51.26	Mehrkosten wegen mangelhafter Reparatur	2548
51.27	Standardtext Interessenvertretung	2567
51.28	Auffahrunfall im fließenden Verkehr	2567
51.29	Unfall beim Fahrstreifenwechsel	2567
51.30	Vorfahrtsmissachtung bei Vorfahrtsregelung	2567
51.31	Vorfahrtsmissachtung bei Vorfahrt „rechts vor links“	2567
51.32	Vorfahrtsmissachtung durch Einfahrenden	2568
51.33	Unfall bei Abbiegevorgang Gegner in ein Grundstück trotz Überholvorgangs durch Mandant	2568
51.34	Unfall bei Überholvorgang Gegner trotz Abbiegevorgangs durch Mandant.	2568
51.35	Gegner auf Gegenfahrbahn.	2569
51.36	Standard-Abschlusstext.	2569
51.37	Vorläufige/ergänzende/endgültige Schadensspezifikation.	2569
51.38	Haftungsquote beim Leasingfahrzeug.	2570
51.39	Keine Kürzung der Abschleppkosten im Prozess	2570
51.40	Kürzung der Mietwagenkosten bei einem Unfallersatztarif.	2570
51.41	Kürzung bei Stundenverrechnungssätzen	2570
51.42	Nachforderung der Mehrwertsteuer im Reparaturfall	2571
51.43	Neuwertabrechnung.	2571
51.44	Abrechnung im „130 %-Fall“ bei Eigenreparatur	2571
51.45	Abrechnung im „130 %-Fall“ und Prognoserisiko	2571
51.46	Kein Verweis auf ein höheres Restwertangebot	2571
51.47	Ersatz der Mehrwertsteuer bei einem Leasingfahrzeug	2572
51.48	Erstattung einer 1,3-Geschäftsgebühr	2572
51.49	Erinnerung an Vorschuss und Zahlung	2572
51.50	Meldung der Unfallschadenangelegenheit an Rechtsschutz (außergerichtlich)	2573
51.51	Klage in laufender Sache.	2573
51.52	Regress des Kraftfahrzeughaftpflichtversicherers bei Trunkenheitsfahrt.	2583
51.53	Regress des Kraftfahrzeughaftpflichtversicherers bei Falschauskunft und Kausalitäts- gegenbeweis.	2583
51.54	Leistungskürzung in der Kaskoversicherung bei Augenblicksversagen	2584
51.55	Leistungskürzung in der Kaskoversicherung und Kausalitätsgegenbeweis	2584
51.56	Regress des Versicherers gegen einen Haushaltsangehörigen des Versicherungsnehmers	2585

51.57	Regress des Kaskoversicherers wegen angeblicher Verletzung der Obliegenheit zur Sicherung des Regressanspruchs.	2585
51.58	Regress des Kaskoversicherers bei Rettungskosten	2585

§ 52 Versicherungsrecht

52.1	Schreiben an Kaskoversicherung	2598
52.2	Deckungsklage	2598
52.3	Klage gegen Krankenversicherung	2600
52.4	Klage gegen Hausratversicherung	2601

§ 53 Vertragshändlerrecht

53.1	Vertragshändlervertrag	2626
------	----------------------------------	------

§ 54 Verwaltungsverfahren- und Verwaltungsprozessrecht

54.1	Anfechtungswiderspruch	2637
54.2	Verpflichtungswiderspruch	2637
54.3	Anfechtungswiderspruch mit Antrag auf Akteneinsicht	2638
54.4	Wiedereinsetzungsantrag mit Widerspruch	2638
54.5	Anfechtungswiderspruch und Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	2639
54.6	Kostenfestsetzungs-/ausgleichsantrag	2640
54.7	Anfechtungsklage	2644
54.8	Verpflichtungsklage	2645
54.9	Verpflichtungsklage auf Verbescheidung	2645
54.10	Untätigkeitsklage	2646
54.11	Klageabweisungsantrag des Beigeladenen	2647
54.12	Leistungsklage	2648
54.13	Fortsetzungsfeststellungsklage bei Erledigung eines belastenden VA	2648
54.14	Fortsetzungsfeststellungsklage bei erledigtem Anspruch auf VA	2649
54.15	Normenkontrollantrag	2649
54.16	Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs	2653
54.17	Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs	2653
54.18	Antrag auf Feststellung der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs	2654
54.19	Antrag auf Anordnung der sofortigen Vollziehung	2654
54.20	Antrag auf Anordnung einstweiliger Sicherungsmaßnahmen	2655
54.21	Ablehnungsantrag des beigeladenen Bauherrn im Fall eines Antrags auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung durch einen Dritten	2656
54.22	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	2656
54.23	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (Zulassung zum Hochschulstudium)	2657
54.24	Berufung	2661
54.25	Antrag auf Berufungszulassung	2661
54.26	Berufungsbegründung (samt Antrag)	2663
54.27	Revisionszulassungsbeschwerde	2664
54.28	Revisionsbegründung (samt Antrag)	2665
54.29	Antrag im Beschwerdeverfahren im Eilverfahren	2665
54.30	Denkmalschutzrecht (Sanierungsvertrag)	2667

§ 55 Wettbewerbsrecht

55.1	Abmahnung	2677
55.2	Allgemeine Unterwerfungserklärung mit fixem Vertragsstrafeversprechen	2682
55.3	Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung unter Einschluss von Annexansprüchen und „Neuem Hamburger Brauch“	2682
55.4	Zurückweisung einer Abmahnung	2683
55.5	Erweitertes Unterwerfungsverlangen nach Verstoß	2683

55.6	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen Werbung mit Selbstverständlichkeiten.	2688
55.7	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen unzumutbarer Belästigung	2689
55.8	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung aufgrund fehlenden Rankings	2690
55.9	Schutzschrift wegen unzulässiger Nachahmung, § 4 Nr. 3 UWG.	2691
55.10	Eidesstattliche Versicherung	2693
55.11	Zustellungsauftrag	2695
55.12	Allgemeiner Widerspruch	2696
55.13	Kostenwiderspruch	2698
55.14	Aufhebungsantrag.	2700
55.15	Abschluss schreiben	2702
55.16	Abschluss erklärung	2703
55.17	Wettbewerbsrechtliche Klage wegen Spitzenstellungswerbung.	2705
55.18	Antrag auf Einleitung eines Einigungsstellenverfahrens.	2708
55.19	Negative Feststellungsklage	2710
55.20	Antrag auf Verhängung eines Ordnungsmittels gemäß § 890 ZPO.	2713
55.21	Zurückweisungsantrag des Schuldners wegen zwischenzeitlicher Erledigung.	2714
55.22	Klage auf Erstattung der Abmahnkosten	2715
55.23	Abverkaufsvereinbarung	2717
55.24	Lizenzvereinbarung	2718

§ 56 Wohnungseigentumsrecht

56.1	Klage des Ausbauenden auf Zustimmung zur Wohnnutzung des Dachgeschosses und Grundbuchänderung	2728
56.2	Antrag auf Feststellung der Verpflichtung zur Duldung der Wohnnutzung	2729
56.3	Unterlassungs- und Feststellungsklage (Dachbodennutzung als Wohnraum)	2730
56.4	Antrag auf Beseitigung (Räumung und Rückbau) von Baumaßnahmen auf einem Dachboden.	2731
56.5	Erzwingungsklage gegen den Verband	2734
56.6	Antrag auf einstweilige Verfügung wegen Durchführungsverbot bzgl. Eigentümerversammlung	2736
56.7	Tagesordnungsergänzung (Einladung noch nicht versandt)	2737
56.8	Tagesordnungsergänzung, hilfswise Neuladung (Einladung bereits versandt)	2738
56.9	Verwalterbestellung nach §§ 43 Abs. 2 Nr. 2, 44 Abs. 1 S. 2 und § 44 Abs. 2 WEG	2740
56.10	Verwalterbestellung; Beschlussersetzung	2741
56.11	Klage auf Verwaltervergütung	2743
56.12	Anfechtung des negativen Abberufungsbeschlusses und positive Feststellung der Abberufung des Verwalters durch einen Wohnungseigentümer.	2743
56.13	Einsichtnahme in Verwaltungsunterlagen	2745
56.14	Herausgabe von Verwaltungsunterlagen gegen den Vorverwalter	2746
56.15	Beschlussfassung über Wirtschaftsplan mit Fortgeltungsklausel	2750
56.16	Beschlussfassung über Wirtschaftsplan mit kombinierter Fortgeltungs- und Verfallklausel	2750
56.17	Klage auf Entziehung von Wohnungseigentum	2752
56.18	Gerichtliche Geltendmachung laufenden Hausgelds basierend auf einem Wirtschaftsplan ohne Fortgeltungsklausel.	2755
56.19	Gerichtliche Geltendmachung laufenden Hausgelds basierend auf einem Wirtschaftsplan mit Fortgeltungsklausel.	2756
56.20	Gerichtliche Geltendmachung laufenden und rückständigen Hausgelds basierend auf Beschlüssen zu Wirtschaftsplan und Jahresabrechnung	2756
56.21	Gerichtliche Geltendmachung laufenden Hausgelds sowie Sonderumlage	2757
56.22	Beschlussanfechtung (§ 44 Abs. 1 und 2 WEG)	2758
56.23	Anfechtungs- und Beschlussersetzungsklage bei negativem Beschluss	2759

56.24	Einstweilige Verfügung (hier: Baustopp) während des rechtshängigen Hauptsache-	2760
56.25	prozesses.	
56.25	Nichtigkeitsfeststellungs- und Ungültigkeitsklage (Haupt- und Hilfsantrag)	2762
56.26	Nichtigkeitsfeststellungsklage	2763
56.27	Klage auf Beseitigung baulicher Veränderungen (Gartenhaus)	2763
56.28	Klage auf Beseitigung baulicher Veränderungen (Trittschall).	2764
56.29	Klage auf Unterlassung zweckbestimmungswidriger Nutzung	2764
56.30	Veräußerungszustimmung durch den Dritten/Verwalter	2765
56.31	Vollstreckungsabwehrklage	2765

§ 57 Zivilprozessrecht

57.1	Allgemeine Prozessvollmacht	2771
57.2	Allgemeine Vollmacht	2771
57.3	Untervollmacht	2771
57.4	Terminsvollmacht	2772
57.5	Vergütungsvereinbarung	2774
57.6	Vereinbarung eines Erfolgshonorars gem. § 4a RVG	2775
57.7	Individualvereinbarung über Haftungsbeschränkung	2776
57.8	Haftungsbeschränkung durch allgemeine Mandatsbedingungen	2776
57.9	Persönliche Haftungsbeschränkung	2777
57.10	Beauftragung	2777
57.11	Bestätigung einer Mandatsübernahme.	2777
57.12	Niederlegung des Mandats	2778
57.13	Antrag auf Kostenfestsetzung gegen die eigene Partei gem. § 11 RVG	2778
57.14	Antrag auf Streitwertfestsetzung.	2780
57.15	Kostenfestsetzungsantrag.	2781
57.16	Antrag auf Prozesskostenhilfe	2783
57.17	Beschwerde gegen Verweigerung der Prozesskostenhilfe	2783
57.18	Grundmuster Klageschrift (Zahlungsklage mit beziffertem Antrag)	2791
57.19	Geltendmachung vorgerichtlicher Anwaltskosten	2793
57.20	Abwandlungen des Klageantrags	2793
57.21	Beispiele für Rubrumsabwandlungen	2795
57.22	Klage im Urkundenprozess	2798
57.23	Klageerwiderung im Urkundenprozess	2798
57.24	Abstandnehmen vom Urkundenprozess.	2799
57.25	Fortsetzung des Rechtsstreits nach Vorbehaltsurteil (Urkundenprozess).	2799
57.26	Klage im Wechselprozess	2800
57.27	Anzeige der Verteidigungsbereitschaft	2802
57.28	Materielle Klageerwiderung	2803
57.29	Widerklage mit Drittwiderklage	2805
57.30	(Hilfs-)Aufrechnung	2806
57.31	Klagerücknahme	2807
57.32	Zustimmung des Beklagten zur Klagerücknahme	2807
57.33	Klageverzicht	2808
57.34	Antrag des Beklagten auf Verzichtsurteil	2808
57.35	Anerkenntnis	2809
57.36	Antrag auf Anerkenntnisurteil	2809
57.37	Erledigungserklärung des Klägers.	2810
57.38	Anschließungserklärung des Beklagten	2811
57.39	Antrag auf Protokollierung eines Vergleichs	2812
57.40	Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils gegen den Beklagten im schriftlichen	
	Vorverfahren.	2814
57.41	Antrag auf Versäumnisurteil gegen die Klägerin.	2814

57.42	Einspruch gegen Versäumnisurteil mit Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung . . .	2814
57.43	Antrag auf Verwerfung des Einspruchs als unzulässig	2815
57.44	Antrag auf Entscheidung nach Aktenlage gem. § 331a ZPO	2815
57.45	Antrag auf Erlass eines zweiten Versäumnisurteils	2815
57.46	Hauptintervention	2817
57.47	Nebenintervention.	2817
57.48	Streitverkündungsschrift	2818
57.49	Antrag auf Parteiwechsel.	2819
57.50	Antrag auf Verweisung	2820
57.51	Antrag auf gerichtliche Bestimmung der Zuständigkeit	2821
57.52	Ablehnungsgesuch	2822
57.53	Antrag auf Terminsverlegung	2823
57.54	Antrag auf Fristverlängerung	2824
57.55	Antrag auf Teilnahme an der mündlichen Verhandlung im Wege der Bild- und Ton- übertragung	2825
57.56	Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	2826
57.57	Klageänderung	2827
57.58	Aussetzungsantrag	2828
57.59	Antrag auf Ruhen des Verfahrens	2828
57.60	Aufnahme des Verfahrens	2828
57.61	Antrag auf Erlass eines Teilurteils.	2829
57.62	Verzögerungsrüge	2830
57.63	Antrag auf Durchführung des selbstständigen Beweisverfahrens.	2831
57.64	Antrag auf Bestimmung einer Frist zur Klageerhebung im selbstständigen Beweisverfahren gem. § 494a ZPO	2832
57.65	Antrag auf Tatbestandsberichtigung und Urteilsergänzung	2833
57.66	Berufungsschrift.	2837
57.67	Berufungsbegründungsschrift	2838
57.68	Berufungserwiderungsschrift.	2838
57.69	Berufungsanschlusschrift	2838
57.70	Revisionsschrift	2841
57.71	Nichtzulassungsbeschwerde	2841
57.72	Begründung einer Nichtzulassungsbeschwerde.	2842
57.73	Sofortige Beschwerde	2843
57.74	Gehörsrüge	2844
57.75	Arrestantrag	2847
57.76	Widerspruch gem. § 924 ZPO	2848
57.77	Antrag auf Aufhebung des Arrests gem. § 927 ZPO wegen veränderter Umstände	2849
57.78	Antrag auf einstweilige Verfügung	2849
57.79	Antrag auf Fristbestimmung zur Klageerhebung gem. § 926 ZPO	2850

§ 58 Zwangsvollstreckung

58.1	Einfache Vollstreckungsklausel	2857
58.2	Antrag auf Bestätigung als europäischer Vollstreckungstitel, § 1079 ZPO.	2857
58.3	Qualifizierte Vollstreckungsklausel (Schuldübernahme).	2858
58.4	Qualifizierte Vollstreckungsklausel (Erbfall)	2858
58.5	Zustellungsauftrag	2858
58.6	Erinnerung nach § 732 ZPO	2859
58.7	Erinnerung nach § 766 ZPO gegen eine Vollstreckungsmaßnahme des Gerichtsvollziehers . .	2861
58.8	Erinnerung nach § 766 ZPO gegen eine Vollstreckungsmaßnahme des Vollstreckungs- gerichtes	2862
58.9	Sofortige Beschwerde	2864
58.10	Vollstreckungsgegenklage	2866

58.11	Drittwiderspruchsklage	2868
58.12	Vorzugsklage	2869
58.13	Klage auf Schadensersatz wegen vorläufiger Vollstreckung (Zwischenantrag im schwebenden Verfahren).	2871
58.14	Klage auf Schadensersatz wegen vorläufiger Vollstreckung (gesonderte Klage)	2872
58.15	Isolierter Sachpfändungsauftrag mit gütlicher Erledigung.	2876
58.16	Antrag auf Durchsuchungserlaubnis.	2885
58.17	Antrag auf Vollstreckung zur Nachtzeit und an Sonn- und Feiertagen.	2892
58.18	Austauschpfändung	2900
58.19	Anderweitige Verwertung – Freier Verkauf.	2902
58.20	Anderweitige Verwertung – Freie Internetversteigerung	2903
58.21	Antrag auf Abgabe der Vermögensauskunft mit gütlicher Erledigung	2908
58.22	Kombinierter Antrag auf Sachpfändung und die Abnahme der Vermögensauskunft mit gütlicher Erledigung	2916
58.23	Wiederholte vorzeitige Abnahme der Vermögensauskunft	2925
58.24	Nachbesserungsantrag zur Vermögensauskunft.	2932
58.25	Vermögensauskunft ergänzt um Antrag auf Erlass eines Haftbefehls und die Verhaftung	2933
58.26	Isolierter Verhaftungsauftrag.	2940
58.27	Vorpfändung.	2941
58.28	Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	2946
58.29	Antrag auf Eintragung einer Zwangssicherungshypothek	2962
58.30	Zwangsversteigerungsantrag	2964
58.31	Antrag nach § 887 ZPO	2965
58.32	Antrag nach § 888 ZPO	2967
58.33	Antrag nach § 890 ZPO	2969

§ 1 Aktienrecht

Dr. Moritz Beneke/Prof. Dr. Hans-Christoph Ihrig

Literatur

Kommentare: *Anzinger/Oser/Schlotter*, Rechnungslegung und Prüfung der Unternehmen, 7. Aufl. 2023; *Assmann/U. H. Schneider/Mülbert* (Hrsg.), Wertpapierhandelsrecht, 8. Aufl. 2023; Großkommentar zum Aktiengesetz, 4. Aufl. 1992 ff., 5. Aufl. 2015 ff.; *Heidel* (Hrsg.), Aktienrecht und Kapitalmarktrecht, 6. Aufl. 2024; *Koch*, Aktiengesetz, 18. Aufl. 2024; Kölner Kommentar zum Aktiengesetz, 4. Aufl. 2023; *Kremer/Bachmann/Favoccia/v. Werder*, Deutscher Corporate Governance Kodex, 9. Aufl. 2023; MüKo zum Aktiengesetz, 6. Aufl. 2024; *Schmidt/Lutter* (Hrsg.), Aktiengesetz, 5. Aufl. 2024; *Stilz/Veil* (Hrsg.), Kommentar zum Aktiengesetz, 5. Aufl. 2022; *Ulmer/Habersack/Henssler*, Mitbestimmungsrecht, 4. Aufl. 2018. **Handbücher/Monografien/Lehrbücher:** *Balser/Bokelmann/Piorreck*, Die Aktiengesellschaft, 4. Aufl. 2002; *Butzke*, Die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft, 5. Aufl. 2011; *Dörner/Menold/Pfitzer* (Hrsg.), Reform des Aktienrechts, der Rechnungslegung und Prüfung, 2. Aufl. 2003; *Henze*, Höchststrichterliche Rechtsprechung zum Aktienrecht, 6. Aufl. 2015; *Hirte*, Das Transparenz- und Publizitätsgesetz, 2003; *Hirte*, Kapitalgesellschaftsrecht, 9. Aufl. 2023; *Ihrig/Schäfer*, Rechte und Pflichten des Vorstands, 2. Aufl. 2020; *Lange/Wall*, Risikomanagement nach dem KonTraG, 2001; *Kubis/Tödtmann*, Arbeitshandbuch für Vorstandsmitglieder, 3. Aufl. 2022; *Lutter/Krieger/Verse*, Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats, 7. Aufl. 2020; *Martens*, Leitfaden für die Leitung der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft, 3. Aufl. 2003; Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, Bd. 4, Aktiengesellschaft, 6. Aufl. 2024; Münchener Anwaltsbandbuch, Aktienrecht, 4. Aufl. 2024; *Peltzer*, Deutsche Corporate Governance, 2. Aufl. 2004; *Schaumburg/Schulte*, Die KGaA, 2000; *Seibert/Kiem*, Handbuch der kleinen AG, 5. Aufl. 2008; *Semler/v. Schenck/Wilsing*, Arbeitshandbuch für Aufsichtsratsmitglieder, 5. Aufl. 2021; *Reichert* (Hrsg.), Arbeitshandbuch für die Hauptversammlung, 6. Aufl. 2024; *Thümmel*, Persönliche Haftung von Managern und Aufsichtsräten, 5. Aufl. 2016. **Formularbücher:** Beck'sches Formularbuch Aktienrecht, 2. Aufl. 2020; Formularbuch Recht und Steuern, 10. Aufl. 2021; *Happ* (Hrsg.), Aktienrecht, 5. Aufl. 2019; Münchener Vertragshandbuch Bd. 1: Gesellschaftsrecht, 8. Aufl. 2018; *Schlitt*, Die Satzung der Kommanditgesellschaft auf Aktien, 1999; *Wahlers*, Die Satzung der kleinen AG, 3. Aufl. 2003.

Inhalt

A. Begründung	1	10. Kosten	27
I. Typischer Sachverhalt	1	11. Weitere erforderliche Maßnahmen bis zur Eintragung	28
II. Rechtliche Grundlagen	2	a) Mindesteinlageleistung	28
1. Bedeutung der Rechtsform	2	b) Erster Aufsichtsrat und erster Abschlussprüfer, Gründungsbericht und Gründungsprüfung	29
2. Charakteristika der Rechtsform	3	12. Anmeldung und Eintragung	30
a) Erscheinungsformen	4	a) Anmeldung	30
b) Satzungsstrenge	5	b) Eintragung	31
c) Trias der Organe	6	III. Checkliste: Begründung	32
3. Vor- und Nachteile	8	IV. Muster: Gründungsprotokoll	33
4. „Kleine“ AG	9	V. Anmerkungen zum Muster	34
5. Weitere Änderungen des Aktiengesetzes	10	VI. Muster: Satzung der Vorrats-AG (einfache Fassung)	35
6. Gründung	11	VII. Muster: Bestellung des ersten Vorstands	36
a) Neugründung oder Formwechsel	11	VIII. Muster: Bestätigung des Kreditinstituts über die Einlageleistung	37
b) Vorgesellschaft	12	IX. Muster: Gründungsbericht gem. § 32 AktG	38
c) Ein-Mann-Gründung	13	X. Muster: Gründungsprüfungsbericht von Vorstand und Aufsichtsrat gem. §§ 33, 34 AktG	39
d) Vorratsgründung	14	XI. Muster: Antrag auf Bestellung eines Gründungsprüfers	40
7. Ablauf der Gründung	16	XII. Muster: Bericht des Gründungsprüfers nach §§ 33, 34 AktG	41
8. Übernahme der Aktien durch die Gründer	17	XIII. Muster: Liste der Aufsichtsratsmitglieder gem. § 37 Abs. 4 Nr. 3a AktG	42
a) Gründer	17	XIV. Muster: Anmeldung der Gesellschaft zum Handelsregister	43
b) Übernahme der Aktien	18		
c) Grundkapital und Übernahme der Aktien	19	B. Kapitalerhöhung mit Sacheinlagen, Nachgründung, Umstellung auf Stückaktien	44
d) Ablösung der DM durch Euro	20	I. Typischer Sachverhalt	44
9. Feststellung der Satzung	21	II. Rechtliche Grundlagen	45
a) Firma und Sitz der Gesellschaft, § 23 Abs. 3 Nr. 1 AktG	22	1. Arten der Kapitalmaßnahmen	45
b) Gegenstand des Unternehmens, § 23 Abs. 3 Nr. 2 AktG	23		
c) Höhe des Grundkapitals, Nennbeträge, Zahl und Gattung der Aktien, § 23 Abs. 3 Nr. 3, 4 und 5 AktG	24		
d) Zahl der Vorstandsmitglieder, § 23 Abs. 3 Nr. 6 AktG	25		
e) Bekanntmachungen der Gesellschaft, § 23 Abs. 4 AktG	26		

2. Ablauf der regulären Kapitalerhöhung . . .	46	2. Größe und Zusammensetzung des Aufsichtsrats	90
3. Beschlussfassung der Hauptversammlung	47	a) Mitbestimmung	91
a) Satzungsänderung	48	b) Statusverfahren	92
b) Bezugsrecht der Aktionäre	49	3. Geschlechterquote	93
4. Beschlussinhalt	50	4. Innere Ordnung	94
a) Kapitalerhöhungsbetrag	50	III. Muster: Bekanntmachung nach § 97 Abs. 2 AktG	97
b) Nennbetrag, Aktienart, Aktiengattung	51	IV. Muster: Antrag nach § 98 AktG auf gericht- liche Entscheidung	98
c) Durchführungsfrist, Gewinnberech- tigung	52	V. Muster: Liste der Aufsichtsratsmitglieder nach § 106 AktG	99
d) Ausgabebetrag	53	VI. Muster: Bekanntmachung gem. § 19 MitbestG	100
5. Bar- oder Sacheinlagen	54	VII. Muster: Erklärung des Aufsichtsrats zum Deutschen Corporate Governance Kodex gem. § 161 AktG	101
6. Nachgründung	56	E. Hauptversammlung	102
7. Zeichnung der neuen Aktien	58	I. Typischer Sachverhalt	102
a) Rechtliche Vorgaben	58	II. Rechtliche Grundlagen	103
b) Muster: Zeichnung der neuen Aktien . .	59	1. Kompetenzen	103
8. Mindesteinlageleistung	60	2. Ordentliche Hauptversammlung	104
9. Anmeldung zum Handelsregister	61	3. Einberufung	105
III. Muster: Einladung zur Hauptversammlung (Tagesordnung)	62	4. Einberufungsfrist und -form, Inhalt	106
IV. Anmerkungen zum Muster	63	5. Teilnehmer, Aktionärsrechte	107
V. Muster: Nachgründungs- und Einbringungs- vertrag	64	6. Ablauf der Hauptversammlung	108
VI. Anmerkungen zum Muster	65	III. Checkliste: Vorbereitung und Durchführung der Hauptversammlung	109
VII. Muster: Nachgründungsbericht des Auf- sichtsrats gem. §§ 52 Abs. 3, 32 Abs. 2 und 3 AktG	66	IV. Muster: Einberufung der ordentlichen Haupt- versammlung	110
VIII. Muster: Antrag auf Bestellung des Grün- dungsprüfers für die Nachgründung	67	F. Minderheitsrechte	111
IX. Muster: Bericht des Gründungsprüfers	68	I. Typischer Sachverhalt	111
X. Muster: Anmeldung des Nachgründungs- und Einbringungsvertrags, des Beschlusses über die Umstellung auf Stückaktien und die Kapi- talerhöhung, der Durchführung der Kapital- erhöhung und der Satzungsänderung zum Handelsregister	69	II. Rechtliche Grundlagen	112
XI. Muster: Tagesordnung der weiteren Haupt- versammlung mit Kapitalerhöhungsbeschluss und Neufassung der Satzung (ausführliche Fassung für Publikums-AG)	70	1. Minderheitsverlangen nach § 122 AktG . .	112
XII. Anmerkung zum Muster	71	2. Gegenanträge und Wahlvorschläge	113
C. Vorstand	72	3. Rederecht in der Hauptversammlung . . .	114
I. Typischer Sachverhalt	72	4. Auskunftsrecht der Aktionäre	115
II. Rechtliche Grundlagen	73	5. Geltendmachung von Beschlussmängeln .	116
1. Leitungsorgan	73	a) Nichtigkeit und Anfechtbarkeit	116
2. Bestellung und Abberufung	74	b) Anfechtungsbefugnis, Anfechtungs- frist	117
a) Eignungsvoraussetzungen	74	6. Sonstige Minderheitsrechte	118
b) Bestellung	75	III. Muster: Gegenantrag eines Aktionärs nach § 126 AktG	119
c) Widerruf	76	IV. Muster: Zugänglichmachen eines Gegen- antrags nach § 126 AktG mit Stellungnahme des Vorstands	120
3. Anstellungsverhältnis	77	V. Muster: Antrag auf gerichtliche Entscheidung über das Auskunftsrecht nach § 132 AktG . .	121
4. Vertretung	79	VI. Muster: Anfechtungsklage	122
5. Geschäftsführung	80	VII. Anmerkungen zum Muster	123
6. Organpflichten und Haftung des Vorstands	82	VIII. Muster: Bekanntmachung nach § 246 Abs. 4 AktG	124
7. Corporate Governance	84	G. Mitteilungspflichten nach AktG und WpHG	125
III. Muster: Widerruf der Bestellung eines Vorstandsmitglieds	85	I. Typischer Sachverhalt	125
IV. Muster: Anmeldung des Widerrufs der Bestellung eines Vorstandsmitglieds zum Handelsregister	86	II. Rechtliche Grundlagen	126
V. Muster: Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gem. § 161 AktG	87	1. Mitteilungspflichten nach dem Aktien- gesetz	127
D. Aufsichtsrat	88	a) § 20 AktG	127
I. Typischer Sachverhalt	88	b) § 21 AktG	128
II. Rechtliche Grundlagen	89	c) Rechtsfolgen bei unterlassener Mitteilung	129
1. Zwingendes Überwachungsorgan	89	d) Sonderfall: Mitteilung nach § 42 AktG . .	130
		2. Mitteilungspflichten nach WpHG	131
		a) §§ 33 ff. (früher §§ 21 ff.) WpHG	131
		b) Directors' Dealings	135

c) Weitere Informations- und Veröffentlichungspflichten nach WpHG	136	b) Kapital- und personengesellschaftsrechtliche Strukturelemente, Gestaltungs-freiheit	145
III. Muster: Mitteilung über den Erwerb einer Beteiligung nach § 20 AktG	137	3. Vor- und Nachteile	146
IV. Muster: Mitteilung über die Abgabe einer Beteiligung nach § 20 Abs. 5 AktG	138	4. Organe der KGaA	147
V. Muster: Bekanntmachung der AG nach § 20 Abs. 6 AktG	139	a) Persönlich haftender Gesellschafter	148
VI. Muster: Mitteilung der späteren Entwicklung zur Ein-Mann-Aktiengesellschaft	140	b) KGaA-Aufsichtsrat	149
H. KGaA	141	c) KGaA-Hauptversammlung	150
I. Typischer Sachverhalt	141	d) Besonderheiten der GmbH & Co. KGaA	151
II. Rechtliche Grundlagen	142	e) Publikums-KGaA und Inhaltskontrolle	152
1. Bedeutung der Rechtsform	142	5. Gründung der KGaA	153
2. Charakteristika der Rechtsform	143	III. Checkliste: KGaA-Gründung	154
a) Erscheinungsformen	144	IV. Muster: Satzung einer GmbH & Co. KGaA	155

A. Bargründung

I. Typischer Sachverhalt

Die Gebrüder Meyer & Co. GmbH, ein mit der Herstellung von Werkzeugmaschinen befasstes mittelständisches Familienunternehmen, hat in der vierten Generation inzwischen 42 Gesellschafter. Um die Unabhängigkeit der Gesellschaft auch zukünftig zu sichern, planen die Gesellschafter und das Management mittelfristig die Aufnahme von Kapital an der Börse. Zu diesem Zweck soll zunächst eine Aktiengesellschaft als Holding über der GmbH installiert werden, die später an die Börse gehen soll. Die Gesellschafter fragen deshalb bei dem anwaltlichen Berater des Unternehmens an, ob er im Bedarfsfall über eine Vorrats-Aktiengesellschaft verfügt, auf die zu gegebener Zeit zugegriffen werden könnte. 1

II. Rechtliche Grundlagen

1. Bedeutung der Rechtsform

Die geringe Zahl an Aktiengesellschaften (aktuell dürfte sich die Zahl in einer Größenordnung von 13.000 bewegen zuzüglich knapp 1.000 SEs gegenüber deutlich mehr als 1,5 Mio. GmbHs),¹ steht im Gegensatz zur wirtschaftlichen Bedeutung der Rechtsform. Etwa ein Drittel des Umsatzes der deutschen Industrie wird durch Unternehmen in der Rechtsform der AG erwirtschaftet. Große Unternehmen sind regelmäßig als Aktiengesellschaft organisiert. Die am 10.8.1994 in Kraft getretenen Regeln für die sog. „kleine“ Aktiengesellschaft (siehe Rdn 9)² und insbesondere die zeitgleich erfolgte mitbestimmungsrechtliche Gleichstellung der AG mit der GmbH (siehe dazu Rdn 7) haben die AG auch für mittlere und kleine Unternehmen interessant gemacht. Seit Beginn der 1990er Jahre ist die Zahl der Aktiengesellschaften stark angestiegen.³ 2

2. Charakteristika der Rechtsform

Die AG ist wie die GmbH Körperschaft, juristische Person und Formkaufmann. Sie haftet ihren Gläubigern mit dem Gesellschaftsvermögen; die Haftung der Aktionäre beschränkt sich auf die Aufbringung der von ihnen gezeichneten Einlage. 3

a) Erscheinungsformen

Die Zwecke der AG sind beliebig, ihre Erscheinungstypen vielfältig: Leitbild der gesetzlichen Regeln ist die **Publikums-AG**, bei der sich die Aktien im Streubesitz eines breiten, anonymen Anlegerpublikums befinden, zu dem institutionelle Anleger wie Versicherungen, Fondsgesellschaften oder Pensionssicherungsvereine ebenso gehören wie private Kleinanleger. Daneben steht die **Familien-AG** mit einem geschlossenen, überschaubaren Aktionärskreis, der sich durch Vinkulierung der Aktien vor Fremdeinflüssen abschirmt. Die **Ein-Mann-AG** begegnet insbesondere in Konzernen als Organisationsform von Zwischengesellschaften, etwa spartenleitenden Holdings, häufig aber auch als Organisationsform für die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand. 4

1 Bayer/Lieder/Hoffmann, GmbHR 2024, 785, 794 f.
2 Gesetz für kleine Aktiengesellschaft und zur Deregulierung des Aktienrechts, BGBl I 1994, 1961.
3 Vgl. die Zahlenangaben bei Hansen, AG-Report 1999, 67 und AG-Report 2001, 67 und 315: Danach ist die Zahl der Aktiengesellschaften von 2147 Ende 1980 über 3780 Ende 1995 auf 5468 Ende 1998 angestiegen. Ende 2000 gab es bereits über 10.000 Aktiengesellschaften.

Besonderen Regelungen unterliegt die **REIT-Aktiengesellschaft**, für die das Gesetz über deutsche Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen (REIT-Gesetz – REITG) vom 28.5.2007 (BGBl I, 914) gilt. Abhängig vom Unternehmensgegenstand und ihrer tatsächlichen Tätigkeit können auch auf eine AG Regelungen des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB) anwendbar sein.

b) Satzungsstrenge

- 5 Rechtsformtypisch ist die Satzungsstrenge in der AG. Vom Aktiengesetz abweichende Regelungen kann die Satzung nur bei ausdrücklicher Zulassung im Gesetz, ergänzende Bestimmungen nur dort enthalten, wo das Gesetz keine abschließende Regelung vorsieht, § 23 Abs. 5 AktG. Die **eingeschränkte Gestaltungsfreiheit** macht die AG für den außenstehenden Aktionär transparent und erleichtert die Kapitalaufnahme. Die Praxis behilft sich mit unbedenklich zulässigen satzungsbegleitenden Nebenabreden,⁴ wie sie sich auch für die Gesellschafter der Gebrüder Meyer & Co. GmbH anbieten: Spätestens vor dem Börsengang werden sie die Belange der Familie – außerhalb der AG-Satzung – in einem **Pool- oder Konsortialvertrag** regeln.⁵

c) Trias der Organe

- 6 Die Aktiengesellschaft ist durch die Trias ihrer Organe Hauptversammlung, Aufsichtsrat und Vorstand gekennzeichnet: Die **Hauptversammlung** versammelt die Aktionäre als die Anteilseigner und wirtschaftlichen Eigentümer des Unternehmens; sie beschließt u.a. über Gewinnverwendung, Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, Bestellung des Abschlussprüfers, Satzungsänderungen, Kapitalmaßnahmen, Liquidation sowie alle sonstigen Grundlagenentscheidungen und bestellt die Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat (Näheres siehe Rdn 102 ff.). Dem **Aufsichtsrat** obliegt die Überwachung des Vorstands, § 111 AktG; er bestellt die Mitglieder des Vorstands und beruft sie ab, § 84 AktG (siehe hierzu Rdn 75 ff.) und ist auch zuständig für die Geltendmachung etwaiger Ersatzansprüche gegen aktuelle und/oder ausgeschiedene Vorstandsmitglieder. Der **Vorstand** schließlich führt eigenverantwortlich die Geschäfte der AG, § 76, 77 AktG, und vertritt die Gesellschaft im Außenverhältnis, § 78 AktG (vgl. Rdn 79 ff.).
- 7 Die **zwingende** Ausgestaltung der **Organverfassung** ist, nachdem die AG mitbestimmungsrechtlich der GmbH gleichgestellt ist, der entscheidende Grund für viele mittelständische Unternehmen, der GmbH gegenüber der AG den Vorzug zu geben (zur Rechtsformalternative der KGaA und der dort eröffneten Gestaltungsfreiheit vgl. Rdn 141 ff.), denn der AG-Vorstand leitet die Gesellschaft anders als der GmbH-Geschäftsführer frei von Weisungen und in eigener Verantwortung. Über Fragen der Geschäftsführung kann die Hauptversammlung nach § 119 Abs. 2 AktG grundsätzlich nur entscheiden, wenn der Vorstand es verlangt (zu sog. Holzmüller-Fällen vgl. Rdn 103). Die Einflussnahmemöglichkeiten der Hauptversammlung beschränken sich darauf, dem Vorstand ggf. die Entlastung zu verweigern und das Vertrauen zu entziehen, § 84 Abs. 4 S. 2 AktG. Darüber hinaus können sie auch gewissen Einfluss nehmen auf das Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat, § 119 Abs. 1 Nr. 3 AktG. Vermittelt wird eine Einflussnahme der Gesellschafter auf den Vorstand im Übrigen nur über den Aufsichtsrat, dessen eigene Handhabe sich indessen im Wesentlichen (zum Erlass einer Geschäftsordnung für den Vorstand vgl. unten Rdn 89) auf die Mitwirkung bei zustimmungsbedürftigen Rechtshandlungen (§ 111 Abs. 4 S. 2 AktG) sowie darauf beschränkt, den Vorstand zu bestellen und – in den Grenzen von § 84 Abs. 4 AktG – abzuberufen. Für die tätige Mitunternehmerschaft ist die AG danach nicht die passende Rechtsform; sie ist geprägt durch das Nebeneinander von fremdorganschaftlichem, eigenverantwortlichem Management einerseits und primär auf die Kapitalgeberfunktion beschränkter Anteilseignerseite andererseits.

3. Vor- und Nachteile

- 8 Die AG teilt mit der GmbH die Vorteile der **Haftungsbeschränkung** für die Gesellschafter, steuerlich die Nachteile der Kapitalgesellschaft gegenüber der Personengesellschaft.⁶ Die AG ist neben der KGaA (siehe hierzu Rdn 146 ff.) und der vom europäischen Recht zur Verfügung gestellten europäischen (Aktien-)Gesellschaft (SE) die einzige Rechtsform, die den **Gang an die Börse** und damit die Aufnahme von Eigenkapital am organisierten Kapitalmarkt unter gleichzeitiger Herstellung optimaler Fungibilität der Anteile erlaubt. Die AG vermittelt – trotz Skandalen der letzten Jahre wie der Abgasmanipulation bei VW und dem Bilanzbetrug bei Wirecard – nach wie vor den Eindruck hoher **Seriosität**. Sie ist für die Gewinnung qualifizierter Manager attraktiver als Unternehmen anderer Rechtsform. Die AG verlangt allerdings einen höheren **Organisationsaufwand**; sie ist im Vergleich zur GmbH die mit Abstand kompliziertere Rechtsform.

4 Vgl. BGH NJW 1987, 1890; Koch, § 23 Rn 45 ff.; Schmidt/Lutter/Seibt, § 23 Rn 64 ff.; außerdem M. Winter, ZHR 154 (1990), 259. Einschränkung allerdings Habersack, ZHR 164 (2000), 1.

5 Formularvorschläge etwa bei Noack, Gesellschaftervereinbarungen bei Kapitalgesellschaften, 1994, S. 336 ff.; Münchener Vertrags-handbuch, Bd. I, Form V. 105.

6 Zu den Grundzügen der Besteuerung der AG siehe Kraft in: Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, Bd. 4, § 49; instruktive Zusammenfassung zur Besteuerung der AG nach der Unternehmenssteuerreform bei Priester, DSStR 2001, 795; Jacobs, DSStR 2001, 806; Gegenüberstellung Personen-/Kapitalgesellschaften bei Tillich, BB 2002, 1515.

4. „Kleine“ AG

Mit dem Gesetz für kleine Aktiengesellschaften und zur Deregulierung des Aktienrechts vom 2.8.1994 (BGBl I 1961) hat der Gesetzgeber mit dem Ziel, die Rechtsform der AG namentlich für den Mittelstand attraktiver zu machen, hinsichtlich einiger Bestimmungen des Aktienrechts für **nicht börsennotierte Gesellschaften** Erleichterungen vorgesehen. Im Einzelnen betrifft dies die Möglichkeit

- nach § 121 Abs. 4 AktG bei namentlicher Kenntnis aller Aktionäre die Hauptversammlung mit eingeschriebenem Brief einzuberufen;
- bei Anwesenheit aller Aktionäre (**Vollversammlung**) Beschlüsse nach § 121 Abs. 6 AktG unabhängig von der Einhaltung der gesetzlichen Einberufungsvoraussetzungen zu fassen (gilt für alle Aktiengesellschaften);
- nach § 130 Abs. 1 S. 3 AktG von der sonst zwingenden notariellen Beurkundung von Hauptversammlungsbeschlüssen abzusehen, sofern nicht Grundlagenbeschlüsse mit einer Dreiviertel- oder größeren Mehrheit zu fassen sind;
- nach § 58 Abs. 2 S. 2 AktG die Entscheidungskompetenz über die **Bildung von Rücklagen** vollumfänglich auf die Hauptversammlung zu verlagern und die Befugnis der Verwaltung zur Rücklagenbildung einzuschränken oder auszuschließen (gilt inzwischen für alle Aktiengesellschaften).

Hinzu kommt die mitbestimmungsrechtliche Gleichstellung von AG und GmbH, die allerdings auch für die börsennotierte AG gilt. Die „kleine AG“ ist danach **keine eigene Rechtsform**, sondern bezeichnet die AG, die Adressat einzelner erleichternder Bestimmungen von den sonst zwingenden Regeln des Aktiengesetzes ist.⁷ Durch die zunehmende Regulierung börsennotierter bzw. sog. kapitalmarktorientierter (siehe § 264d HGB) Gesellschaften und mithin einer Vielzahl aktiengesetzlicher Regelungen, die nur für börsennotierte bzw. kapitalmarktorientierte Gesellschaften gelten, setzt sich die „kleine AG“ heute mehr denn je von der börsennotierten AG ab.

5. Weitere Änderungen des Aktiengesetzes

Im Anschluss an das Gesetz für kleine Aktiengesellschaften und zur Deregulierung des Aktienrechts ist das Aktiengesetz in den letzten 25 Jahren Gegenstand einer ganzen Reihe von weiteren **Änderungsgesetzen** gewesen; zu nennen sind insbesondere:

- das Gesetz zur Bereinigung des Umwandlungsrechts (UmwBerG) vom 28.10.1994 (BGBl I, 3210);
- das Gesetz über die Zulassung von Stückaktien (Stückaktiengesetz – StückAG) vom 25.3.1998 (BGBl I, 590);
- das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) vom 27.4.1998 (BGBl I, 786);
- das Gesetz zur Namensaktie und zur Erleichterung der Stimmrechtsausübung (Namensaktiengesetz – NaStraG) vom 18.1.2001 (BGBl I, 123);
- das Gesetz zur Regelung von öffentlichen Angeboten zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen (WpÜG) vom 20.12.2001 (BGBl I, 3822);
- das Gesetz zur weiteren Reform des Aktien- und Bilanzrechts, zu Transparenz und Publizität (Transparenz- und Publizitätsgesetz – TransPuG) vom 19.7.2002 (BGBl I, 2681);
- das Gesetz zur Neuordnung des gesellschaftsrechtlichen Spruchverfahrens (Spruchverfahrensneuordnungsgesetz) vom 12.6.2003 (BGBl I, 838);
- das Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts (UMAG) vom 22.9.2005 (BGBl I, 2802);
- das Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) vom 10.11.2006 (BGBl I, 2553);
- das Gesetz zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken (Risikobegrenzungs-gesetz) vom 12.8.2008 (BGBl I, 1666);
- das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) vom 23.10.2008 (BGBl I, 2026);
- das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) vom 25.5.2009 (BGBl I, 1102);
- das Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (ARUG) vom 30.7.2009 (BGBl I, 2479);
- das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) vom 31.7.2009 (BGBl I, 2509);
- das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst vom 24.4.2015 (BGBl I, 642);

⁷ Zu den Einzelheiten *Seibert/Kiem* (Hrsg.), Handbuch der kleinen AG, 5. Aufl. 2008; *Ammon/Görlitz*, Die kleine Aktiengesellschaft 1995; *Wahlers*, Die Satzung der kleinen AG, 3. Aufl. 2003; *Hölters/Deilmann/Buchta*, Die „kleine AG“, 2. Aufl. 2002; *Hoffmann-Becking*, ZIP 1995, 1; *Lutter*, AG 1994, 429; *Claussen*, WM 1996, 609; *Planck*, GmbH 1994, 50; *Trolitzsch*, WiB 1994, 844; *Korts/Korts*, Die kleine AG, 6. Aufl. 2012 (Heidelberger Musterverträge); *Hölters/Buchta*, DStR 2003, 79.

- das Gesetz zur Änderung des Aktiengesetzes (Aktienrechtsnovelle 2016) vom 22.12.2015 (BGBl I, 2565);
- das Gesetz zur Umsetzung der Zweiten Aktionärsrechterichtlinie (ARUG II) vom 12.12.2019 (BGBl I, 2637).

Für die AG relevante Neuerungen erfolgten zudem durch:

- das Gesetz zur Verbesserung des Anlegerschutzes (Anlegerschutzverbesserungsgesetz – AnSVG) vom 28.11.2004 (BGBl I, 2010);
- das Gesetz über die Offenlegung der Vorstandsvergütungen (Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetz – VorstOG) vom 3.8.2005 (BGBl I, 2267);
- das Gesetz über Musterverfahren zu Schadensersatzklagen von Kapitalanlegern (Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz – KapMuG) vom 16.8.2005 (BGBl I, 2437);
- das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.12.2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz – TUG) vom 5.1.2007 (BGBl I, 10);
- das Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz – FGG-RG) vom 17.12.2008 (BGBl I, 2586);
- das Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung (Restrukturierungsgesetz – RStruktG) vom 9.12.2010 (BGBl I, 1900);
- die Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.4.2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission (ABl EU L 173);
- das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.6.2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz – BilRUG) vom 17.7.2015 (BGBl I, 1245);
- das Gesetz zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie vom 20.11.2015 (BGBl I, 2029);
- das Gesetz zur Umsetzung der prüfungsbezogenen Regelungen der Richtlinie 2014/56/EU sowie zur Ausführung der entsprechenden Vorgaben der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 im Hinblick auf die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse (Abschlussprüfungsreformgesetz – AReG) vom 10.5.2016 (BGBl I, 1142);
- das Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz) vom 11.4.2017 (BGBl I, 802);
- das Zweite Gesetz zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften aufgrund europäischer Rechtsakte (Zweites Finanzmarktnovellierungsgesetz) vom 23.6.2017 (BGBl I, 1693);
- das Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht vom 27.3.2020 (BGBl I, 569);
- das Gesetz zur Finanzierung von zukunftssichernden Investitionen (Zukunftsfinanzierungsgesetz – ZuFinG) vom 11.12.2023 (BGBl I, 354).

6. Gründung

a) Neugründung oder Formwechsel

- 11 Die AG kann entweder durch Neugründung (§§ 23 bis 53 AktG) oder im Wege des Formwechsels nach Maßgabe der §§ 190 ff. UmwG entstehen, indem ein bereits existierendes Unternehmen unter Aufrechterhaltung seiner Identität (**Rechtsträgerkontinuität**) das Rechtskleid wechselt. So können die Gesellschafter der Gebrüder Meyer & Co. GmbH den Formwechsel der GmbH in die AG nach Maßgabe von §§ 226, 238 ff. UmwG beschließen, oder sie können stattdessen ihre Anteile an der GmbH im Wege der Sacheinlage in eine im Wege der Sachgründung errichtete, neue AG einbringen und ggf. anschließend die GmbH auf die AG verschmelzen. Wollen sie, wie häufig, die Satzung der AG von den zwingend nach § 27 Abs. 5 AktG i.V.m. § 26 Abs. 5 AktG fortzuschreibenden Sachgründungsbestimmungen freihalten, werden sie den vorliegend für die Formulare zugrunde gelegten dritten Weg wählen: Errichtung einer Holding AG im Wege der schlanken Bargründung, auf die sodann alle Anteile an der GmbH im Wege der Sachkapitalerhöhung übertragen werden. Häufig sind die Alternativen austauschbar.⁸

⁸ Zur tatsächlichen Nutzung des einen oder anderen Instruments vgl. *Bayer/Hoffmann*, AG-Report 2006, 399.

b) Vorgesellschaft

Zwischen Errichtung und Eintragung im Handelsregister besteht die AG als Vorgesellschaft. Sie ist als eigenständige, teilrechtsfähige **Organisationsform sui generis**⁹ anerkannt und notwendiges Durchgangsstadium hin zu der mit Eintragung als juristische Person entstehenden AG. Wegen der Einzelheiten der Organisationsverfassung der Vor-AG ist auf das Schrifttum zu verweisen. Für die Praxis wichtig ist die Frage einer Haftung der Gründungsgesellschafter vor oder bei Scheitern der Eintragung,¹⁰ außerdem die Haftung der mit vorzeitigem Geschäftsbeginn einverständenen Gesellschafter gegenüber der eingetragenen AG bei Vorliegen einer Unterbilanz zum Eintragungszeitpunkt.

c) Ein-Mann-Gründung

Mit dem Gesetz über die „kleine AG“ ist die **Ein-Mann-Gründung** auch für die Aktiengesellschaft zugelassen worden, § 2 AktG.

d) Vorratsgründung

Die Gründung einer **Aktiengesellschaft auf Vorrat**, die als bloßer Mantel zur Eintragung gelangt und nach dem Willen der Gründer erst zu einem späteren Zeitpunkt einen Geschäftsbetrieb aufnehmen soll, hat der BGH¹¹ anerkannt. Zulässig ist die Vorratsgründung aber nur dann, wenn sie **offen** erfolgt, indem der Unternehmensgegenstand etwa lautet:

„Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung des eigenen Vermögens.“

Von Interesse ist die Vorratsgründung deshalb, weil die Inanspruchnahme der Haftungsbeschränkung auf das Gesellschaftsvermögen die Eintragung der Gesellschaft voraussetzt. Bei einer Geschäftsaufnahme vor Eintragung im Handelsregister droht den Gesellschaftern demgegenüber eine Inanspruchnahme aus **Unterbilanzhaftung**, wenn das Nettoeintragsvermögen im Zeitpunkt der Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister die Grundkapitalziffer nicht mehr deckt.¹² Von einer vermeidbaren **vorzeitigen Geschäftsaufnahme** vor Eintragung der AG im Handelsregister ist deshalb abzuraten. Die Verwendung einer Vorratsgesellschaft dient dazu, die mit dem Eintragungsverfahren verbundene zeitliche Verzögerung zu vermeiden. Zu diesem Zwecke kann statt einer Vorratsgesellschaft aber auch eine Mantelgesellschaft verwendet werden, also eine früher aktive Gesellschaft, die nunmehr aber unternehmens- und oft auch vermögenslos ist, ohne dass eine Löschung erfolgt ist.

Der **haftungsbezogene Vorteil** der Verwendung von Vorrats- und Mantelgesellschaften hat durch die Rechtsprechung des BGH¹³ eine erhebliche **Einschränkung** erfahren. Auf die sog. **wirtschaftliche Neugründung** sollen nämlich die der Gewährleistung der Kapitalaufbringung dienenden Gründungsvorschriften entsprechende Anwendung finden. Danach hat der Vorstand bei Ausstattung der Vorrats- oder Mantelgesellschaft mit einem Unternehmen und erstmaliger bzw. erneuter Aufnahme des Geschäftsbetriebs entsprechend §§ 37 Abs. 1 S. 1 und 2, 54 Abs. 3 AktG zu erklären und nachzuweisen, dass die einzufordernde Einlage bewirkt wurde und weiterhin zur freien Verfügung des Vorstands steht;¹⁴ außerdem erfolgt eine registergerichtliche Prüfung bezogen auf die reale Kapitalaufbringung. Maßgeblich ist dabei nicht das gesetzliche Mindestkapital, sondern die in der Satzung festgelegte Grundkapitalziffer. Auch ist bei Verwendung einer Vorrats- oder Mantel-AG vom Eingreifen einer Unterbilanzhaftung der Gesellschafter und einer Handelndenhaftung, und zwar bis zum Stichtag der Offenlegung der Vorrats- bzw. Mantelverwendung gegenüber dem Registergericht, auszugehen.¹⁵

9 Zur dogmatischen Einordnung Scholz/K. Schmidt, GmbHG, 12. Aufl., § 11 Rn 27 ff.; umfassend MüKo/Pentz, § 29 Rn 4; zu den Problemen der Ein-Mann-Vorgesellschaft Ulmer/Ihrig, GmbHR 1988, 373; Hüffer, ZHR 145 (1981), 521; Heidinger, ZNotP 2000, 182.

10 Meinungsstand bei Koch, § 41 Rn 14; Heidel/Seubert/Höfheld, Aktienrecht und Kapitalmarktrecht, § 41 Rn 13 ff., 19; Schmidt/Lutter/Drygala, § 41 Rn 8 ff.; vgl. zur Vor-GmbH die Vorlageentscheidung des BGH v. 3.3.1996, GmbHR 1996, 279 (für unbeschränkte Innenhaftung der Gesellschafter), erledigt durch zustimmende Beschlüsse des BAG und BSG, GmbHR 1996, 763.

11 BGHZ 117, 323.

12 Vgl. BGHZ 80, 129, 140 ff. für die GmbH; für die AG Koch, § 41 Rn 8 m.w.N., unter Beschränkung der Haftung auf die mit einer vorzeitigen Geschäftsaufnahme einverständenen Gesellschafter; außerdem OLG Karlsruhe AG 1999, 131; Lachmann, NJW 1998, 2263.

13 Dazu BGHZ 192, 341; BGH ZIP 2011, 1767 ff.; zuvor bereits BGHZ 153, 158; BGHZ 155, 318; LG Berlin DB 2004, 1378 und OLG Thüringen BB 2004, 2206, 2207. Umf. K. Schmidt, NJW 2004, 1345; Priester, ZHR 168, 2004, 248; Heidinger, ZGR 2005, 101; weiterhin Goette, DStR 2003, 300; Meilicke, BB 2003, 860; Thaeter/Meyer, DB 2003, 539; Heidinger/Meyding, NZG 2003, 1129; Schütz, NZG 2004, 746; Wälzholz, NZG 2005, 203.

14 Zu den Auswirkungen auf die durch Satzungsbestimmung zu regelnde Übernahme des Gründungsaufwands durch die Vorrats-AG vgl. OLG Thüringen BB 2004, 2206, 2208 f. (zur GmbH); Schaub, NJW 2003, 2125, 2130 (zur GmbH); Seibt, NJW-Spezial 2004, 75, 76; Wälzholz, NZG 2005, 203, 205.

15 Dazu BGHZ 192, 341; BGH ZIP 2011, 1767 ff.; zuvor bereits BGHZ 153, 158; BGHZ 155, 318; einschränkend KG NZG 2010, 387 ff.; OLG München NZG 2010, 544 ff.

Im Schrifttum wird zudem vielfach die Notwendigkeit einer auf die reale Kapitalaufbringung bezogenen Gründungsprüfung entsprechend §§ 33 ff. AktG befürwortet.¹⁶

Bei der wirtschaftlichen Neugründung ist aus den genannten Gründen auf eine Offenlegung gegenüber dem Registergericht zu achten und eine Aufnahme der Geschäftstätigkeit vor diesem Zeitpunkt zu vermeiden. Problematisch ist in diesem Zusammenhang die Abgrenzung der Verwendung eines (alten) Mantels, die einer Offenlegung bedarf, gegenüber der bloßen Umstrukturierung oder Sanierung einer Gesellschaft. Maßgeblich für die wirtschaftliche Neugründung soll dabei sein, dass der Betrieb eines (ursprünglich) vorhandenen Unternehmens mittlerweile eingestellt oder endgültig aufgegeben worden ist und nun der leeren Gesellschaftshülle ein neues Unternehmen implantiert wird, was im Einzelfall unter Heranziehung von Indizien festzustellen ist.¹⁷

Mit der Aufnahme des Geschäftsbetriebs durch die Vorrats- oder Mantelgesellschaft ist regelmäßig die Zuführung von Sachwerten durch den oder die Erwerber der Vorrats- bzw. Mantelgesellschaft verbunden, so dass in der überwiegenden Zahl der Fälle auch die Nachgründungsregeln nach § 52 AktG zur Anwendung kommen (vgl. hierzu Rdn 56 ff.)

7. Ablauf der Gründung

16 Die Gründung der AG verläuft zwingend in den folgenden Schritten:

- Errichtung der AG mit Übernahme aller Aktien durch den oder die Gründer und Feststellung der Gründungssatzung zu notarieller Urkunde, §§ 23, 28, 29 AktG
- Bestellung des ersten Aufsichtsrats und des Abschlussprüfers, § 30 Abs. 1 S. 1 AktG und Bestellung des ersten Vorstands durch den Aufsichtsrat, § 30 Abs. 4 AktG
- Erbringung der Mindestleistungen auf die übernommenen Einlagen, § 36 Abs. 2, § 36a AktG
- Bericht der Gründer über den Gründungshergang, § 32 AktG
- Gründungsprüfungsbericht von Vorstand und Aufsichtsrat, § 33 Abs. 1 AktG; in den Fällen von § 33 Abs. 2 AktG außerdem Prüfung durch externe Gründungsprüfer; im Fall des § 33 Abs. 2 Nr. 1 und 2 AktG kann die Prüfung stattdessen durch den beurkundenden Notar erfolgen, § 33 Abs. 3 AktG
- Anmeldung zum Handelsregister, §§ 36, 37 AktG
- Eintragung in das Handelsregister, § 39 AktG und Bekanntmachung

8. Übernahme der Aktien durch die Gründer

a) Gründer

17 Die Gründer stellen die Satzung fest und übernehmen die Aktien der Gesellschaft, die damit errichtet ist, §§ 2, 29 AktG. Wer keine Aktie zeichnet, ist kein Gründer und kann an der Errichtung der Gesellschaft nicht teilnehmen. Gründer können natürliche und juristische Personen mit Sitz im In- oder Ausland sein, außerdem alle Personenhandelsgesellschaften. Auch die Gesellschaft bürgerlichen Rechts, die Vor-AG und die Vor-GmbH können sich als Gründer beteiligen.¹⁸

b) Übernahme der Aktien

18 Die Gründer müssen alle Aktien, also das gesamte Grundkapital, übernehmen; ihre Übernahmeerklärungen unter Angabe des Nennbetrags bei Nennbetragsaktien oder der Anzahl bei Stückaktien, des Ausgabebetrags und der Gattung der übernommenen Aktien müssen zusammen mit der Feststellung der Satzung in der notariellen **Errichtungsurkunde** enthalten sein, § 23 Abs. 2 AktG. Stellvertretung ist nach allgemeinen Grundsätzen zulässig. Die Vollmacht bedarf notarieller Beglaubigung, § 23 Abs. 1 S. 2 AktG.

c) Grundkapital und Übernahme der Aktien

19 Der **Mindestnennbetrag** des Grundkapitals beträgt 50.000 EUR, § 7 AktG. Das Grundkapital ist in Aktien zerlegt. Die Aktien können entweder **Nennbetragsaktien** oder **Stückaktien** sein, § 8 Abs. 1 AktG. Eine Gesellschaft kann entweder nur Nennbetragsaktien oder nur Stückaktien ausgeben. Die Möglichkeit der Begebung von Stückaktien ist mit dem StückAG vom 25.3.1998¹⁹ im Hinblick auf die Einführung des EUR eröffnet worden, um die Notwendigkeit einer Glättung der sich bei Umrechnung der DM-Nennbeträge in EUR

16 Vgl. nur Koch, § 23 Rn 27.

17 BGHZ 153, 158, 163; BGHZ 155, 318, 322; LG Berlin DB 2004, 1378 f.; OLG Thüringen BB 2004, 2206, 2207; eingehend zu den Rechtsfolgen der Analogie Heidinger, ZGR 2005, 101, 105 ff. Zu Gestaltungsfragen in diesem Zusammenhang Schaub, NJW 2003, 2125, 2129 f.; Hoyer/Reichert-Clauß, NZG 2005, 193, 196.

18 BGHZ 118, 93, 99 f.; BGH BB 2001, 374; zur Beteiligung der Erbengemeinschaft Koch, § 2 Rn 11.

19 BGBl I, 590.

einstellenden ungeraden Eurobeträge durch Kapitalherabsetzung oder Kapitalerhöhung zu vermeiden.²⁰ Stückaktien lauten auf keinen Nennbetrag. Sie sind am Grundkapital der Gesellschaft gleichmäßig mit derselben Quote beteiligt, alle Stückaktien einer Gesellschaft sind also gleich, § 8 Abs. 3 AktG. Ihr Anteil am Grundkapital bestimmt sich nach der Zahl der ausgegebenen Aktien, § 8 Abs. 4 AktG. Demgegenüber bestimmt sich bei der Ausgabe von Nennbetragsaktien der Anteil am Grundkapital nach dem Verhältnis ihres Nennbetrags zum Grundkapital. Der Mindestnennbetrag je Nennbetragsaktie beträgt ein EUR; höhere Aktiennennbeträge müssen auf volle EUR lauten, § 8 Abs. 2 AktG.²¹ Mit der Übernahme der Aktien verpflichten sich die Gründer zur Erbringung einer Einlage in Höhe des Ausgabebetrags; dieser muss mindestens dem Nennbetrag bei Nennbetragsaktien bzw. bei Stückaktien dem auf diese entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals (mindestens ein EUR) entsprechen, § 9 Abs. 1 AktG. Die Ausgabe für einen höheren Betrag (**Agio**) ist zulässig, § 9 Abs. 2 AktG.

d) Ablösung der DM durch Euro

Nach dem Euro-Einführungsgesetz (EuroEG)²² sind Neugründungen seit dem 1.1.2002 in EUR vorzunehmen. **20**
Zu den Übergangsvorschriften für vor dem 1.1.2002 gegründete Gesellschaften vgl. die 4. Aufl., Kap. 1 Rn 19.

9. Feststellung der Satzung

§ 23 Abs. 3 und Abs. 4 AktG bestimmen den Mindestinhalt der mit der Errichtung festzustellenden Satzung: **21**

a) Firma und Sitz der Gesellschaft, § 23 Abs. 3 Nr. 1 AktG

Für die Firma als der Name der Gesellschaft gelten die Bestimmungen in § 4 AktG und ergänzend die Grundsätze des allgemeinen Firmenrechts.²³ Die Firma war früher im Regelfall als Sachfirma dem Unternehmensgegenstand der Gesellschaft zu entnehmen; seit Inkrafttreten des Handelsrechtsreformgesetzes (HRefG)²⁴ sind neben der **Sach-** und der **Personenfirma** auch **Phantasiebegriffe** zulässig.²⁵ Die Bezeichnung Aktiengesellschaft muss in der Firma nicht mehr ausgeschrieben werden, es kann auch die Abkürzung AG Verwendung finden.²⁶ Es empfiehlt sich, die ins Auge gefasste Firma vor Errichtung der AG mit dem Registergericht und der Industrie- und Handelskammer abzustimmen. **22**

Bei der Bestimmung des **Sitzes** haben die Gründer seit Inkrafttreten des MoMiG (siehe Rdn 10) freie Wahl. Der in der Satzung zu bestimmende Sitz muss allerdings notwendig im Inland liegen. Die Begründung eines **Doppelsitzes** ist unzulässig.²⁷

b) Gegenstand des Unternehmens, § 23 Abs. 3 Nr. 2 AktG

Während der vom Unternehmensgegenstand zu sondernde Gesellschaftszweck die finale Zielsetzung der Korporation (im Regelfall Gewinnerzielung) bestimmt, bezeichnet der Unternehmensgegenstand die hierfür eingesetzten Mittel. Er dient der Unterrichtung des Rechtsverkehrs über die Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft und definiert im Innenverhältnis den **Geschäftsführungsauftrag** an den Vorstand. Handelt der Vorstand außerhalb des statutarischen Unternehmensgegenstands, überschreitet er die Grenzen seiner Geschäftsführungsbefugnis.²⁸ **23**

Die statutarische Angabe des Unternehmensgegenstands muss eine **Individualisierung der Geschäftstätigkeit** für den Rechtsverkehr erlauben; pauschale Angaben wie „Handel mit Waren aller Art“, „Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen“ u.Ä. sind unzulässig, es sei denn, eine weitere Konkretisierung wäre ausgeschlossen. Im Einzelnen stellen sich eine Fülle von Zweifelsfragen.²⁹ Als Satzungsbestandteil ist der Unternehmensgegenstand – anders als der nicht mit Mehrheit änderbare Gesellschaftszweck – Änderungen durch Mehrheitsbeschluss zugänglich, für den nach § 179 Abs. 2 S. 2 AktG aber zwingend mindestens die qualifizierte Mehrheit von drei Vierteln des vertretenen Grundkapitals erforderlich ist.

20 Zur Stückaktie und zu den Folgeproblemen der Euro-Einführung im Aktienrecht vgl. *Ihrig/Streit*, NZG 1998, 201; *Heider*, AG 1998, 1.

21 *Vetter*, AG 2000, 193.

22 Vom 9.6.1998, BGBl I, 1242.

23 Umfassende Übersicht zum Firmenrecht in der Rechtsprechung bei *Clausitzer*, DNotZ 2010, 345; vgl. zur Vereinfachung des Firmenrechts durch das Handelsrechtsreformgesetz *Ammon*, DStR 1998, 1474; *Arzt/Bülrow*, JuS 1998, 680; *Bokelmann*, GmbHR 1998, 57; *Kögel*, BB 1998, 1645.

24 Vom 22.6.1998, BGBl I, 1474.

25 Zu den Grenzen der Begriffsbildung vgl. *Hirte*, NZG 2004, 1090, 1091 m.w.N.

26 Vgl. *Brändel*, in: *Großkomm. z. AktG*, § 4 Rn 15 ff.

27 Vgl., auch zu den Ausnahmetatbeständen, *Koch*, in: *Großkomm. z. HGB*, 5. Aufl. 2009, § 13 Rn 50 ff.

28 Umf. *Tieves*, Der Unternehmensgegenstand der Kapitalgesellschaft, 1998.

29 Dazu eingehend *Wallner*, JZ 1986, 721; *Heidel/Braunfels*, Aktienrecht und Kapitalmarktrecht, § 23 Rn 23.

c) Höhe des Grundkapitals, Nennbeträge, Zahl und Gattung der Aktien, § 23 Abs. 3 Nr. 3, 4 und 5 AktG

- 24** Mit dem Grundkapital bestimmen die Gründer, ausgedrückt in einem festen Euro-Betrag, das **Anfangsvermögen** der Aktiengesellschaft. Es bildet als vorrangig zugunsten der Gläubiger reserviertes haftendes Vermögen die Grundlage für den Ausschluss der persönlichen Haftung der Gesellschafter. Die gesicherte Ausstattung der Gesellschaft mit diesem Mindestaktivvermögen vollzieht sich nach dem **Prinzip der realen Kapitalaufbringung** im Grundsatz in drei Schritten: (1.) Übernahme von Einlageverpflichtungen seitens der Gründergesellschaft wenigstens in Höhe der gesetzlichen Mindestkapitalziffer; (2.) mindestens teilweise Erfüllung dieser Einlageverbindlichkeiten, d.h. effektive Aufbringung eines Teils des Gesellschaftsvermögens vor Anmeldung und (3.) Schutz der Resteinlageansprüche durch das **Befreiungsverbot** nach § 66 Abs. 1 AktG.³⁰ Das so aufgebrauchte Mindestvermögen kann – vorbehaltlich einer Kapitalherabsetzung (§ 222 AktG) – nur und erst dann unter den Aktionären zur Verteilung gelangen, wenn nach Befriedigung aller Gesellschaftsgläubiger die Gesellschaft mit Abschluss der Liquidation beendet wird. Zuvor ist das Gesellschaftsvermögen nach Maßgabe der Kapitalbindungsregeln gegen einen Rückfluss an die Gesellschafter geschützt; Ausschüttungen an die Aktionäre dürfen vor Auflösung der Gesellschaft nur aus dem Bilanzgewinn erfolgen, § 57 Abs. 3 AktG. Durch das MoMiG (vgl. Rdn 10) wurde u.a. in § 57 Abs. 1 AktG eine Klarstellung über die Zulässigkeit von Geschäften zwischen der AG und ihren Aktionären eingefügt.

Neben der im Handelsregister zu verlautbarenden **Grundkapitalziffer** muss die Satzung bei Ausgabe von Nennbetragsaktien deren Nennbeträge und die Zahl der Aktien eines jeden Nennbetrags, bei Ausgabe von Stückaktien deren Zahl, außerdem bei mehreren Aktiengattungen die Gattung der Aktien und die Zahl der Aktien jeder Gattung bestimmen. Als Aktiengattung bezeichnet § 11 AktG die Aktien, die die gleichen Rechte gewähren. Diese unterschiedlichen Rechte können sich auf Verwaltungsrechte, Vermögensrechte, Gläubigerrechte oder sonstige Sonderrechte beziehen; keine Gattungsverschiedenheit entsteht demgegenüber durch unterschiedliche Aktiennennbeträge oder die Ausgestaltung der Wertpapiere als Inhaber- oder Namensaktie. Grundlegend ist die Gattungsunterscheidung zwischen Stammaktien mit Stimmrecht und Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, aber mit Gewinnvorzug nach Maßgabe der §§ 139 ff. AktG.

Mit dem sog. Zukunftsfinanzierungsgesetz (ZuFinG)³¹ ist in § 135a Abs. 1 S. 1 AktG die Möglichkeit zur Schaffung von Namensaktien mit Mehrstimmrechten (sog. **Mehrstimmrechtsaktien**) aufgenommen worden. Die Mehrstimmrechte dürfen nach § 135a Abs. 1 S. 2 AktG höchstens das Zehnfache des normalen Stimmrechts betragen. Die Schaffung von Mehrstimmrechtsaktien bedarf nach § 135a Abs. 1 S. 3 AktG der Zustimmung aller betroffenen Aktionäre. Betroffen sind alle Aktionäre, die ein Stimmrecht haben, da dieses durch Mehrstimmrechtsaktien verwässert wird; nur Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht sind nicht betroffen.³² § 135a Abs. 2 AktG enthält Modifikationen für börsennotierte und im Freiverkehr einbezogene AGs. Nach § 135a Abs. 2 S. 1 AktG erlöschen bei diesen Gesellschaften die Mehrstimmrechte im Fall der Übertragung der Aktien. Darüber hinaus sind die Mehrstimmrechte gem. Abs. 2 S. 2 auf max. zehn Jahre beschränkt und können gem. Abs. 2 S. 3 durch Hauptversammlungsbeschluss mit qualifizierter Mehrheit um maximal weitere zehn Jahre verlängert werden. Nach § 135a Abs. 3 AktG kann die Satzung weitere Erfordernisse aufstellen, z.B. kann der Kreis möglicher Inhaber von Mehrstimmrechtsaktien oder die Geltung dieser Rechte für bestimmte Beschlussfassungen begrenzt oder auch bei nicht-börsennotierten AGs ein zeitliches Limit eingeführt werden.³³ Nach § 135a Abs. 4 AktG haben Mehrstimmrechtsaktien bei der Bestellung des Abschlussprüfers (§ 119 Abs. 1 Nr. 5 AktG) und des Sonderprüfers (§ 142 Abs. 1 AktG) nur eine Stimme. Ausweislich der Gesetzesbegründung hat die Rechnungslegung die Information der Anteilseigner und die Sicherstellung von deren Recht auf Teilhabe am Ergebnis als wesentliches Ziel, sodass die Entscheidung der Anteilseigner, welcher Prüfer die Rechnungslegung ihres Unternehmens kontrolliert, damit ein wichtiges Element des Anlegerschutzes ist; Mehrstimmrechtsaktien sollen daher bei dieser Beschlussfassung nur zu einer Stimme berechtigen. Zudem wird auch bei der Bestellung von Sonderprüfern nach § 142 Abs. 1 AktG ein einfaches Stimmrecht der Mehrstimmrechtsaktien angeordnet, um Blockademöglichkeiten zu verhindern.³⁴

Die Angabe, ob die Aktien auf den Inhaber oder auf den Namen lauten, ist nach § 23 Abs. 3 Nr. 5 AktG zwingend in der Satzung zu entscheiden. Die **Namensaktie** ist insbesondere dort von Bedeutung, wo eine **Vinkulierung** gewünscht ist.³⁵ Sie findet sich aber zunehmend auch bei Gesellschaften, die sich an den

30 Zur Rspr. des BGH zu den Kapitalaufbringungsgrundsätzen Henze, DB 2001, 1469.

31 Gesetz vom 11.12.2023, BGBl 2023 I Nr. 354, mit Wirkung v. 15.12.2023.

32 Heidel/Mock/Mohamed, 6. Aufl. 2024, AktG § 135a Rn 32.

33 Koch, AktG, 18. Aufl. 2024, § 135a Rn 15.

34 RegBegr. BT-Drucks 20/8292, 114.

35 Nach § 68 Abs. 2 S. 1 AktG kann bei Namensaktien die Übertragung an die Zustimmung der Gesellschaft geknüpft werden, wobei je nach Satzungsgestaltung der Vorstand, der Aufsichtsrat oder die Hauptversammlung für die Erteilung der Zustimmung zuständig ist. Die Satzung kann das Zustimmungsermessen durch Angabe der Gründe, aus denen die Zustimmung verweigert werden darf, einschränken. Die Einführung anderer Erschwerungen der Übertragbarkeit ist wegen des Grundsatzes der Satzungsstrenge nicht möglich, vgl. BGH NJW 2004, 3561, 3562; Stupp, NZG 2005, 205, 206 f.

Usancen des US-amerikanischen Marktes orientieren. Mit dem NaStraG ist die Einführung der Namensaktie weiter erleichtert worden.³⁶ Durch das Risikobegrenzungs-gesetz (siehe Rdn 10) erhielt die Gesellschaft erstmals einen Auskunftsanspruch bezogen auf den wirtschaftlich Berechtigten von im Aktienregister eingetragenen Namensaktien sowie ein Instrumentarium, um die Eintragung des wirtschaftlich Berechtigten faktisch zu erzwingen. Die Einzelheiten regelt § 67 AktG. Die Satzung kann den Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihres Anteils in Aktienurkunden ausschließen, § 10 Abs. 5 AktG.³⁷ Seit der Aktienrechtsnovelle 2016 (siehe Rdn 10) werden nicht börsennotierte Gesellschaften ohne girosammelverwahrte Sammelurkunden praktisch zur Namensaktie gezwungen.³⁸

d) Zahl der Vorstandsmitglieder, § 23 Abs. 3 Nr. 6 AktG

Zum Mindestinhalt der Satzung gehört schließlich die Zahl der Vorstandsmitglieder oder die Angabe der Regeln, nach denen die Zahl festgelegt wird. Die Vorgabe einer **Mindest- und Höchstzahl** reicht nach allgemeiner Auffassung aus. Bei einem Grundkapital von mehr als 3.000.000 EUR muss die Satzung, wenn ein einköpfiger Vorstand gewünscht wird, dies explizit vorsehen, sonst muss er aus mindestens zwei Personen bestehen, § 76 Abs. 2 S. 2 AktG. Ist die AG qualifiziert mitbestimmt, ist der Vorstand mindestens zweiköpfig.³⁹ **25**

e) Bekanntmachungen der Gesellschaft, § 23 Abs. 4 AktG

Nach § 25 1 AktG ist der (heute nur noch elektronisch zur Verfügung stehende) Bundesanzeiger das **Pflicht-Gesellschaftsblatt** für alle zwingenden Bekanntmachungen der Gesellschaft.⁴⁰ Er ist im Internet unter der Adresse www.bundesanzeiger.de zu finden. Verschiedentlich sieht das Gesetz vor, dass den Aktionären Erklärungen oder Informationen „zugänglich zu machen“ sind.⁴¹ Gefordert ist hier nicht eine Bekanntmachung, die im Bundesanzeiger erfolgen muss, sondern es genügt insoweit das Einstellen der Erklärung bzw. Information auf die Internetseite der Gesellschaft. **26**

10. Kosten

Gründungskosten (das sind alle an Dritte zu zahlenden, für die Entstehung der Gesellschaft notwendigen Aufwendungen wie Kosten des Notars und des Gründungsprüfers, Anwaltskosten, Kosten für den Aktiendruck, die erforderlichen Bekanntmachungen und die Eintragung) darf die Gesellschaft nur tragen, wenn dies in der Satzung ausdrücklich bestimmt ist und die Kosten beziffert werden. Andernfalls sind die Gründer Kosten-schuldner, § 26 Abs. 2 AktG.⁴² **27**

11. Weitere erforderliche Maßnahmen bis zur Eintragung

a) Mindesteinlageleistung

Die Anmeldung setzt die Einzahlung des eingeforderten Einlagebetrages zur endgültigen freien Verfügung des Vorstands nach § 54 Abs. 3 AktG voraus, § 36 Abs. 2 S. 1 AktG;⁴³ einzufordern ist bei **Bareinlagen** mindestens ein Viertel des geringsten Ausgabebetrags, also bei Nennbetragsaktien des Nennbetrags und bei Stückaktien des auf diese entfallenden anteiligen Betrags des Grundkapitals, sowie der Gesamtbetrag eines etwaigen Aufgelds, § 36a Abs. 1 AktG. Das gilt seit Inkrafttreten des MoMiG (siehe Rdn 10) uneingeschränkt auch für die Ein-Mann-Gründung.⁴⁴ **Sacheinlagen** sind vor Anmeldung vollständig zu leisten, § 36a Abs. 2 S. 1 AktG. **28**

b) Erster Aufsichtsrat und erster Abschlussprüfer, Gründungsbericht und Gründungsprüfung

Die Gründer haben den ersten Aufsichtsrat der Gesellschaft und den Abschlussprüfer für das erste Geschäftsjahr zu bestellen (näher dazu § 30 AktG); sie haben außerdem einen Bericht über den Hergang der Gründung zu erstatten, § 32 AktG. Der Aufsichtsrat bestellt den ersten Vorstand, § 30 Abs. 4 AktG. Darüber hinaus haben **29**

36 Huep, WM 2000, 1623; ders., AG 2001, 68; Kölling, NZG 2000, 6311; Noack, DB 2001, 27.

37 Vgl. dazu Seibert, DB 1999, 267; Schwennicke, AG 2001, 118.

38 Zu den Einzelheiten und den Motiven vgl. Koch, § 10 Rn 5 f.

39 Vgl. Wlotzke/Wißmann/Koberski/Kleinsorge, MitbestG, 5. Aufl. 2017, § 30 Rn 3.

40 Ausführlich Noack, BB 2002, 2025; vgl. auch Ihrig/Wagner, BB 2002, 789, 792.

41 Insbesondere § 126 Abs. 1 S. 1 AktG für Gegenanträge von Aktionären betreffend einen Tagesordnungspunkt der Hauptversammlung und § 127 S. 1 AktG für Aktionärsvorschlüsse zur Aufsichtsratswahl und zur Wahl des Abschlussprüfers durch die Hauptversammlung sowie bei börsennotierten Gesellschaften § 124a AktG für die dort aufgelisteten Unterlagen zur Hauptversammlung und § 161 Abs. 2 AktG für die Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex.

42 Einzelheiten bei Bahns/Schmitz, in: Happ, Aktienrecht, Form 2.01 Anm. 76.1 ff.

43 Umf. dazu Ihrig, Die endgültige freie Verfügung über die Einlage von Kapitalgesellschaften, 1991, S. 115 ff.

44 Vgl. zur bisherigen Rechtslage Lutter, AG 1994, 431.